

Kommune

Digitalisierung, E-Government, Informationstechnik

21

Digitale Bildung

DigitalPakt Schule
neu denken



E-Government

- **Verwaltungsdigitalisierung:**
Blick zurück auf die ambitionier-
ten Initiativen Media@Komm
und BundOnline 2005

Informationstechnik

- **Souveräne Cloud:**
Wie mit Multi-Cloud-Strategien
die digitale Souveränität
gesichert werden kann



Praxis

- **Wackersdorf:**
Webbasiertes System unterstützt
die Gemeinde bei der
Organisation des Winterdiensts

Spezial

- **E-Akte:**
Kommunalverwaltungen auf dem
Weg zur durchgängig digitalen
Sachbearbeitung

DAS KOMMUNALE CMS

iKISS

Content-Management-System

Für Internet und Intranet, leicht zu bedienen
und mit integriertem Bürgerserviceportal

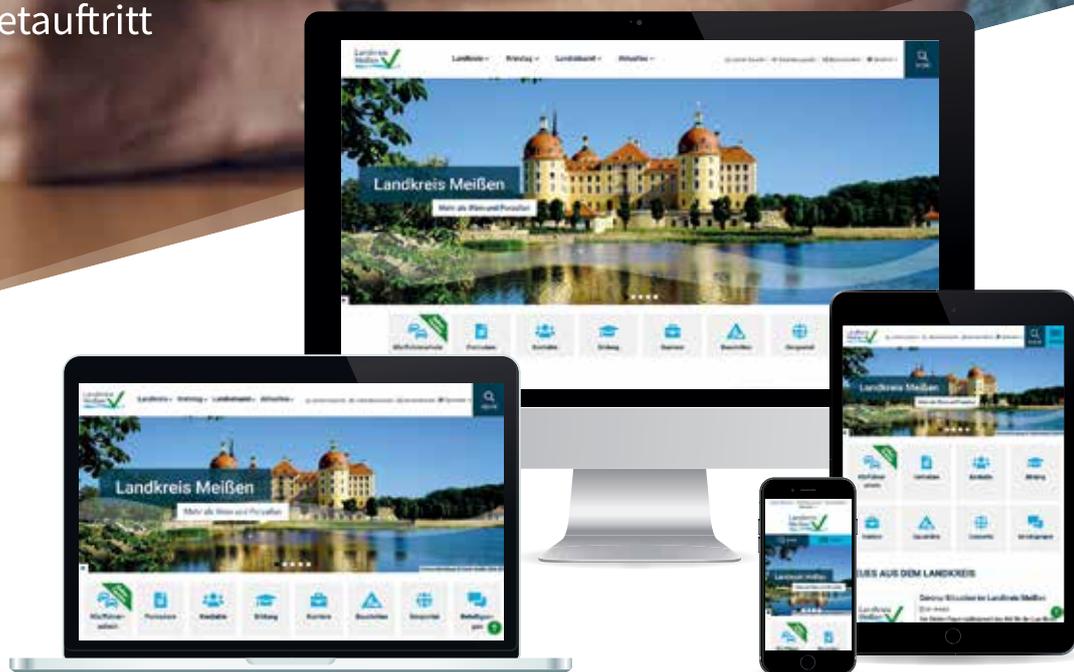
Responsive Webdesign

Individuell oder mit flexiblen Layoutvorlagen
und BITV-konform

Zertifiziertes Rechenzentrum

Höchste Sicherheit und Verfügbarkeit für Ihren
kommunalen Internetauftritt

**Sparen Sie
im Dezember:**
10% bei Dienstleistungen
30% bei Funktionen
50% bei Lizenzen



advantic.de/k21

iKISS



Landkreis Meißen

Beschleunigen und vereinfachen Sie mit dem **Virtuellen Bauamt 2.0** die Prozesse im Baugenehmigungsverfahren.

Liebe Leserinnen und Leser,

Schulen und Schulträger sollten den 31. Dezember im Blick haben. Der letzte Tag des Jahres 2022 ist der Stichtag, um Fördermittel aus dem DigitalPakt Schule zu beantragen. Denn Geld ist da: Im Topf liegen noch 1,7 Milliarden Euro. Über drei Jahre nach dem Start des Programms sind von den insgesamt 6,5 Milliarden Euro, die der Bund bereitgestellt hat, erst rund 1,6 Milliarden Euro abgeflossen und 3,2 Milliarden Euro verplant.

Für den zähen Mittelabfluss gibt es mehrere Gründe. An erster Stelle werden die komplizierten Antragsverfahren und Vergaberegeln genannt; zudem konnten viele Kommunen als Schulträger den geforderten Eigenanteil aus den laufenden Haushalten nicht aufbringen (Seite 16). Nun soll der DigitalPakt Schule beschleunigt werden. Nach Angaben von Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger gibt es einen intensiven Austausch mit Ländern und Kommunen über Best Practices und Beratungsangebote für Schulträger. Was immer das heißen mag.

Wie es schneller gehen kann mit der Digitalisierung an Schulen hat die Corona-Pandemie gezeigt. Eine Umfrage der Deutschen Telekom kam zu dem Ergebnis, dass Homeschooling und hybrider Unterricht inzwischen weit verbreitet sind: 75 Prozent der befragten Schulen haben Videokonferenzen und digitale Lernplattformen etabliert. Telekom-Manager Jochen Bösl sagt im Kommune21-Interview, dies sei einem erfrischenden Aktionismus der Schulen zu verdanken (Seite 18). Daran können sich nun alle Beteiligten ein Beispiel nehmen.

Ihr

Alexander Schaeff



Das Virtuelle Bauamt 2.0 bringt alle Beteiligten im Bauantrag digital zusammen. So schafft es mehr Transparenz, Geschwindigkeit und Effizienz.



- virtueller Projektraum führt Beteiligte, Unterlagen und Prozesse zusammen
- stringente Unterstützung über den gesamten Antragsprozess hinweg
- höhere Qualität in eingehenden Anträgen erleichtert Bearbeitung
- Geschwindigkeit und Einsparungen durch vollständig digitale Aktenführung
- jederzeit Transparenz über den Verfahrensstand für alle Beteiligten
- einfache Anbindung an alle relevanten Fachverfahren
- zukunftssicher durch XBau 2.2 und OZG-Konformität

Lernen Sie das Virtuelle Bauamt 2.0 im Video auf unserer Webseite kennen: www.cit.de/vba

E-Government

- Verwaltungsdigitalisierung:**
Die Geschichte der Vision
E-Government 10
- Interview:** govdigital-Vorstand
Martin Schallbruch spricht über
den neuen EfA-Marktplatz 14

Titel

- Digitale Bildung:** Eine Umfrage
ermittelt Hinweise und Erfah-
rungen aus der Praxis, wie der
DigitalPakt 2.0 optimiert
werden kann 16
- Interview:** Jochen Bösl, Leiter
Digitale Bildung und Schule bei
der Telekom, benennt Probleme
bei der Schuldigitalisierung 18
- Netzwerk:** Digitalisierungsvorhaben der Schulen stehen
und fallen mit der WLAN-
Ausleuchtung 20
- Interview:** Einen zentralen
Ansatz bei heterogenen Anfor-
derungen an das Schul-IT-System
stellt Volker Schmidt von der
Schulstiftung Sachsen vor 22
- Herne:** Externer Dienstleister
übernimmt IT-Support und
Schul-Cloud-Management 24
- Offenbach am Main:** Schulamt
will IT an allen Schulen per ein-
heitlicher Server-Lösung selbst
betreuen 26
- Interview:** Schulleiter Jörg
Oehler erläutert die Vorzüge
einer schulinternen Kommu-
nikations-App 28
- Bayern:** Bavarian schoolTab als
Rundum-sorglos-Paket von der
Hardware-Ausstattung bis hin
zu Lerninhalten im Unterricht .. 30

Informationstechnik

- Souveräne Cloud:** Der Weg zum
passenden Angebot 32
- Innovatives Management:**
Kongress thematisierte den
Fachkräftemangel 34
- Serie Cyber-Sicherheit:** Die Ar-
beitsmethoden von Hackern 36
- Wissensmanagement:**
Rechtsinformationen ziel-
gruppengerecht anbieten 38
- Anliegen-Management:**
IT-Verbund Schleswig-Holstein
nutzt ganzheitliches Mängel-
meldesystem 40
- Formular-Management:**
Kombination aus Self-Service und
Online-Anträgen ist optimal 42
- Güterverkehr:** Fachverfahren
erleichtert Genehmigungen 44
- Gewerbewesen:** VOIS|GESO
überzeugt in München 46

Praxis

- Wackersdorf:** Cloudbasierte
Anwendung erleichtert den
Winterdienst 48
- Kreis Fulda:** Innovatives
Starkregenfrühalarmsystem 50

Spezial

- E-Akte:** Zentraler Baustein für
Ende-zu-Ende-Prozesse 52
- Wyhl:** Umstellung auf die digitale
Akte gelingt in kurzer Zeit 54
- Lösungen:** nscale eGov unter-
stützt seit fünf Jahren digitale Ver-
waltungsabläufe 56
- Rubriken:**
Editorial 3
News 6
IT-Guide 58
Vorschau, Impressum 66



Schubkraft für Schulen

Der DigitalPakt Schule soll die Bildungslandschaft aus der Kreidezeit holen. Das Antragsverfahren aber ist komplex, nur langsam werden die Mittel abgerufen. Auch ist mit der bloßen Anschaffung und Inbetriebnahme der Hardware noch kein digitaler Unterricht umgesetzt.

ab Seite 16

Smarte Standorte schaffen

Wie O₂ Telefónica Kommunen mit smarten Lösungen unterstützt

Das Schlagwort ist zurzeit allgegenwärtig: die smarte City. Und doch kennt nur jeder zweite Bundesbürger über 18 Jahre den Begriff, 40 Prozent verbinden damit ausschließlich digitale Zukunftstechnologien. Das hat eine aktuelle Forsa-Umfrage ergeben. „Auch den Mitarbeitenden in der Verwaltung fehlt teilweise eine Vorstellung davon, was eine Smart City ist“, so wird ein Leiter des Modellprojekts Smart Cities (MPSC) auf der Webseite Smart City Dialog zitiert.

Smart City umfasst viele Maßnahmen, die das Leben für alle einfacher und besser machen können. Vieles wird heute schon umgesetzt und nicht erst in ferner Zukunft: Smarte Lösungen sparen CO₂ ein, sorgen für

einen reibungslosen Verkehr und organisieren kommunale Aufgaben effizienter. Sie machen Orte sicherer und lebenswerter. O₂ Telefónica bietet Kommunen Komplettlösungen aus einer Hand, von der sicheren und stabilen Kommunikation von Versorgungsträgern bis hin zu IoT-Anwendungen.

Das O₂ Netz versorgt mittlerweile 75 Prozent der Bevölkerung in Deutschland mit dem ultraschnellen 5G-Netz. Damit lassen sich nicht nur digitale Plattformen mit Schnittstellen für unterschiedliche Fachverfahren realisieren, sondern auch Smart-City-Anwendungen.



5G-Rettungskette – schnelle Hilfe kann Leben retten

Wie können im Notfall Leitstelle, Ersthelfer, Rettungskräfte, Ärzte und Kliniken optimal miteinander kommunizieren und damit die medizinische Versorgung von Unfallopfern deutlich verbessern? Der Landkreis Ostalb testet dies im Rahmen eines Forschungsprojekts. Dabei kommen auch Augmented-Reality-Datenbrillen und Untersuchungsroboter in Rettungswagen zum Einsatz. O₂ Telefónica sorgt für das erforderliche 5G-Netz sowie 5G-fähige SIM-Karten und unterstützt mit technischem Know-how.

Die Energiewende unterstützen

Smart Meter machen den Stromverbrauch für Kunden transparenter. Verbraucher sehen auf einen Blick, wo sie sparen können. Die Versorger wiederum können die Energieerzeugung besser an den Verbrauch anpassen und so das Stromnetz optimal auslasten. Entscheidend ist dabei das Zusammenspiel von Smart-Meter-Gateways, SIM-Karten-Management und einem zuverlässigen Mobilfunknetz. O₂ Telefónica unterstützt viele Energieversorger wie die Mainzer Netze GmbH oder die co.met bei der Umstellung auf Smart Metering.



Grüne Welle reduziert Staus und Feinstaub

Wenn Kommunen Ampeln über ein zentrales Verkehrsrechnersystem steuern, können sie Staus und Umweltbelastung reduzieren, auch die Verkehrssicherheit nimmt zu. Voraussetzung ist ein zuverlässiger und sicherer Datentransfer. O₂ Telefónica liefert Verkehrstechnikern wie der AVT Stoye GmbH das dafür notwendige Mobilfunknetz.

Mehr Informationen zu den Smart-City-Lösungen von O₂ Telefónica unter:
www.telefonica.de/digitalisierung-im-oeffentlichen-sektor.html



twitter.com/k21news

Würzburg: Neues Pass-Ausgabe-Terminal

Ohne zweite Vorsprache im Bürgerbüro können in Würzburg Reisepässe mittels Zwei-Faktor-Authentifizierung an einem Ausgabe-Terminal abgeholt werden.

- www.wuerzburg.de

Celle: Portalverbund im Kreis

Im Landkreis Celle wird ein verwaltungsübergreifendes Serviceportal mit OZG-Leistungen pilotiert. Es sind bereits über 50 Dienstleistungen online.

- <https://portal.landkreis-celle.de>

Portal: Barrierefreiheit im Blick

Das Bundesinnenministerium, das ITZBund, das BVA und die hessische Landesbeauftragte für barrierefreie IT haben ein Infoportal zur barrierefreien IT lanciert.

- www.barrierefreiheit-dienstkonsolidierung.bund.de

IT-Planungsrat: Call for Papers gestartet

Für den Kongress des IT-Planungsrats im März 2023 in Halle (Saale) ist der Call for Papers gestartet. Annahmeschluss für Vorschläge ist der 16. Dezember.

- www.it-planungsrat.de

Bayern

Führerscheintausch via Web

Bis zum Jahr 2033 müssen alle Führerscheine, die vor dem 19. Januar 2013 ausgestellt wurden, in den neuen, fälschungssicheren EU-Führerschein umgetauscht werden. In Bayern sollen sechs Millionen Autofahrerinnen und Autofahrer mit älteren Führerscheinen den verpflichtenden Dokumententausch künftig via Web vornehmen können. Die Lösung wurde von der AKDB als durchgehend digitalisierte und medienbruchfreie Leistung entwickelt. Zunächst wird der Service in den Landkreisen Aschaffenburg und München sowie in der Stadt Fürth pilotiert. Weitere Kreise und kreisfreie Städte sollen in den kommenden Monaten folgen, teilt das Digitalministerium des Freistaats mit. Den Antrag auf neue Führerscheine können die Inhaber online stellen und müssen den alten an die Führerscheinstelle senden. Den neuen Führerschein erhalten sie dann zumeist per Post. Der Dienst ist Teil des so genannten BayernPackage mit aktuell rund 200 Online-Diensten.

www.stmd.bayern.de

Axians Infoma

Innovationspreis 2022

Für den Axians Infoma Innovationspreis ist das Jahr 2022 ein kleines Jubiläum: Zum zehnten Mal in Folge hat das Ulmer Software- und Dienstleistungsunternehmen den Innovationspreis für vorbildliche, zukunftsorientierte kommunale Digitalisierungsprojekte auf Basis von Infoma newsystem verliehen. Wie das Unternehmen mitteilt, ging diesmal die Stadt Geldern als Gewinner aus dem Wettbewerb hervor. Die Finalistenplätze belegten die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers sowie der hessische Gemeindeverwaltungsverband Ulstertal. Erstmals vergab Axians Infoma in diesem Jahr auch einen Nachhaltigkeitspreis, den die hessische Gemeinde Hüttenberg erhielt.

www.axians-infoma.de

Bremen

Portal für das Handwerk

Die Freie Hansestadt Bremen hat nach eigenen Angaben ein Portal entwickelt, das die Verwaltungsleistungen der Handwerkskammern online zugänglich macht. Die Plattform `handwerk:digital` wurde vom Bremer Wirtschafts- und Finanzressort in Zusammenarbeit mit den bundesweiten Handwerkskammern, den Zentralverbänden des Handwerks und den Fachverfahrensherstellern realisiert. Aufgrund dieser Kooperation könne der Dienst bundesweit eingesetzt werden – als Einer-für-Alle-Lösung. Die Verfügbarkeit soll nun sukzessive für interessierte Kammern ausgebaut werden. Über das Portal können künftig alle Formalitäten, die im Lebenszyklus eines Handwerksbetriebs anfallen, online erledigt werden.

www.handwerksportal-digital.de

KommDIGITALE

Premiere in Bielefeld

Die Kongressmesse KommDIGITALE fand vom 15. bis 17. November 2022 in Bielefeld statt. Der Veranstalter Databund zog ein positives Fazit der neuen Veranstaltung mit Fokus auf die Digitalisierung der Kommunalverwaltungen. Rund 100 Aussteller waren präsent und verteilten sich auf 3.000 Quadratmeter Fläche. Auch mit der Besucherfrequenz zeigte sich der Verband der mittelständischen IT-Dienstleister und Software-Hersteller für den öffentlichen Sektor zufrieden. Laut Databund fanden sich schon am ersten Messetag fast 1.600 Besucherinnen und Besucher in der Stadthalle Bielefeld ein. An den folgenden Tagen zählte der Veranstalter nochmals

über 1.000 Personen in der Stadthalle. Als Zugpferd bezeichnete der Databund den Kongress, der auch das DATABUND-Forum beinhaltete. Dieser stelle sicher, dass Dienstreisen der Mitarbeitenden in den Kommunalverwaltungen genehmigt werden, auch, weil einige Workshops und Vorträge der Weiterbildung dienen. Die KommDIGITALE soll künftig alle zwei Jahre stattfinden – im Wechsel mit der Messe Kommunale in Nürnberg. Databund und die NürnbergMesse haben beschlossen, zu kooperieren: Der Bereich Digitalisierung der Verwaltung soll ab 2023 auf der Kommunale ausgebaut werden. Hier bringt der Databund sich ein und organisiert auch in Nürnberg ein Kongressprogramm.

www.kommdigitale.de

Holen Sie Digitalisierungsskeptiker ins Boot!

Wie gelingt die Digitalisierung an Schulen wirklich? Lisa Ande, stellvertretende Projektmanagerin EduPage bei RAABE, berichtet aus der Zusammenarbeit mit Schulen.

Warum ist es wichtig, bei der Digitalisierung alle mitzunehmen?

Digitalisierung ist viel mehr als ein technischer Prozess. Sie verändert auch immer die Kultur der Schule selbst. Das betrifft alle – Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern –, und viele haben Erwartungen, vielleicht auch Bedenken. Alle mitzunehmen heißt: klar und verlässlich kommunizieren, Sorgen ernst nehmen – und: Ehrlich sagen, dass man erst gemeinsam einen Hügel erklimmen muss. Die Vorteile der Digitalisierung, die echte Arbeitserleichterung, kann sich erst entfalten, wenn alle an einem Strang ziehen.

Was ist bei den Lehrkräften zu beachten?

Für viele Lehrkräfte ist die Kommunikation mit Eltern ein heikles Thema. Die Digitalisierung eröffnet auch hier neue Wege, die – richtig eingesetzt – allen nutzen. Ein Tipp: Klare Regeln formulieren, zum Bei-

spiel eindeutige Zeitfenster für die Kommunikation zwischen Eltern und Lehrkräften. Die Schulen, die sich bewusst öffnen und klare Regeln vorgeben, profitieren am meisten. Auch wichtig: den anfänglichen Mehraufwand nicht unter den Teppich kehren. Digitalisierung ist kein Selbstläufer, sondern gerade anfangs mit Arbeit verbunden. Die Lehrkräfte müssen sich ‚reinfuchsen‘, manche brauchen etwas länger als andere. Dafür benötigen sie Zeit und Weiterbildungsangebote. Druck wirkt hingegen kontraproduktiv. Der Kulturwandel passiert nicht von heute auf morgen.

Welche Typen von Skeptikern gibt es? Was bewegt sie?

Typ 1 bringt wenig technisches Know-how mit und tut sich grundsätzlich schwer mit IT. Digitalisierung bedeutet für diese Gruppe eine fundamentale Veränderung ihrer Arbeitswelt. Hilfreich ist hier, Druck zu vermeiden, Zeit zu geben und eng zu begleiten, zum Beispiel mit vielen kleinen „Schulungshappen“. Typ 2 ist sehr datenschutzkritisch. Hier gilt es, Sorgen faktenbasiert zu entkräften, zum Beispiel mit einer DSGVO-konformen Software. Typ 3 ist mit digitalen Metho-



scythe5/iStock via Getty Images/Plus

den vertraut, aber dennoch skeptisch. Der Aufwand bei der Digitalisierung wird als zu hoch eingeschätzt, und es fehlt der positive Blick in die Zukunft. Hier kann ein konkreter Zeitplan mit einzelnen ‚Milestones‘ helfen.

Sie begleiten Schulen auf dem Weg in die Digitalisierung. Wie haben diese Schulen ihre Skeptiker ins Boot geholt?

Jede Schule muss für sich ausprobieren, wie sie ‚ihre‘ Skeptiker mitnimmt. In vielen Schulen führt zunächst eine begrenzte Gruppe von Lehrkräften die Software ein und testet ausgiebig. In diese Teams sollten ganz bewusst Skeptiker integriert werden. Ihre Vorbehalte – die ja gut begründet sein können – und ihr Feedback sind wichtig fürs ganze Projekt. Zudem sind sie später die überzeugendsten Multiplikatoren! Viele Schulen führen EduPage bewusst ganz langsam ein und sind damit erfolgreich. Wir raten Schulen oft, klein einzusteigen und niemanden zu überfordern. Bei einer Software wie EduPage können Lehrkräfte ausprobieren, testen und dabei quasi nichts falsch machen. Deshalb ist noch eine andere Botschaft wichtig: Digitalisierung kann auch Spaß machen!

EduPage – eine Software für das digitale Schulmanagement

EduPage von RAABE deckt alle wichtigen Organisationsaufgaben an Schulen ab: vom digitalen Klassenbuch über den Stunden- und Vertretungsplan und der Kommunikation via Messenger bis hin zu

Stoffverteilungsplan und Absenzenkontrolle. Der Datenschutz nach DSGVO ist dabei nach deutschen Standards gewährleistet.

www.edupage-raabe.de

Dem Angreifer ein paar Schritte voraus – Cybersicherheit in niedersächsischen Kommunen

IT-Systeme von Kommunen sollten als kritische Infrastruktur eingestuft werden. Lange Wartezeiten durch ausgefallene Systeme in Kommunen können durchaus zu existenzbedrohenden Situationen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen führen. Noch kritischer sind hingegen Angriffe beispielsweise auf Stadtwerke zu bewerten, da hier grundlegende Fragen der Daseinsvorsorge betroffen sein können, wie z.B. die Lieferung von Energie, Wasser wie auch die Entsorgung. Ein Interview mit dem CIO des Landes Niedersachsen Dr. Horst Baier erlaubt einen Einblick in die Praxis.



Dr. Horst Baier

Hr. Dr. Baier, das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport bietet seit Mitte 2022 eine kostenlose Cybersicherheitsanalyse für Kommunen an. Wie kam es dazu?

Mittlerweile gehören Cyber-Angriffe neben Betriebsunterbrechungen und Naturkatastrophen weltweit zu den größten Geschäftsrisiken für Wirtschaft und Verwaltung. Zudem werden Cyber-Angriffe immer ausgefeilter. Sowohl im Bereich der Cyber-Kriminalität als auch in den Bereichen Cyber-Spionage und -Sabotage entwickeln die Angreifenden ständig neue Methoden und machen sich dabei auch aktuelle Umstände, wie zum Beispiel die Corona-Pandemie, zu Nutze. Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, wie verletzlich die kritische Infrastruktur ist und das Cyberangriffe zu einer Waffe bei Konflikten geworden sind. Der angemessene Schutz vor Bedrohungen aus dem Cyberraum ist eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Verwaltung und nicht zuletzt auch für die Stärkung des Vertrauens den Staat. Die steigenden Sicherheitsanforderungen stellen auch die öffentliche Verwaltung in Niedersachsen vor große Herausforderungen, da wir leider in steigendem Maße Angriffe mit

Schadsoftware auf das Land und die Kommunen feststellen müssen. Bei der Ausgestaltung der Informationsverarbeitung müssen die damit einhergehenden Risiken daher stärker in den Blick genommen werden. Dies gilt in besonderem Maße für das Landesnetz, an das viele Kommunen direkt angeschlossen sind. Der Vorschlag des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes für einen Cybersicherheitscheck ist daher auf offene Türen gestoßen.

In welchem zeitlichen Rahmen findet die Cybersicherheitsanalyse statt?

Gestartet sind wir im Juli mit der direkten Ansprache aller niedersächsischen Kommunen. Die Plätze wurden im Windhundverfahren vergeben, wobei im Vorfeld Pilotkommunen definiert wurden und Kommunen am Landesdatennetz Vorrang hatten. Alle Analysen sollen bis Ende 2022 abgeschlossen sein.

Wie war die Resonanz aus den Kommunen?

Überwältigend. Die Interessenbekundungen überstiegen die verfügbaren Plätze um mehr als das Doppelte. Mit so einer Resonanz haben wir nicht gerechnet. Dieser große

Zuspruch hat mich und mein Team sehr gefreut.

Was ist das Ziel der Analyse?

Die Kommune erhält eine klare Bewertung Ihres aktuellen Sicherheitsniveaus mit eindeutigen Handlungsempfehlungen. Die speziell für öffentliche Verwaltungen entwickelte Cybersicherheitsanalyse verschafft der Kommune einen umfassenden Blick darüber, inwieweit bereits getroffene Schutzmaßnahmen eine ausreichende Widerstandsfähigkeit gegen Cyber-Angriffe gewährleisten und an welchen Stellen Handlungsbedarf besteht.

Wie ist die Cybersicherheitsanalyse strukturiert?

Nach einem ersten Vorgespräch kommen die Experten in die Kommune und führen die Analyse durch. Sie besteht aus einem organisatorischen und einem technischen Teil. Im organisatorischen Teil werden in einem Interview BSI & ISACA-relevante Dienstleistungen, Richtlinien und Dokumentationen gesichtet. Im technischen

Teil werden technische Stichproben von z. B. Verzeichnisdiensten und Applikationsservern, Netzwerk und Firewalls durchgeführt. Es folgt eine schriftliche Dokumentation der Proben, die Auswertung der Ergebnisse und klare Handlungsempfehlungen für die Kommune.

Und wie geht es nach der Analyse weiter?

Die Cybersicherheitsanalyse und deren Ergebnisse sind nur der Anfang. Es reicht nicht aus, die Ergebnisse der Analyse in die Schublade zu legen, denn die Analyse zeigt den eigentlichen Handlungsbedarf auf. Die eigentliche Arbeit beginnt danach mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen.

Wie soll es 2023 weiter gehen?

Die überaus zahlreichen Rückmeldungen zeigen, wie wichtig das Thema für die Kommunen ist und dass wir gemeinsam auf einem guten Weg sind. Ich werde mich intensiv dafür einsetzen, dass im nächsten Jahr das Angebot erneut für die Kommunen zur Verfügung steht, die aktuell leider nicht zum Zuge gekommen sind.

Können Sie den Kommunen in Deutschland etwas nahe legen?

Die Ergebnisse aus den ersten abgeschlossenen Maßnahmen zeigen Muster, die sich auch in anderen Organisationsstrukturen finden. Wichtig für einen guten Schutz vor Cyberangriffen ist vor allem, dass das Thema ganz klar als Cheffinnen- und Chefsache wahrgenommen und mit entsprechendem Augenmerk behandelt wird. Die Behördenleitung hat die Verantwor-

tung für eine ordnungsgemäße und sichere Verarbeitung der Daten. Organisatorische Maßnahmen, wie beispielsweise Informationssicherheitsleitlinien und -richtlinien müssen auf aktuellem Stand sein. Die mit Informationssicherheit beauftragten Personen müssen gut ausgebildet sein und genügend Zeit haben, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Eine gute, moderne und am Stand der Technik orientierte technische Schutzinfrastruktur ist praktisch ein Muss. Oftmals fällt es schwer, aus eigenen Ressourcen diese Anforderungen zu erfüllen, weshalb es wichtig ist, sich leistungsstarke Partner zu suchen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister VITAKO hat vor kurzem die Einstufung von Kommunen und ihrer Dienstleister als KRITIS gefordert. Wie steht das Land Niedersachsen dazu?

Die Einstufung als KRITIS ist mit hohen Aufwendungen und Meldepflichten verbunden. Die Vorkehrungen zur Vermeidung von Störungen sind sehr anspruchsvoll und wahrscheinlich von kleinen Kommunen kaum zu leisten. Ich halte daher wenig von einer Einstufung der Kommunen in Gänze als KRI-

TIS. Etwas anderes ist dies in Bezug auf die IT-Dienstleister oder IT-Betriebe der Kommunen. Hier sollten auch jetzt schon hohe Sicherheitsstandards vorhanden sein. Eine verbesserte Informationsversorgung durch den KRITIS-Status ist nicht zu erwarten, da wir als Land auch jetzt schon die Kommunen auf Wunsch mit allen wichtigen aktuellen Informationen versorgen.



Niedersächsische Städte-und Gemeindebund (NSGB)

Auch der Niedersächsische Städte-und Gemeindebund (NSGB) zieht ein positives Zwischenfazit und bekräftigt seine Forderungen: „Es ist gut und richtig, dass das Land Niedersachsen seine Kommunen bei der Analyse von potenziellen Sicherheitslücken unterstützt. Bei dem Check kann es aber nicht bleiben: Auch bei der Behebung etwaiger Lücken und im Notfallmanagement braucht es mehr Engagement aller Beteiligten. Eine funktionierende und wehrhafte IT ist für die Verwaltung heutzutage unabdingbar, um den Bürgerinnen und Bürgern Dienstleistungen anbieten zu können sowie um sensible Daten zu schützen,“ betont Dr. Stephan Meyn, Digitalisierungsreferent und Pressesprecher des NSGB.

Die unendliche Geschichte

Deutschland war bei der Verwaltungsdigitalisierung einmal sehr weit vorne und hatte mit Media@Komm und BundOnline 2005 wegweisende Digitalisierungsprogramme gestartet. Ein Blick zurück in die noch immer aktuelle Zukunft.

Ende der 1990er-Jahre herrschte grenzenlose Euphorie über den digitalen Fortschritt. Allerorten war von New Economy und neuem (Börsen-)Markt die Rede, unzählige Dotcom-Firmen mit vermeintlich revolutionären Geschäftsmodellen tauchten auf – und bald wieder ab. Auch der Staat war vom Hype erfasst und lockte IT-Fachkräfte aus Indien mit einer Greencard ins Land. Auf der Hannoveraner EXPO 2000 gab Bundeskanzler Gerhard Schröder die Losung aus: „Die Daten, nicht die Bürger sollen laufen“ und sein Innenminister Otto Schily verkündete: „Der Digitalminister bin ich.“ Das Editorial der ersten Ausgabe der Fachzeitschrift Kommune21, die anlässlich der CeBIT 2001 erschien, fasst die damalige Stimmung zusammen: „Das Amtschimmel-Image der öffentlichen Verwaltungen täuscht. Es weht ein frischer Wind durch die Behördenflure. Mit der Vision E-Government bricht in den Rathäusern und Kreisverwaltungen eine neue Ära an. Die Schlagworte lauten virtuelles Rathaus, kommunales Call Center, digitale Vorgangsbearbeitung, elektronische Beschaffung, Bürgerbeteiligung und Wahlen via Internet.“ Der frische Wind nahm sich bisweilen wie ein regelrechter Modernisierungsturm aus, von

dem Verwaltung und Politik erfasst wurden. Mit Projekten wie Media@Komm und BundOnline 2005 setzte die Bundesregierung, was die Organisation und Erprobung von Digitalprojekten anbelangte, die Segel in Richtung digitale Welt.

Aus heutiger Perspektive gleichermaßen bemerkenswert erscheint, wie früh die digitalen Ambitionen in Deutschland begannen und wie lange sie schon andauern. Im Jahr 1998 liefen die Vorbereitungen für das Modellprojekt Media@Komm an, mit dem die Bundesregierung nach Anwendungen für elektronische Signaturen auf kommunaler Ebene suchte. Das Signaturgesetz war im August 1997 verabschiedet worden und zielte auf Rechtssicherheit bei E-Commerce und E-Government durch die Nutzung elektronischer Signaturen. Das war weltweite Avantgarde. Bloß fehlten noch die praktischen Beispiele. Folglich wurde ein Modellwettbewerb aufgelegt, an dem sich 136 Städte und Regionen beteiligten. Im März 1999 wurden die drei Preisträger Bremen, Esslingen sowie der Städteverbund Nürnberg gekürt. Media@Komm lief bis 2003 und stellte den drei Städten 65 Millionen Euro für E-Government zur Verfügung, wovon knapp 30 Millionen aus Mitteln des Wirtschafts-

ministeriums kamen. Der Rest wurde von den Kommunen und beteiligten Unternehmen aufgebracht.

Erklärtes Ziel war es, „mit einem integrativen Ansatz im städtischen Raum innovative multimediale Dienste und Anwendungen möglichst unter Nutzung der digitalen Signatur zu entwickeln und deren Möglichkeiten und wirtschaftlichen Potenziale zu demonstrieren“. Auf diese Weise sollten rechtsverbindliche Transaktionen zwischen Bürgern, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung „vollelektronisch und ohne Medienbrüche“ geschehen. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), das für die Begleitforschung zuständig war, zählte im Abschlussbericht 300 entwickelte und erprobte Anwendungen, von denen 180 die qualifizierte Signatur einsetzten. Darunter: Registerauskunft, Gewerbeanmeldung, Mahnverfahren, virtuelles Bauamt und die elektronische Akteneinsicht. Etwa zwei Drittel der Anwendungen hatten Bürgerinnen und Bürger zur Zielgruppe, 40 Prozent wandten sich an die Wirtschaft und etwa zehn Prozent zielten auf den internen Behördenaustausch.

Christine Siegfried, damals Projektleiterin am Difu, erinnert sich: „Deutschland hatte das weltweit

erste Signaturgesetz, womit die händische Unterschrift ersetzt wurde. Und schnell war klar, dass die Verwaltung ein geeigneter Akteur ist, um Signaturen zu verwenden.“ Im Rahmen von Media@Komm haben dann insbesondere Bremen und Nürnberg Signaturanwendungen in der Verwaltung erprobt. In der Hansestadt Bremen hatte sich 1999 eigens die bremen online services GmbH gegründet (aus der später das Unternehmen Governikus hervorgegangen ist) und das Online Service Computer Interface (OSCI) entwickelt. Das OSCI-Transportprotokoll erlaubt einen rechtsverbindlichen und vertraulichen Datentransfer, indem die Daten nach dem Prinzip des „doppelten Umschlags“ sowohl signiert als auch verschlüsselt werden.

Heute zählt OSCI zu den XÖV-Standards, die von der Bremer Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) betreut werden, und findet im innerbehördlichen Datenverkehr weiterhin Einsatz.

„Ein zentrales Ergebnis von Media@Komm sind über 100 Anwendungen für die Wirtschaft, die überlebt haben“, sagt Stephan Klein, Geschäftsführer von Governikus. „Die Datenübertragung zwischen Behörden und den Bürgern hat einen hohen Schutzbedarf und alle drei Städte hatten sich auf OSCI verständigt, das von uns in Bremen entwickelt worden ist. Unter Bürgerinnen und Bürgern hat sich die qualifizierte elektronische Signatur dagegen nicht durchgesetzt. Kein Mensch gibt

Geld für eine Signaturkarte und ein Lesegerät aus, damit die Verwaltung effizienter arbeiten kann. Das war schon ein Geburtsfehler des Signaturgesetzes, den viel später erst die eIDAS-Verordnung durch Fernsignaturen behoben hat.“ So wurde denn auch in Nürnberg die signaturbasierte Online-Beantragung des Anwohnerparkausweises mangels Nachfrage recht bald wieder abgeschaltet.



Deutschland hat früh digitale Ambitionen entwickelt.

Der Abschlussbericht von Media@Komm listete 2003 „Zehn Erfolgskriterien des Kommunalen E-Government“ auf. Darunter befinden sich so wohlvertraute Vorschläge wie die Entwicklung eines Leitbilds für E-Government und dessen Verankerung in der städtischen Gesamtstrategie – heute unter dem Slogan „IT als Chefsache“ bekannt. Auch die Organisation eines Change-Prozesses und dessen Verknüpfung mit anstehenden Verwaltungsreformen sowie der Aufbau einer auf Standards basierenden technischen Infrastruktur sind vor 20 Jahren bereits als Grundvoraussetzungen für die Digitalisierung identifiziert worden. Begriffe wie Kundenorientierung, Partizipation und technische Kooperationen machten ebenfalls

bereits die Runde. Schon aus diesem Grund ist Media@Komm eine gewisse Nachhaltigkeit nicht abzuspüren. Allenfalls der Gedanke, Digitalisierung zur Daueraufgabe zu erklären, überstieg die damalige Vorstellungskraft. Dabei war der Begleitforschung klar, dass mit einem Modellwettbewerb noch kein Staat zu machen ist.

Parallel zu Media@Komm startete im September 2000 „Europas größte E-Government-Initiative“ namens BundOnline 2005. Mit großem Pomp lancierte das Bundesministerium des Innern die Digitalinitiative auf der Weltausstellung EXPO in Hannover. BundOnline 2005 zielte auf die Modernisierung der Bundesverwaltung ab und auf Bürokratie-

abbau. Innenminister Otto Schily versprach, 355 internetfähige Dienstleistungen für Bürger, Wirtschaft und die Verwaltung bis 2005 online verfügbar zu machen. Er stellte hierfür eine Gesamtfinanzierung von 1,65 Milliarden Euro auf die Beine: „Eine Investition in die Zukunft“. Beliebte war es damals, den Staat als Unternehmen zu verstehen – die Deutschland AG. Von Effizienz, Dienstleistungsperspektive, Wertschöpfungskette und Kundenfokussierung zu reden, erschien ganz selbstverständlich. BundOnline 2005 stimmte in den Chor ein und versprach zudem mehr Wirtschaftlichkeit und Effektivität, indem Bürger und Unternehmen die Verwaltungsleistungen „rund um die Uhr von zu Hause aus“ in Anspruch nehmen können. ▶

„Die Idee ‚Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger‘ war damals keine Selbstverständlichkeit, sondern – zumindest im öffentlichen Bereich – vollkommen neu“, sagt Berlins CIO Ralf Kleindiek, der im Bundesinnenministerium als Projektleiter für BundOnline 2005 zuständig war. „Dass die Dienstleistungen dann zum ersten Mal systematisch erfasst wurden, war ebenfalls ein Novum. Denn die Verwaltung denkt in Prozessen und Hierarchien und sehr viel weniger in Produkten – erst recht nicht aus der Perspektive der Nutzerinnen und Nutzer, seien es Bürgerinnen, Bürger oder die Wirtschaft. Das alles war neu.“ Neu war auch – vor dem Hintergrund des Wildwuchses technischer Systeme und Software-Lösungen unterschiedlichster Hersteller –, sich über Standardisierung Gedanken zu machen. Mit den „Standards und Architekturen für E-Government-Anwendungen“ (SAGA) wurde – auf Bundesebene – eine Grundlage für Interoperabilität geschaffen. Der Abschlussbericht

verkündet, dass am 29. August 2005 das Ziel mit 376 E-Government-Leistungen erreicht worden ist. Ende 2005 waren sogar 440 Leistungen fertiggestellt. Darunter befanden sich zahlreiche Behördenportale, Online-Fachinformationsstellen und Online-Datenbanken, aber auch so prominente Verfahren wie die BAföG-Rückzahlung, der Riester-Zulagenantrag oder die E-Vergabestelle des Bundes. Auch der Zugang zur elektronischen Steuererklärung ELSTER wurde vereinfacht.

Darüber hinaus verwies der Schlussbericht auf weitere positive Effekte wie den Abbau direkter Verwaltungskontakte, weniger Bearbeitungsaufwand und geringere Durchlaufzeiten in den Verwaltungen. Gleichsam waren den Gutachtern auch schon die mangelnde Bekanntheit von Online-Anwendungen und erschwerende rechtliche Rahmenbedingungen wie das Schriftformerfordernis aufgefallen. Richtiges Marketing sollte daraus aber nie folgen, und auch an der Schriftform hielten Politik und Verwaltung mit beiden Händen fest. Die Kosten für BundOnline 2005 beliefen sich übrigens laut einer abschließenden Wirtschaftlichkeitsbetrachtung anstatt auf 1,65 Milliarden lediglich auf 650 Millionen Euro. Etwas vertan hatte man sich auch bei den jährlichen Einsparungen durch E-Government. Sie waren mit 400 Millionen Euro prognostiziert, ließen sich aber nicht verifizieren.

„BundOnline 2005 trug das erste Mal entscheidend dazu bei, dass das Thema E-Government zur Chefsache erklärt worden ist“, sagt Martin Schallbruch, damals Leiter des

IT-Stabs im Bundesinnenministerium. „Es war der zentrale Auftakt für den Aufbau von Grundlagen und Standardisierungsvorhaben in Deutschland, die nachfolgende Verwaltungsdigitalisierungsprogramme geprägt haben – beispielsweise den Aufbau der KoSIT, zentrale Komponenten wie das Deutsche Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV) oder auch das innerhalb der Bundesverwaltung etablierte Einer-für-Alle-Prinzip (EfA). So werden auch heute noch einige Basis- und Querschnittsdienste genutzt, zum Beispiel der Government Site Builder oder Profi.“

Bekanntermaßen war mit BundOnline 2005 die Verwaltungsdigitalisierung nicht abgeschlossen. Sonst hätte es 2016 kaum eines Onlinezugangsgesetzes (OZG) bedurft, in dessen Rahmen nochmals 115 Bundesleistungen angefasst wurden. Eine Digitalisierungsinitiative folgte der nächsten. Nach Media@Komm kam Media@Komm Transfer, der krachend gescheiterte Versuch, die Erkenntnisse der drei Projektstädte in die bundesdeutsche Fläche zu bringen. Nach BundOnline 2005 gab es mit Deutschland Online das erste Bemühen, alle staatlichen Ebenen des föderalen Deutschlands bei der Digitalisierung zu verzahnen. „Rückblickend lässt sich konstatieren, dass unter anderem durch Programme wie BundOnline 2005 der Fokus auf große zentrale Programme der Bundesverwaltung gelegt wurde“, sagt Martin Schallbruch. „Der eigentliche Mehrwert der Digitalisierung aus Sicht der Bürger und Unternehmen liegt jedoch häufig in der Kommunalverwaltung. Daher erscheint der heute verfolgte ebenenübergreifende Ansatz zielführender.“



Die erste Ausgabe von Kommune21.

Doch auch dieser Ansatz ist nicht ganz neu. Mit dem Kooperationsausschuss Automatisierte Datenverarbeitung (KoopADV) – quasi dem Vorgänger des IT-Planungsrats – hatte sich bereits im Jahr 1970 ein Gremium gegründet, das explizit für gemeinsame Grundsätze in der Informationstechnologie aller föderalen Ebenen zuständig war. Im KoopA saßen Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen, und zwar die mit IT besonders vertraute Fachebene. „Das besondere an KoopA im Unterschied zum IT-Planungsrat war, dass dort die Kommunen mit Sitz und Stimme saßen und von Anfang an durch die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände und die KGSt repräsentiert waren. Wir waren vollwertige, stimmberechtigte Mitglieder“, erinnert sich Marianne Wulff, damals Programmleiterin bei der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt). Innerhalb von KoopA hatte sich schnell eine Arbeitsgruppe für E-Government gegründet, die sich mit Umsetzungsfragen beschäftigte und 2006 einen Bericht über „Erfolgsfaktoren für E-Government-Lösungen“ veröffentlichte. Er stützte sich auf die Erfahrungen mit Media@Komm und BundOnline2005. „Wenn man den Bericht heute liest“, so Wulff, „staunt man nicht schlecht, denn die ‚Erfolgsfaktoren‘ gelten fast alle heute noch und sind oft leider kaum oder nicht vollends eingelöst.“

Ausgangspunkt der Empfehlungen war die Frage, wie sich die Bereitschaft der Bürger und Unternehmen steigern lässt, elektronische Services von Bund, Ländern und Kommunen zu nutzen. Die At-

traktivität der Angebote selbst galt dabei als wichtigster Nutzungsanreiz, dicht gefolgt vom Verzicht auf Schriftformerfordernisse, „die nicht erforderlich sind“. Öffentlichen Stellen sollte zudem ermöglicht werden, „auf bereits an anderer Stelle elektronisch vorgehaltene Daten von Bürgern und Unternehmen zuzugreifen“. Die Notwendigkeit eines persönlichen Erscheinens sollte überprüft, die E-Government-Infrastruktur vereinheitlicht und Datenaustauschformate standardi-

siert werden; die Bedienoberflächen von E-Government-Anwendungen sollten sich zudem an marktgängigen Lösungen orientieren.

Seitenlang geht es vor beinahe 20 Jahren mit der Beschreibung der Probleme unserer Gegenwart weiter. Die Einsicht, wir hätten kein Erkenntnis- sondern ein Umsetzungsproblem, ist insofern ebenfalls älteren Datums.

Helmut Merschmann

Anzeige



LEADING EMPLOYER
DEUTSCHLAND 2022
EXCLUSIVELY AWARDED TO THE COUNTRY'S TOP 1%

OPTIMAL SYSTEMS
A KYOCERA GROUP COMPANY

Verwaltungsdaten jederzeit und überall? Wir machen das schon.

Erleben Sie das Maximum an mobiler Arbeit für die Öffentliche Verwaltung. Mit dem enaio® webclient können Sie plattformunabhängig und von überall auf Ihre Daten und Dokumente in enaio® zugreifen. Die übersichtliche, dynamische Darstellung des enaio® webclient rufen Sie entspannt über marktübliche Browser auf. Und der Desktopbereich lässt sich an Ihre persönlichen Bedürfnisse anpassen.

Digitalisierung. Wir machen das schon.

optimal-systems.de/hannover Software für Macher.

Cloud und Marktplatz

Die Genossenschaft govdigital baut einen digitalen Marktplatz auf, über den Kommunen Einer-für-Alle-Lösungen buchen können. Kommune21 sprach mit govdigital-Vorstand Martin Schallbruch über den Stand des Projekts und die weiteren Pläne.

Herr Schallbruch, Sie waren IT-Direktor beim Bund, danach Direktor an der European School of Management und Technology in Berlin und Dozent am Karlsruher Institut für Technologie. Bei govdigital sind Sie wieder mit der praktischen Umsetzung befasst. Was reizt Sie an der kommunalen Welt?

Ich habe lange die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung im Bund mit organisiert und dann eine Auszeit von der Verwaltungsdigitalisierung genommen und ein Buch mit dem Titel „Schwacher Staat im Netz“ geschrieben, in dem ich die ersten zwanzig Jahre meines Berufslebens verarbeitet habe. Dadurch habe ich Abstand gewonnen und neue Perspektiven. Den Ansatz von govdigital, die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung über einen Marktplatz in die Fläche zu bringen, halte ich für richtungsweisend. Auch finde ich es spannend, dass die Kommunen jetzt in einem Maße bereit sind zu kooperieren, wie es das vorher nie gab.

govdigital hat vom IT-Planungsrat den Zuschlag für die Umsetzung eines Marktplatzes für Eine-für-Alle-(Efa)Lösungen erhalten. Wie viele Mittel stehen dafür zur Verfügung?

Der Efa-Marktplatz ist ein Projekt des IT-Planungsrats und wird

durch das Digitalisierungsbudget der Föderalen IT-Kooperation, FITKO, finanziert. Unsere Genossenschaft hatte ein Vorprojekt durchgeführt, mit dem wir untersuchten, wie wir die Reichweite der Efa-Leistungen in die Kommunen hinein erhöhen können. Mit der Möglichkeit der Inhouse-Vergabe durch unsere kommunalen Träger ist die govdigital-Genossenschaft mit einer relativ großen Reichweite ausgestattet. Das war der Grund, warum der IT-Planungsrat uns beauftragt hat.

Muss jede Kommune Mitglied sein, um an der Inhouse-Vergabe teilzunehmen?

Was die Mitgliedschaft angeht, richten wir uns nicht vorrangig an Kommunen, sondern an die kommunalen IT-Dienstleister, deren Träger ja die Kommunen sind. Diese erfüllen damit das wichtige Kontrollkriterium des europäischen Rechts. Das bedeutet, dass man bei uns Inhouse-fähig beauftragen kann, wenn man ein Träger eines Mitglieds von govdigital ist. Auf diese Weise erreichen wir mehr als 70 Prozent aller Kommunen.

Was ist der aktuelle Stand beim digitalen Marktplatz für Einer-für-Alle-Lösungen?



Martin Schallbruch

Auf dem Zukunftskongress Staat & Verwaltung in Berlin hatten wir den Marktplatz in Form eines Schaufensters vorgestellt. Dort befinden sich beispielsweise Efa-Leistungen wie Aufenthaltstitel, digitaler Bauantrag, Führerscheinantrag oder Mutterschutzmitteilung. Inzwischen haben wir die Bereitstellungsprozesse sukzessive realisiert, sodass die IT-Dienstleister ihre Angebote in den Marktplatz einstellen können. Im nächsten Schritt werden die Nutzungsprozesse umgesetzt, wodurch eine Kommune eine Leistung bestellen kann. Ab November dieses Jahres wird man dann rechtlich verbindlich bestellen können und auch eine Rechnung erhalten. Das Preismodell für Efa-Leistungen ist ja erst im August festgelegt worden, und wir müssen das nun programmieren. Ziel ist

eine automatische Fakturierung, sodass keine Rechnungen mehr ausgedruckt werden, sondern alles digital erfolgt.

Gibt es weitere Pläne?

Wir haben dem IT-Planungsrat vorgeschlagen, den Marktplatz über OZG- und EfA-Leistungen hinaus für eine ganze Reihe von

sie leicht skalieren und für weitere Kunden bereitstellen kann.

Angesichts einiger Alleingänge könnte der Eindruck entstehen, dass nicht mehr alle Länder hinter dem EfA-Prinzip stehen. Stimmt das?

Das Gefühl habe ich nicht. Länder wie Bayern oder Nordrhein-Westfalen bemühen sich, die Um-

setzungen mit nahezu allen Ländern gesprochen. Alle sind massiv damit beschäftigt, EfA-Leistungen bei sich auszurollen und eine OZG-Umsetzung herzustellen. Dass ein anderer Eindruck entstehen könnte, rührt vielleicht daher, dass man sich von politisch gesetzten Zielen und Fristen verabschiedet und sagt: Wir setzen es jetzt einfach in der Geschwindigkeit um, wie wir es

„Der EfA-Marktplatz soll künftig die Rolle als zentraler Marktplatz für digitale Leistungen übernehmen.“

anderen Leistungen für die öffentliche Verwaltung zu öffnen. Das können Fachverfahren sein oder ein digitaler Arbeitsplatz. Das heißt, im kommenden Jahr soll der EfA-Marktplatz die Rolle als zentraler Marktplatz für digitale Leistungen innerhalb der öffentlichen Verwaltung übernehmen.

Inwieweit hängt der Erfolg des Marktplatzes vom aktuellen Cloud-Projekt für die öffentliche Verwaltung ab?

Aus unserer Sicht wird das zwangsläufig zusammenlaufen. Ob das nun OZG-Leistungen sind, Fachdienste oder Basis-Anwendungen wie der souveräne Arbeitsplatz – all das wird mittel- und langfristige als Cloud-Dienst bereitgestellt werden. Der Marktplatz für EfA-Leistungen und das Cloud-Service-Portal wachsen so sukzessive zusammen. Meine persönliche Vision wäre, dass wir in einigen Jahren eine zentrale Shop-Lösung vorfinden, über die man alle digitalen Dienste als Software as a Service bei sofortiger Bereitstellung buchen kann. Die dahinter liegenden Infrastrukturen müssen dann allerdings so leistungsstark sein, dass man

setzung des Onlinezugangsgesetzes in ihrem Land möglichst optimal zu organisieren. Sie haben auch etwas früher damit angefangen als andere Länder. Ich war auf mehreren OZG-Veranstaltungen und

hinkriegen. Ich kenne kein Land, das mit der OZG-Umsetzung aufhört und das EfA-Prinzip nicht mehr nutzen will.

Interview: Helmut Merschmann

Anzeige

DIGITALE ZUKUNFT. HEUTE.

KDO-KUNDEN- UND PARTNERTAGE

14. - 16. MÄRZ 2023 ONLINE

Der digitale Treffpunkt für kommunale IT!

Jetzt kostenfrei anmelden unter kupata.kdo.de

Einfach scannen und direkt anmelden.

DigitalPakt 2.0 besser machen

T. Steinborn

Der DigitalPakt Schule ist vor allem ein Infrastrukturpaket. Für einen guten digitalen Unterricht benötigen Schulen jedoch mehr als finanzielle Mittel für Geräte und schnelles Internet. Eine Umfrage des Bündnisses für Bildung zeigt, wo Verbesserungspotenzial liegt.

Im September 2022 kündigten Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger und die Präsidentin der Kultusministerkonferenz Karien Prien an, den DigitalPakt Schule nochmals beschleunigen zu wollen. „Der DigitalPakt nimmt weiter an Fahrt auf, aber das Tempo stimmt noch nicht“, so die Bundesministerin. Bis Sommer 2022 waren aus allen Teilen des Digitalpakts von den zur Verfügung stehenden 6,5 Milliarden Euro insgesamt rund 1,6 Milliarden Euro abgeflossen, rund 3,2 Milliarden Euro waren für bereits bewilligte Projekte gebunden. Ein mögliches Problem des aktuellen Digitalpakts Schule ist der gerade in der öffentlichen Debatte als zu langsam wahrgenommene Abfluss und tatsächliche Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel.

Doch die weitere Diskussion auf dem Weg zum DigitalPakt 2.0 wird eine zweigeteilte sein müssen: Der bessere Mittelabfluss und das Wieviel sind der eine Aspekt. Der andere ist, was Schulen eigentlich alles für einen guten digital gestützten Unterricht benötigen. Denn der DigitalPakt Schule war und ist vor allem ein Infrastrukturpaket – was angesichts der digitalen Ausstattung der Schulen vor dem Start des Förderprogramms auch richtig war.

Für einen guten digitalen Unterricht braucht es aber deutlich mehr als Geräte und WLAN-Abdeckung. Schulen benötigen auch deutlich mehr finanzielle und administrative Unterstützung zur Einführung digitalgestützter pädagogischer Konzepte mit den entsprechenden Inhalten, mit dem passenden digitalen Content und sinnvollen digitalen Tools.

Das Bündnis für Bildung (BfB) ist als gemeinnütziger Verein eine neutrale Plattform, in dem sich alle wichtigen Akteure zusammengeschlossen haben, die Digitales in der Bildung nach vorne bringen können: von Vertretern der öffentlichen Hand aus Bundesländern und Kommunen über Vertreter der IT- und Bildungswirtschaft bis hin zu Bildungsinitiativen und Verbänden. Mit diesem 360-Grad-Blick auf digitale Bildung haben die BfB-Mitglieder in einer Umfrage wichtige Erfahrungen und Hinweise aus der Praxis geliefert, wie der DigitalPakt 2.0 besser gemacht werden kann.



Hardware allein macht noch keinen guten digitalen Unterricht.

Eine deutliche Mehrheit der befragten BfB-Mitglieder hält beispielsweise die bereitgestellten finanziellen Mittel aus dem DigitalPakt Schule für zu gering – unabhängig davon, wie viele Mittel tatsächlich abgerufen wurden. Lediglich elf Prozent der Befragten hielten das Gesamtvolumen des Digitalpakts Schule für „genau richtig“, 81 Prozent bewerteten das Gesamtvolumen als „zu gering“. Abgesehen vom Gesamtbudget zeigt die Umfrage auch, wo es Verbesserungsbedarf bei Ausschreibungen, Vergabe und Abrechnungen gibt. Unter anderem gilt es, Ausschreibungsunterlagen, Vergaberegeln und Antragsverfahren zu vereinfachen. Eine häufige Forderung: Wo es machbar ist,

mit Rahmenverträgen zu arbeiten. Diese würden vielen Akteuren alle weiteren Schritte erleichtern: keine oder vereinfachte Ausschreibungen, klare Abrechnungskonditionen und mehr Planungssicherheit für die Kommunen.

Gleichzeitig sprechen sich die BfB-Mitglieder dafür aus, die Abrechnungsmodalitäten zu vereinfachen und praxisnäher zu gestalten. Zudem fordern sie, den Kommunen bei der Vorfinanzierung mehr Planungssicherheit zu geben und hier sowie bei kommunalen Eigenanteilen darauf zu achten, dass dies aus den kommunalen Haushalten leistbar ist. Denn eine kurzfristige Mittelakquise ist für viele Kommunen in einem laufenden Haushaltsjahr problematisch. Kommunen müssen zudem bei Mitteln aus dem DigitalPakt Schule teilweise ein hohes finanzielles Risiko eingehen, falls die Vergaberichtlinien eine spätere Mittelauszahlung für bereits getätigte Anschaffungen doch nicht möglich machen. Außerdem enthielten aus Sicht der BfB-Mitglieder die Länderpro-

gramme, die laut Verwaltungsvereinbarung zum DigitalPakt Schule „Kriterien und ein Verfahren zur Bewertung und Begutachtung von Anträgen“ aufstellen, in manchen Bundesländern viele Fallstricke für die Finanzierungssicherheit. Als positives Beispiel wurde in der Umfrage mehrfach das Land Niedersachsen genannt, das sich für eine 100-prozentige-Förderung anstelle eines Eigenanteils der Kommunen entschieden hat.

Um die digitale Bildung an Schulen nachhaltig zu fördern, sollten Programme wie der DigitalPakt 2.0 künftig zudem deutlich mehr Bereiche in den Fokus nehmen. Der DigitalPakt Schule hat sich in vielen Bereichen stark auf Einmalanschaffungen fokussiert. Deutlich stärker mitgedacht werden müssen langfristige und nachhaltige Aspekte der digitalen Ausstattung, die im laufenden Prozess an Schulen dauerhaft benötigt werden, etwa Support, Administration, Wartung oder Pflege. Des Weiteren sollten für ein umfassendes Konzept von digitaler Bildung an Schulen

neben der Hardware auch Dienstleistungen und Produkte aus dem Content-Bereich sowie Software und Tools stärker berücksichtigt und die entsprechenden Anbieter an Planungen und Überlegungen zu Förderprogrammen wie dem DigitalPakt 2.0 beteiligt werden. Zu guter Letzt: Digitalität in der Bildung wird in Zukunft ein zentraler und dauerhafter Aspekt der schulischen Bildung und des schulischen Alltags sein. Ebenso zentral, dauerhaft und nachhaltig sollte deshalb auch die Finanzierung für digitale Bildung werden. Förderpakete wie ein DigitalPakt 2.0 können hier einen wichtigen Beitrag und An Schub leisten. Mindestens ebenso wichtig wird es aber sein, die öffentlichen Haushalte, aus denen entsprechende Mittel bereitgestellt werden, so auszustatten, dass digitale Bildung nachhaltig in Schulen etabliert wird und die Schulen in Zukunft mit technischen Entwicklungen dauerhaft Schritt halten können.

Timm Steinborn ist Geschäftsführer des Bündnis für Bildung e.V.

Anzeige



Management
Services

Eine Marke der DSV Gruppe

Gehostete Selbstverwaltung für Kommunen

Profitieren Sie vom Rundum-Sorglos-Paket: Unsere Formularanwendungen lassen sich einfach in Ihren Webauftritt einbinden. Dabei garantieren wir Ihnen hohe Verfügbarkeit und schnelle Performance.

Wir bieten Ihnen mit der Einrichtung eines eigenen Mandanten zusätzlich eine Plattform zur Publikation Ihrer eigenen Lösungen auf unserem System mit Basis cit intelliForm.

www.s-management-services.de



Der Wille ist da, die Basis fehlt

Der Digitalisierungsindex Bildung 2021/2022 zeigt, dass die digitale Transformation der Bildung zusätzliche Schubkraft braucht. Die hierfür notwendigen Maßnahmen erläutert Jochen Bösl, Leiter des Vertriebsbereichs Digitale Bildung und Schule bei der Telekom.

Herr Bösl, als die Pandemie die Schulen zum Distanzunterricht zwang, traf das die Lehrkräfte unvorbereitet. Ist die digitale Bildung seitdem vorangekommen?

Insbesondere in den ersten Monaten der Corona-Pandemie standen Schulleitung und Lehrkräfte vor einer Menge zeitkritischer Fragen. Wie können wir unsere Klassen von zu Hause aus unterrichten? Welche technische Ausstattung benötigen wir? Die anfängliche Überforderung erzeugte einen erfrischenden Aktionismus. Unsere Studienergebnisse legen offen, dass Methoden zum Homeschooling und hybriden Unterricht heute weitgehend verbreitet sind. 75 Prozent der Schulen haben Videokonferenzen und digitale Lernplattformen etabliert. Schul-Apps nutzen 48 Prozent der befragten Einrichtungen. 40 Prozent verwenden Filesharing-Lösungen, um etwa per Cloud-Speicher Dokumente auszutauschen und abzulegen. Weil dazu auch leistungsstarke Hardware notwendig ist, stattete die Mehrheit der Schulen (55 Prozent) ihre Schulkinder und Lehrkräfte mit entsprechenden Endgeräten aus. Dennoch müssen sich im Schnitt zwei Lernende ein Gerät teilen.

Gilt dieser positive Effekt auch für die digitale Infrastruktur?

Leider nicht. Die Befragung zeigt, dass die Schulen vor allem kurzfristige Lösungen zum digitalen Unterrichten umgesetzt haben. Die digitale Ausstattung vor Ort hat keinen vergleichbaren Schub erfahren. 53 Prozent der Schulen richteten zwar Anzeige- und Interaktionsgeräte wie digitale Tafeln ein – durchschnittlich jedoch nur in jedem zweiten Raum. Die WLAN-Ausleuchtung reicht bei vier von zehn Schulen nicht in alle Räume. Und im Freien online surfen – etwa bei der Gruppenarbeit auf dem Schulhof –, ist nur bei 28 Prozent der Schulen möglich. Der Rest hat in den Außenbereichen keine WLAN-Verbindung. Auch Glasfaserkonnektivität ist immer noch nicht die Regel und nur bei knapp einem Viertel vorhanden. Doch das Problem ist viel grundlegender: 80 Prozent mangelt es an einer zuverlässigen Internet-Versorgung.

Was ist der Grund hierfür?

Ausschreibungen verteilen sich oft auf verschiedene Fördermittelgeber und Antragsberechtigte. Der mehrstufige Prozess führt dazu, dass Monate bis zum Zuschlag eines Angebots vergehen. Ausschreibungen erfolgen darüber hinaus häufig sehr kleinteilig, etwa für nur wenige Schulen eines Schulträgers.



Jochen Bösl

Wären Schulstandorte in Sammelvergaben auf Landkreis- oder Bundesländerebene gebündelt, würde das die Realisierungsdauer positiv beeinflussen.

Die wenigsten Lehrkräfte sind Digital Natives. Können sie die Geräte und digitalen Tools zielführend einsetzen?

Pädagogische Fachkräfte wurden während der Pandemie weitgehend allein gelassen – und werden es immer noch. Eine große Mehrheit der Schulen (72 Prozent) gibt an, dass verfügbare Lehrpläne und -materialien nicht ausreichend darauf ausgerichtet sind, digitale Medien einzusetzen. Doch dafür braucht es ohnehin IT-Know-how, das den Schulen fehlt. Gleichzeitig ist der Wille da: 85 Prozent finden es be-

reichernd, digitale Medien in den Unterricht einzubinden. Schulen wollen nachhaltig digitalisieren. In der Realität scheitert es noch vielerorts daran, Technik und Pädagogik sinnvoll zu verknüpfen.

Hat denn der DigitalPakt Schule nicht die Kraft, die aktuelle Situation zu verbessern?

zudem nur die Inbetriebnahme der Technik ab, nicht jedoch die langfristige Unterstützung bei Wartung, Betrieb und Service. Dabei benötigen Fachkräfte die Sicherheit, dass sie ein erfahrener Partner unterstützt, wenn Fragen zu Laptop oder WLAN-Verbindung auftauchen. Dazu gehören auch pädagogisch-technische Fortbildungen.

begleiten. Der Magenta Classroom der Telekom ist ein Komplettpaket für die digitale Schule – vom Breitbandanschluss über Laptops und digitale Tafeln bis hin zum Cloud-Service. Aufgebaut wie ein modulares Baukastensystem können sich Schulen ihre Lösung individuell zusammenstellen. Ebenso wichtig ist unser übergreifendes Service-

„Fachkräfte benötigen die Sicherheit, dass sie ein erfahrener Partner unterstützt.“

Bis Ende Juni 2022 haben Schulen erst knapp 600 Millionen Euro aus dem Basis-Fördertopf abgerufen. Bewilligt und verplant sind rund drei Milliarden Euro. Das liegt vor allem daran, dass hinter Antrag und Ausschreibung ein komplexer Prozess steckt. Der Medienentwicklungsplan, den Schulen erstellen müssen, verlangt ein detailliertes Konzept, wie digitale Medien praktisch eingesetzt werden sollen. Wer die Papiere ausfüllt, kann jedoch nicht auf erprobte Komponenten oder Hilfestellungen zurückgreifen. Bislang deckt der DigitalPakt

Was müsste sich also bei einem DigitalPakt 2.0 ändern?

Schulen sollte ein Katalog an standardisierten Maßnahmen und unterstützenden Vorgaben vorliegen und zwar am besten bundesweit, um einen digitalen Flickenteppich zu verhindern. Damit würden die Gelder von Anfang an in ein erprobtes Konzept gesteckt, das alle Bereiche der digitalen Schule mitdenkt – mit deutlich weniger Aufwand. Fachkräfte benötigen außerdem zuverlässige IT-Partner, die ihre Transformation ganzheitlich

und Schulungskonzept. Denn damit Schulen auf eigenen Beinen stehen, benötigen sie förderfähigen IT-Support und die Möglichkeit, über Fortbildungen digitales Know-how auszubauen. Insgesamt sollte das Ziel des DigitalPakts sein, dass sich Pädagogen nicht mehr um ihre technische Ausstattung sorgen müssen. Mehr noch: Lehrkräfte sollten vom Staat nachhaltig befähigt werden, Schülerinnen und Schüler souverän für die digitale Zukunft auszubilden.

Interview: Luzia Langhans, IT-Redakteurin aus Köln.

Anzeige

GOVERNIKUS
● ● ●

Mehr Sicherheit für
**Ihre Daten und
Dokumente!**



governikus.de

Ausreichend bis mangelhaft

Dirk Hetterich

Wie ein Katalysator sollte der DigitalPakt Schule die digitale Bildung in Deutschland ankurbeln. Die Umsetzung hinkt den hoch gesteckten Zielen jedoch hinterher. Auch bei der Basisinfrastruktur, darunter der WLAN-Anbindung der Schulen, besteht Nachholbedarf.

Der 31. Dezember ist für Schulträger und Schulen Stichtag für die Beantragung von Fördermitteln aus dem DigitalPakt Schule. Diese Frist sollten sie keinesfalls ungenutzt verstreichen lassen. Andernfalls verlieren sie wertvolle Zeit und in puncto Digitalisierung immer mehr den Anschluss.

Um deutsche Bildungseinrichtungen in die Neuzeit zu hieven, wurde der DigitalPakt Schule ins Leben gerufen. Dieser wird von den Kommunen inzwischen gut in Anspruch genommen. Das zeigt auch die im September vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorgelegte Halbjahresbilanz: Etwa 20.000 Schulen und damit die Hälfte aller öffentlichen Bildungseinrichtungen profitieren bereits vom Förderprogramm der Bundesregierung. Seit Laufzeitbeginn sind Bundesmittel in Höhe von rund 1,6 Milliarden Euro abgeflossen, und es wurden laufende Projekte in Höhe von 3,2 Milliarden Euro genehmigt, um die digitale Infrastruktur an Schulen auszubauen. Auch wenn die Fördermittel also

in den Schulen ankommen, darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass deren Netzwerkinfrastruktur oftmals nicht ausreichend, teilweise sogar mangelhaft ist. Dabei stehen und fallen sämtliche Digitalisie-



In vielen Schulen reicht das WLAN nicht in alle Räume.

rungsvorhaben mit einem leistungsfähigen, flächendeckenden WLAN.

Der Digitalisierungsindex Bildung 2021/2022 der Deutschen Telekom vom September 2022 spricht hier eine deutliche Sprache: Das WLAN reicht bei 41 Prozent der befragten Schulen nicht in alle Schulräume. Geschweige denn auf Schulhöfe oder Lernbereiche im Freien (siehe auch Interview S. 18) Bei den Schüler-Lehrer-Laptops sieht die Lage ganz anders aus: Hier sind die DigitalPakt-Gelder laut den Zahlen des BMBF zu 99,1 Prozent

abgeflossen und in den Schulen angekommen. Wie sollen aber die mit den Fördermitteln beschafften Endgeräte sinnvoll genutzt und deren Potenzial ausgeschöpft werden, wenn die technischen Voraussetzungen nicht stimmen? Schulnetze sind jedoch komplex, Schulträger und Schulen benötigen Unterstützung bei deren Planung und Betrieb. Zugleich ist ein WLAN betreuungsintensiv, nicht zuletzt aus Datenschutz- und Sicherheitsgründen. Doch auch wenn die Gesamtinfrastruktur komplex ist, muss es der Betrieb nicht sein.

Beim Aufbau eines Schul-WLAN gilt es unter anderem, hinsichtlich Leistung und Bandbreite zukunftsgerichtet zu planen: Was die Schulträger heute anschaffen, darf in drei Jahren nicht schon veraltet sein. Bei der Beschaffung von WLAN Access Points sollte die Wahl auf Geräte fallen, welche die neuesten WLAN-Standards unterstützen. Wi-Fi 6 oder Wi-Fi 6E sind Pflicht, um die nötige Bandbreite zu liefern, wenn sich hunderte Clients mit dem Schul-WLAN verbinden, Do-

kumente hoch- und herunterladen, recherchieren oder Videos streamen und die Endgerätedichte mit der Zeit wächst.

In der Regel werden in Schulen für unterschiedliche Anwendergruppen eigene Netze eingerichtet. Verwaltungsnetz und pädagogisches Netz sind strikt voneinander zu trennen – so die Vorgabe der Kultusministerien der Länder. Oftmals wird daneben ein Gäste-Netzwerk für Schüler und externe Personen eingerichtet. Über die Vergabe unterschiedlicher Namen für die Netze und die Weiterleitung in eigene virtuelle Netzwerksegmente (VLANs) lassen sie sich sicher voneinander trennen. Voraussetzung ist, dass die Access Points diese Mechanismen unterstützen. Damit Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler auf den Schul-Server zugreifen können, werden auf den Schul-Endgeräten Zertifikate installiert, die ähnlich einer Eintrittskarte die automatische Anmeldung am Unterrichtsnetz ermöglichen. Wollen Schüler und Lehrer eigene Geräte im Unterricht nutzen, sollte

die Infrastruktur Bring Your Own Device (BYOD) vorsehen. Entsprechende Vorkehrungen werden mit Passwörtern getroffen. Alternativ könnten sie sich mit einer individuellen Benutzerkennung im Gäste-WLAN authentifizieren. Wenn es die Unterrichtssituation erfordert, können Zugangsdaten kurzfristig erstellt werden. Schulen behalten die Kontrolle, wenn die eingesetzten WLAN Access Points für all diese Szenarien ausgelegt sind.

Ein Schul-WLAN kann zentral über einen WLAN-Controller oder über die Cloud verwaltet werden. Gerade für Schulen ohne IT-Administrator, in denen Lehrer oder der Hausmeister diese Aufgabe übernehmen, bietet das cloudbasierte Management Unterstützung und Entlastung. Updates, Änderungen oder Erweiterungen erfordern dann nur wenige Klicks über die Cloud-Plattform. Schulträger könnten die Netzwerke der Schulen in ihrem Verantwortungsbereich aber auch aus dem Landratsamt heraus steuern. Mit WLAN Access Points, die beide Methoden unterstützen, ist es

jederzeit möglich, von der traditionellen Netzwerkverwaltung mittels Controller auf das cloudbasierte Management umzusteigen.

Bei der Anbieterauswahl sollten Datenschutz und -sicherheit klaren Vorrang haben. Werden WLAN Access Points mit einem Cloud-Dienst kombiniert, ist oftmals nicht bekannt, dass dabei auch sensible Schülerdaten wie persönliche Angaben, E-Mails, IP-Adressen oder Noten das Schulnetzwerk verlassen. Da Schulträger verpflichtet sind, datenschutzkonforme IT-Lösungen zu beschaffen, sollte ihre Wahl folglich nicht unbedingt auf die beliebte Lösung des Marktführers oder die günstigste Lösung fallen, vielmehr ist von Bedeutung, wo der Anbieter der Cloud-Lösung seinen Sitz hat. Stammt er aus dem außereuropäischen Raum, müssen sich die Schulträger kritisch fragen, ob er den in Deutschland geltenden, strengen Datenschutzrichtlinien gerecht werden kann.

Dirk Hetterich ist Director Public bei LANCOM Systems, Würselen.

Anzeige



Ihr Partner rund um
die regionale **Glasfaser-**
Infrastruktur.

**BERATEN.
PLANEN.
VERNETZEN.**

Broker als Problemlöser

Im Kommune21-Interview spricht Volker Schmidt von der Schulstiftung Sachsen über den Aufbau einer zentralen Schulinfrastruktur und zeigt auf, wie mithilfe des ID Brokers von Univention die Anbindung der Lernplattform itslearning gelungen ist.

Herr Schmidt, welches Ziel verfolgen Sie mit dem Ausbau der IT-Angebote für die von Ihnen betreuten Schulen?

Wir von der Schulstiftung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens sind Unterstützer und Außenvertretung von autonom agierenden freien Schulen beziehungsweise Schulträgern mit divergierenden pädagogischen Ansätzen. Dementsprechend unterschiedlich sind die Anforderungen an die digitalen Bildungsangebote. Wir brauchten deshalb eine Denkweise, in deren Mittelpunkt die Anforderungen der einzelnen Schulträger stehen und nicht ein zentral vorgegebenes Konzept. Aus diesem Grund wurde ein Konsortium aus 18 evangelischen Schulträgern gebildet, geführt vom Evangelischen Schulzentrum Radebeul. Das Konsortium baut nun die digitale Infrastruktur nach seinen spezifischen Anforderungen auf. Deshalb haben wir uns auf die Suche nach einem IT-System begeben, mit dem wir die große Heterogenität der Anforderungen und gegebenen IT-Ressourcen bewältigen und gleichzeitig unsere hohen Ansprüche an den Datenschutz erfüllen können. Unsere 48 Schulträger bringen viele eigene Datenstämme mit sensiblen und besonders schützenswerten Daten

von Schülerinnen und Schülern mit, die wir in ein zentrales System integrieren müssen, und das alles DSGVO-konform. Zu guter Letzt wollten wir auch die von uns selbst entwickelte Verwaltungssoftware, die Schulsoftware, in die neue Lösung integrieren. Bei der Recherche sind wir auf das Angebot von Univention gestoßen, das zwar nicht alle unsere Anforderungen zu 100 Prozent abdeckte, aber mit der Open-Source-Lösung UCS@school mit zentralem Identitätsmanagement und offenen Schnittstellen für die Integration von IT-Diensten die erfolgversprechendste Variante für unsere Bedürfnisse war.

Was waren die besonderen Herausforderungen bei der Umsetzung?

Wie vermutet, stellte die große Heterogenität bei den Anforderungen und vorhandenen IT-Strukturen in den einzelnen Schulen die größte Herausforderung dar. Nachdem wir mit UCS@school ein zentrales Identitätsmanagement mit allen Nutzerdaten etabliert hatten, wollten wir als Lernplattform itslearning anbinden, stießen dabei aber auf eine Reihe technischer Herausforderungen. Wir wollten eine bei uns betriebene zentrale UCS@school-Instanz für alle Träger anbieten. Die einzelnen Schulträger hatten aber bereits ei-



Volker Schmidt

gene so genannte itslearning-sites. Dieses „Ein Mandant spricht mit vielen Mandanten“-Konzept konnte der UCS-itslearning-Connector nicht abbilden.

Welche Lösung haben Sie für die Umsetzung Ihres zentralen Ansatzes gefunden?

Ich war im Mai dieses Jahres auf dem Univention Summit in Bremen als Redner eingeladen. Der neue Univention ID Broker war Thema in mehreren Workshops und Vorträgen. Mir war sofort klar, dass er die ideale Lösung für unser Problem darstellt. Er ist ein zentraler Authentifizierungsknoten für die datenschutzkonforme Anmeldung von Nutzenden an externen cloud-basierten Bildungsangeboten. An ihn können sich unterschiedlichste Cloud-Dienste-Anbieter sowie

Schulträger mit ihrem Identitätsmanagement anbinden. Die Authentifizierung der Nutzenden erfolgt dann einmalig und datenschutzkonform. Das Besondere: An den ID Broker können sich beliebig viele Dienste und Schulträger anbinden, sodass ein ständig wachsendes Ökosystem entsteht. Das hat den Vorteil, dass nicht jeder Schulträger und jeder Dienst einzeln aufwendig indivi-

sollen, wenn sie sich noch nicht angemeldet haben, zum Beispiel neue Schülerinnen und Schüler vor Schuljahresanfang. Eine weitere Herausforderung stellte die unterschiedliche Datenhaltung an den Schulen dar, die bereits itslearning einsetzen. Dann stoßen zwei Bestandsdatenstämme aufeinander, die von Schule zu Schule nach unterschiedlichen Regeln

„Wir haben ein IT-System gesucht, das die große Heterogenität der Anforderungen bewältigt.“

duelle, technische Anbindungen umsetzen muss. Ich habe die Veranstaltung in Bremen genutzt, um die Produkt-Manager von Univention und itslearning zusammenzubringen. Die Entscheidung für die Integration von itslearning in den ID Broker ist auch direkt gefallen, nicht zuletzt, weil wir uns bereit erklärt haben, einen Teil der Finanzierung zu übernehmen. Wir erhoffen uns davon in Zukunft weitere Synergien, wenn neue Dienste an den ID Broker angebunden werden und andere Schulträger ebenfalls Weiterentwicklungen beauftragen.

Welche Hürden hatten Sie als Schulstiftung in der Umsetzung zu meistern?

Es muss seitens des ID Brokers noch einiges weiterentwickelt werden. Ein Thema ist beispielsweise die Vor-Provisionierung von Instanzen. Der ID Broker überträgt momentan Nutzerdaten erst an den angebundenen Dienst, wenn sich die Nutzenden das erste Mal anmelden. Das ist nicht ideal für Szenarien, bei denen Benutzer bereits Gruppen hinzugefügt werden

konzipiert sein können. Es muss aber zum Beispiel konsistent die Zusammensetzung von Vor- und Nachnamen angelegt sein, um daraus Benutzernamen zu generieren. Das müssen wir gerade manuell anpassen. Dann haben wir einen konsistenten Datenstamm, alle neu hinzukommenden Nutzenden werden nach gleichen Regeln angelegt, und wir können ihnen künftig neue Anwendungen einfach freischalten. Ein großer Vorteil des ID Brokers gegenüber anderen Integrationsmöglichkeiten ist für uns, dass wir Zeit und Geld sparen: Statt viele Eins-zu-Eins-Anbindungen umsetzen zu müssen, machen wir einmalig eine Eins-zu-n-Anbindung. Der nächste Meilenstein in dem Projekt wird der Start des Testbetriebs des Schulzentrums Bad Dübren sein, das seinen Schülerinnen und Schülern itslearning über UCS@school bereitstellen wird. Anschließend binden wir Schule für Schule an. Wenn wir damit erfolgreich sind, schauen wir, welche weiteren Dienste wir auf diese Weise anbieten.

Interview: Thomas Nolte



CC ECM

Modernisieren Sie jetzt die Verwaltungsarbeit !

- **Vollständige E-Akte**
- **Dokumentenerfassung**
- **Prozessoptimierung und Workflow**
- **Signatur und Freigabe**
- **Schnittstellen und Integration**
- **Revisions sichere Archivierung**



Das digitale Klassenzimmer

Dieter Cohnen

Um Distanzunterricht zu ermöglichen, hat sich die Stadt Herne für MNSpro Cloud des Schul-IT-Dienstleisters AixConcept aus Aachen entschieden.

Im Jahr 2012 führte die Stadt Herne für ihre weiterführenden Schulen als Netzwerklösung MNSpro Classic ein – das Schulnetzwerk des Aachener Schul-IT-Experten AixConcept für den Server vor Ort. Bekanntermaßen mussten die Schulen während der Corona-Pandemie den Unterricht über Distanz organisieren. „Wir sind daraufhin auf die MNSpro Cloud umgestiegen und haben auch alle Grund- und Förderschulen mit der Software ausgestattet“, berichtet Heike Christine Wegner, Abteilungsleiterin Bildungsmanagement und Digitalisierung im Fachbereich Schule und Weiterbildung der Stadt Herne. „Die Lehrenden sowie Schülerinnen und Schüler hatten dadurch die Möglichkeit, von zu Hause aus auf die Schulplattform zuzugreifen, Aufgaben auszuteilen, Ergebnisse abzugeben und über die Video- und Chat-Funktion in Kontakt zu treten.“

Den Lehrenden sowie Medienbeauftragten der Schulen erleichterten Multiplikatoren- und Administrationsschulungen den Start mit der Cloud. Die eindeutige und klar strukturierte Bedienoberfläche mit Kacheln und Symbolen sorgt für eine intuitive Handhabung und ermöglicht selbst Grundschulkindern, die Cloud selbstständig zu nutzen. Gleiches gelte für Lernende an

Förderschulen. Wegner erläutert: „Passwort-Management, Account-Anmeldung, das sind alles Inhalte, welche die Schülerinnen und Schüler im Zuge der Medienkompetenzentwicklung nun anhand der Cloud erwerben.“

Den IT-Support und das Management der Schul-Cloud sowie der mit ihr verbundenen Endgeräte hat die Stadt Herne an AixConcept übertragen. „Das ist eine große Erleichterung, denn im Bereich Schul-IT arbeiten aktuell sieben Personen, die für die IT-Infrastruktur an allen 45 Schulstandorten verantwortlich sind. Sie hätten nicht auch noch die Betreuung der Cloud und der 4.000 mobilen Schülerendgeräte übernehmen können“, sagt Wegner. Im Fall technischer Schwierigkeiten oder Fragen können sich die Schulen per Ticket-System direkt an den Support von AixConcept wenden. Über das cloudbasierte Geräte-Management MNSpro MDM kann dieser aus der Ferne auf die mobilen Endgeräte zugreifen und die Probleme lösen. „Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung bräuchte eine Stadt wie Herne mindestens vierzig Mitarbeitende, um sich um die gesamte IT-Infrastruktur an allen Schulstandorten kümmern zu können. Das lässt sich auch perspektivisch nicht umsetzen“, sagt Wegner. Deshalb werde Herne

immer auf externe Dienstleister angewiesen sein. „Und das ist auch gut so, weil diese natürlich stärker und schneller auf Marktveränderungen reagieren können, als wir das im Bereich Verwaltung jemals tun könnten.“

An einigen weiterführenden Schulen ist die Umstellung auf die Cloud nach Angaben von Heike Christine Wegner noch nicht abgeschlossen. Sie haben vorerst nur das frühere Schulnetzwerk MNSpro Classic mit der Cloud-Technologie verknüpft. „In Zukunft wollen wir aber weg vom Hybridsystem“, betont sie. Alle Schulen sollen vollständig in die Cloud wechseln. Dass die Lehrkräfte diese dann auch im Unterricht uneingeschränkt nutzen können, ist das nächste Ziel der Stadt Herne. „Mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit können wir sagen, dass wir bis zum Jahr 2024 alle Herner Schulstandorte an das Glasfasernetz angeschlossen haben werden“, sagt Wegner. Als Schulträger sieht sie die Stadt in der Verantwortung, den Schulen die notwendigen Rahmenbedingungen zu bieten, um digitale Bildung umzusetzen. „Und die MNSpro Cloud ist ein System, das dazu beiträgt.“

Dieter Cohnen ist Leiter Marketing/ Öffentlichkeitsarbeit bei der AixConcept GmbH.



DigitalPakt 2.0: Neue Standards für die digitale Schule setzen

Es muss nicht gleich das fliegende Klassenzimmer von Erich Kästner sein – aber selbst das digitale Klassenzimmer ist an vielen deutschen Schulen bislang häufig noch Fiktion. Dabei sind passende Lösungen verfügbar.

Kaum Material für den digitalen Unterricht, fehlendes IT-Fachpersonal, unzureichende Breitbandversorgung, kein ausreichendes WLAN in Klassenräumen – die Liste der Mängel ist lang, wenn es um den Stand der Digitalisierung an deutschen Schulen geht. Der 2019 aufgesetzte DigitalPakt Schule des Bundesbildungsministeriums konnte die digitalen Versäumnisse in deutschen Schulräumen bislang kaum lindern. Das hat nicht nur die Pandemie schonungslos aufgedeckt. Die Zahlen zur aktuellen Situation in deutschen Bildungseinrichtungen liefert nun der Digitalisierungsindex 2021/2022 der Telekom.



Cloud und Breitband an Schulen Mangelware

Die Studie zeigt deutlich auf, dass die technische Ausstattung an vielen Schulen längst nicht so weit ist, wie ausgereifte digitale Lernkonzepte es verlangen. So ist bislang durchschnittlich nur jeder

zweite Unterrichtsraum mit digitalen Tafeln ausgestattet. Von ausreichenden digitalen Endgeräten ganz zu schweigen. In der Regel müssen sich zwei Schüler*innen ein Tablet teilen. Zudem verfügen nur 23 Prozent der Schulen über einen bandbreitenstarken Glasfaseranschluss. Immerhin: Durch Homeschooling und hybriden Unterricht etablierten sich einige digitale Lösungen – 75 Prozent der befragten Einrichtungen nutzen bereits Online-Lernplattformen sowie Web- und Videokonferenz-Tools.

Standards für langfristige Lösungen

Dass es in deutschen Klassenzimmern immer noch eher analog zugeht, hat mehrere Gründe. Das liegt zum einen an den komplizierten Antrags- und Vergabeverfahren sowie an fehlenden bundesweiten Mindeststandards für technische Ausstattung, Administration und Wartung. Es mangelt an der Interoperabilität technischer Lösungen sowie an einer langfristigen Unterstützung für die digitale Ausstattung. Schulen brauchen nicht nur mehr Sicherheit darüber, dass einmal eingesetzte Lösungen wie Tablets oder Cloudlösungen auch langfristig bezahlt und gewartet werden können. Auch für Lehrkräfte sind spezielle Fortbildungen notwendig, damit sie den digitalen Wandel im Klassenzimmer kompetent begleiten können.

Der Magenta Classroom: Alles aus einer Hand

Bei einem geplanten DigitalPakt Schule 2.0 muss die Politik nach-

bessern, fordert die Telekom. Und bietet selbst eine Lösung, um den DigitalPakt nachhaltig umzusetzen und das Erlebnis der Nutzenden im Klassenzimmer zu verbessern: Die Telekom bietet ein Komplettpaket für die digitale Schule – vom Breitbandanschluss und WLAN über Sicherheit und Endgeräteverwaltung über Laptops und Tablets bis hin zu digitalen Tafeln und Cloud-Plattformen für die ortsübergreifende Zusammenarbeit. Aufgebaut wie ein modulares Baukastensystem können sich Schulen je nach Bedarf ihre individuelle Lösung zusammenstellen. Sämtliche Elemente basieren auf praxiserprobten Standards, sodass Bildungseinrichtungen ihre Infrastruktur langfristig und sicher nutzen können. Entscheidend ist das alle Bestandteile übergreifende Service- und Schulungskonzept. Es stellt sicher, dass Schulen und Lehrkräfte die nötige Unterstützung durch Fern- und Vor-Ort-Support erhalten. Das digital voll unterstützte Klassenzimmer könnte den Schulalltag in Deutschland also bald beflügeln.

Mehr Informationen zur digitalen Schule:



Kontakt

Telekom Deutschland GmbH
public.telekom.de/schule
0800 330 3700

Schul-IT wird zentral gesteuert E. Leicht

Das Stadtschulamt in Offenbach am Main will für seine 28 Schulen eine einheitliche Schul-Server-Lösung einführen, um die Steuerung der IT künftig zentral vornehmen zu können. Zum Einsatz kommt dafür das Linux-basierte System LogoDIDACT von Anbieter SBE.

Ein ambitioniertes Ziel hat sich die Stadt Offenbach am Main gesetzt: Der Schulträger möchte das Management der Hard- und Software an seinen 28 Schulen – das umfasst immerhin über 8.000 Endgeräte wie PCs, Notebooks, Tablets und LED-Panels – auf eine einheitliche Schul-Server-Lösung umstellen und die Betreuung der IT künftig selbst übernehmen. Denn eine einheitliche IT-Infrastruktur, kurze Wege sowie die Unabhängigkeit von Dienstleistern sparen Zeit und Geld.

Der Einsatz in Schulen verlangt einem Server einiges ab: Er soll dafür sorgen, dass Netzwerk und Geräte auch bei einem robusten Umgang durchgehend geschützt sind, Daten sicher in der Schule verbleiben und Software schnell und einfach verteilt werden kann. Ebenso sollten Benutzer und Gruppen problemlos verwaltet sowie didaktische Funktionen bereitgestellt werden. Zu guter Letzt sollte der Schul-Server in der Lage sein, Fremddienste anzubinden. Für Schulen eignen sich deshalb insbesondere Server, die auf Linux basieren. Das Betriebssystem ist im professionellen Umfeld weit verbreitet, nutzt die vorhandene Hardware optimal und bietet dank seiner Offenheit viele Freiheiten.

Jede Schulform hat individuelle Bedürfnisse an Hard- und Software. Grundschulen zum Beispiel benötigen meist nur eine geringe Anzahl an Geräten, die mit wenigen Programmen versehen sind. Sie werden von weniger Schülern besucht und setzen seltener digitale Medien ein. Ganz andere Anforderungen an ihre IT-Ausstattung stellen weiterführende Schulen. So werden Hausaufgaben, Referate, Gruppen- und Projektarbeiten in höheren Klassen fast ausschließlich unter Zuhilfenahme digitaler Medien angefertigt. Sie werden zu Recherchezwecken eingesetzt oder benötigt, um Leistungsnachweise zu erstellen. Neue Fächer wie Medienkunde sollen zusätzlich dabei helfen, Medienkompetenz aufzubauen. An den meisten weiterführenden Schulen existiert zudem bereits eine über Jahr(zehnt)e gewachsene Vielfalt an Hardware: PCs, Notebooks, Drucker, Dokumentenkameras, Whiteboards und Tablets. Deren Verwaltung gelingt am besten, wenn alle Geräte an einen Schul-Server angebunden sind. Idealerweise sorgt dieser außerdem dafür, die Geräte mit Software auszustatten.

Besondere Anforderungen an die Verteilung von Software haben Berufsbildende Schulen. Eine wichtige Voraussetzung für ihre Schul-IT

ist, unterschiedliche Programme für den Unterricht bereitzustellen, um die Schüler auf ihr Berufsleben vorzubereiten. Die Gewerblich-technischen Schulen der Stadt Offenbach sind ein Schulzentrum mit einem Gymnasium, einer Fachschule Technik, einer Berufsschule, einer Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung und einer Realschule für Erwachsene. Allein die Berufsschule bildet in 16 technischen Berufen aus. Neben der vorhandenen Hard- und Software setzen Offenbachs Schulen Dienste wie WebUntis für Stunden- und Vertretungspläne, die Lernplattform Moodle und Microsoft 365 für den Distanzunterricht ein. Die gesuchte Schul-Server-Lösung sollte die Möglichkeit bieten, diese Dienste anzukoppeln, um vor allem die Benutzerverwaltung zu vereinfachen.

Die Stadt Offenbach suchte daher nach einer Lösung, welche die individuellen Bedürfnisse ihrer Schulen erfüllt, einfach in der Bedienung ist und trotz ihrer umfangreichen Konfigurationsmöglichkeiten bezahlbar bleibt. Eine weitere Anforderung: Die Kommune wollte über ein Monitoring alle Schul-Server im Blick behalten, um bei Störungen frühzeitig reagieren zu können. Entschieden hat sich das Stadtschulamt schließlich für die

Linux-basierte, modulare Schul-Server-Lösung LogoDIDACT von Anbieter SBE. Norman Jahn, Projektleiter beim Stadtschulamt sowie als Sachgebietsleiter und Leiter DigitalPakt Schule verantwortlich für Erstausrüstung, Einrichtung, Ersatzbeschaffung und Schulbudgets, hebt die einfache Anwendbarkeit von LogoDIDACT hervor. „Als Schulträger schätzen wir vor allem, dass die Lösung den Lehrkräften wie auch den Support-Mitarbeitern je nach Notwendigkeit einen Zugang mit niederschweligen und doch intuitiven Steuerelementen gibt. Sozusagen ein Schweizer Taschenmesser für die Steuerung der Schul-IT“, erklärt Jahn.

Als einer der ersten Schulträger hat die Stadt Offenbach Microsoft

365 großflächig für den Distanzunterricht eingesetzt, mittlerweile nutzen 17.500 Schülerinnen und Schüler die Anwendung im Schulalltag. Das lieferte SBE wertvolle Hinweise für die Weiterentwicklung des Office-365-Konnektors. Das Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe vom 7. September dieses Jahres gibt den Vorreitern Recht und räumt mit den Bedenken zum Datenschutz auf. Es bestätigt damit den Einsatz von Microsoft 365 an Schulen.

Vor der flächendeckenden Einführung der Lösung LogoDIDACT hat die Stadt Offenbach gemeinsam mit SBE ein umfassendes Konzept für den Roll-out ausgearbeitet, das für jede Schule einen eigenen lokalen Schul-Server vorsieht. Da-

mit das Stadtschulamt den First-Level-Support für seine Schulen übernehmen kann, wurde zudem vorab eine Testumgebung samt Test-Server eingerichtet und die Mitarbeitenden im Umgang mit der Schul-Server-Lösung geschult. Im Stadtschulamt befindet sich auch die zentrale Instanz für das Management mobiler Endgeräte. Dank der Mandantenfähigkeit des Mobile Device Managements (MDM) steht jeder Schule über die Zentralinstanz eine eigene Konfigurationsoberfläche zur Verfügung. Nach einer intensiven Testphase erfolgt nun sukzessive die Umstellung auf LogoDIDACT.

Elvira Leicht ist bei der SBE network solutions GmbH, Heilbronn, im Bereich Marketing & PR tätig.

Gelegenheit für echten Wandel.

Prosoz engagiert sich als Partner für Ihre digitale Transformation. Wir setzen uns dafür ein, Ihre individuellen Herausforderungen zu lösen.

**Wir digitalisieren.
Mit Ihnen.**



Sprechen Sie uns an!

Prosoz

Weg von der Zettelwirtschaft

Für die Kommunikation zwischen Eltern, Schülern und Lehrkräften nutzt die Dr.-Rudolf-Eberle-Schule im baden-württembergischen Todtmoos seit dem Jahr 2015 die App des Unternehmens Stay Informed. Schulleiter Jörg Oehler erklärt, welche Vorteile das mit sich bringt.

Herr Oehler, Sie haben bereits vor sieben Jahren für die Kommunikation an Ihrer Schule eine App eingeführt. Was hat Sie dazu bewogen?

Die Kommunikation an unserer Schule war bis dato eine riesige Zettelwirtschaft, verbunden mit einer Vielzahl an Kopien für Elternbriefe, Infos, Einladungen. Mein Gedanke war: Das müsste digital besser zu lösen sein. Im Zuge meiner Recherche stieß ich dann 2014, im Gründungsjahr von Stay Informed, auf die Stay Informed App. Für mich war klar: Das Programm nehmen wir, das passt für unsere Schule. Nach Einführung der App war für die Schule und mich persönlich gleichermaßen eine sofortige Arbeitserleichterung spürbar. Ein Beispiel: Die größte Herausforderung war es früher, Rückmeldungen von den Sorgeberechtigten zu erhalten. Von diesen hängen aber viele Fragen des täglichen Schulablaufs ab. Die App hat das enorm vereinfacht. Information schreiben, hochladen, verschicken, fertig – kein Vergleich mit dem früheren Aufwand. Teilweise liegen mir nun bereits Minuten später die ersten Rückmeldungen und Antworten der Eltern vor. Mittlerweile sind an unserer Schule circa 90 Prozent der Eltern in die Stay Informed App eingebunden. Sie arbeiten so aktiv mit,

dass ihnen sogar auffällt, wenn eine wiederkehrende Nachricht – etwa der wöchentliche Speiseplan – nicht zum gewohnten Zeitpunkt in der App zu finden ist.

Wie wichtig war Ihnen bei der Anschaffung das Thema Datenschutz?

Datenschutz ist ein heikles Thema und sehr, sehr aufwendig. Bei der Nutzung der Stay Informed App entfällt dieser Aufwand für uns jedoch komplett. So müssen wir zum Beispiel keine Protokolle oder Listen mehr schreiben, weil der Service von Stay Informed uns diese Aufgaben abnimmt.

Wie reagierten Eltern und Kollegium auf die Einführung der App?

Einige wenige Kollegen standen der Technik zunächst etwas reserviert gegenüber. Von Elternseite gab es dagegen keine Einwände. Die Mehrheit der Eltern ist digitalisiert und begrüßt den Einsatz der App zur Kommunikation mit der Schule. Inzwischen ist diese etabliert und wird von allen gut angenommen – von Jahr zu Jahr werden es weniger Eltern, die wir noch per E-Mail kontaktieren. Auch die Kolleginnen und Kollegen haben gesehen, dass die App riesige Vorteile bietet: weniger Aufwand, weniger Papierkram und



Jörg Oehler

strukturierte Abläufe. Eine wichtige und häufig genutzte Funktion ist etwa die Bildung von Gruppen. Die Lehrerschaft kommuniziert in ihren Gruppen oder Klassenstufen alle klasseninternen Informationen. Das hat meine Kollegen sehr überzeugt. Von daher bin ich mit meiner damaligen Entscheidung nach wie vor zufrieden.

Könnten Sie sich den Schulalltag ohne die App überhaupt noch vorstellen?

Wir sind inzwischen wirklich weg von der Zettelwirtschaft. Elternbriefe, die früher eine lange Vorbereitung benötigten, ausgedruckt, kopiert, gefaltet und manchmal

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- <https://www.stayinformed.de>

sogar eingetütet werden mussten, werden nun ganz einfach digitalisiert, in die App hochgeladen und alles ist erledigt. Von daher: Nein, ich kann mir nicht mehr vorstellen, dass man einen Schritt zurück geht. Vorher würde ich eher die Pensionierung einreichen.

unserer Grundschule. Als daher die Übersetzungsfunktion mit über 20 verschiedenen Sprachen eingeführt wurde, haben wir diese umgehend eingesetzt. Das hat die Kommunikation und die Verständigung sehr erleichtert und für eine gute Integration gesorgt.

strukturiert und können dem jeweiligen Projekt zugeordnet werden. Auch den Messenger haben wir viel im Gebrauch.

Als Nutzer der ersten Stunde: Wie beschreiben Sie die Entwicklung der App in den vergangenen sieben Jahren?

Ich finde es fulminant. Am Anfang war es nur eine reine Informationsapp. Dann wurden die Rückmeldungen hinzugefügt, dann die Übersetzungsfunktion angepasst. Gut finde ich auch, dass man als Nutzer dem Hersteller immer wieder verschiedene Anregungen geben kann, die dann je nach Priorität umgesetzt werden. Für uns ist eine sukzessive Entwicklung zu sehen.

Ihr Rat an andere Schulen?

Die Eltern nutzen gerne digitale Angebote. Mit einer App wie der von Stay Informed können sie Benachrichtigungen der Schule mobil abrufen. Hinzu kommt: Papier ist sehr teuer geworden. Die App ist daher das optimale Kommunikationsmedium. Und den Rat würde ich jedem Schulleiter an die Hand geben: Sie ist zeit- und ressourcensparend.

Interview: Bettina Weidemann

„Die App hat für uns das Thema Transparenz professionalisiert.“

Wie hat sich die interne Kommunikation an Ihrer Schule durch die App verbessert?

Die App hat sich für das Kollegium auf jeden Fall rentiert, auch ich kommuniziere mit meinen Kollegen zum Teil über dieses Medium. Ebenso können darüber Informationen, die nur für das Kollegium bestimmt sind, versandt werden. So kommunizieren wir etwa die Wochenpläne im Vorfeld über die App. Die App hat für uns das Thema Transparenz professionalisiert.

Viele Einrichtungen stehen vor sprachlichen Herausforderungen in der Kommunikation mit Eltern. Wie sieht es bei Ihnen aus?

Wir hatten im vergangenen Jahr neun ukrainische Kinder an

Welche Funktionen der App verwenden Sie am häufigsten?

Zu 100 Prozent genutzt wird von uns die Nachrichtenfunktion. Hierüber werden alle Neuigkeiten und Veränderungen kommuniziert – seien es der Wochen- und Speiseplan, Unterrichtsausfälle oder Veranstaltungen, Wandertage oder Ausflüge. Praktisch ist auch die Erinnerungsfunktion der App, so kann man etwa am Morgen des Ausflugs die Eltern nochmal darauf hinweisen, dass dieser stattfindet. Auch Krankmeldungen und Abwesenheiten der Schüler werden mittlerweile über die App mitgeteilt. Ein- bis zweimal im Monat nutzen wir zudem die Rückmeldefunktion, wodurch sich die Organisation von Projekten und Umfragen merklich verbessert hat. Die Rückmeldungen erreichen uns

Anzeige

Das Herz der Verwaltung schlägt digital.



Ein Dokumenten-Management-System ist die zentrale Kraft Ihrer Verwaltung. Damit schonen Sie Ressourcen und ermöglichen mobiles Arbeiten von jedem Ort. Wir bieten Ihnen die Erfahrung aus über 100 Projekten, Betriebssicherheit und die optimale Basis für die Anbindung Ihrer Fachverfahren.

Ein iPad für jedes Schulkind

Mit dem Bavarian schoolTab haben LivingData und das Institut für moderne Bildung (IfmB) ein Rundum-sorglos-Paket für den digitalen Unterricht geschnürt.

Für einen zeitgemäßen Unterricht stellen digitale, ganzheitliche Lernwelten einen wesentlichen Baustein dar. Mit dem Bavarian schoolTab hat LivingData, ein Tochterunternehmen der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB), in Kooperation mit dem Institut für moderne Bildung (IfmB) eine Komplettlösung für die moderne Schule geschaffen. Das Bavarian schoolTab wurde speziell für die digitale Teilhabe bayerischer Schulen konzipiert und beinhaltet sowohl die Ausstattung mit digitalen Geräten als auch die strategische Planung sowie die Umsetzung von pädagogischen Lerninhalten im Unterricht.

Zur Paketlösung gehört unter anderem das iPad. Es wird bereits an vielen deutschen Schulen eingesetzt und eignet sich ideal für Unterricht, Unterrichtsvorbereitung und Schulverwaltung. Seine Leistungsfähigkeit, Verarbeitung sowie seine lange Akku- und Lebensdauer passen perfekt zum Schulalltag. Zubehör wie der digitale Eingabestift, eine schoolProtect-Absicherung der Geräte im Schadensfall sowie ein Serviceportal, das bei Bedarf die komplette Reparaturabwicklung übernimmt, sind ebenfalls im Paket enthalten. Begleitend werden technische Schulungen und methodisch-fachdidaktische Fortbildungen angeboten.

Um allen Schülerinnen und Schülern die digitale Teilhabe zu ermöglichen, gibt es zum Bavarian schoolTab verschiedene Finanzierungsmodelle für Schulen und Eltern. Zur Wahl stehen eine Elternfinanzierung mit Ratenzahlung oder ein kommunales Leasing mit oder ohne Elternbeteiligung.

Da eine funktionierende Infrastruktur für die Digitalisierung von Schulen essenziell ist, sind im Bavarian schoolTab auch die Implementierung und Verwaltung von Apple-Endgeräten sowie das App-Management enthalten. „Aufgrund der langjährigen Erfahrung in der Versorgung kommunaler Einrichtungen mit individuellen IT-Lösungen und Infrastrukturen kennen wir die speziellen Anforderungen unserer Kunden. Erst nach erfolgreich durchgeführter Prüfung der Infrastruktur vor Ort durch unsere Systemingenieure werden gemeinsam mit unseren Kunden die Einsatzmöglichkeiten geplant“, erläutert LivingData-Geschäftsführer Peter Sedlmayr. Johannes Hupfaut, Leiter Bildungsmanagement bei LivingData, ergänzt: „Damit die Digitalisierung an Schulen in Bayern voranschreiten kann, brauchen wir eine Lösung, die die Daten von Lernenden und Lehrenden umfassend schützt. Deshalb legen wir bei unseren Security- und Infrastruk-

turlösungen auf die Datensicherheit und die DSGVO-Konformität besonderen Wert. Unsere Mobile-Device-Management-Lösungen werden außerdem im bayerischen Rechenzentrum von LivingData gehostet.“

Ergänzend bietet das IfmB zahlreiche Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und IT-Verantwortliche, darunter die Lernreise, die den Einstieg in eine effektive Unterrichtsgestaltung mit dem Tablet erleichtert und Strategien zeigt, mit welchen Methoden der digitale Schulalltag noch besser gemeistert werden kann. Weitere Kurse befassen sich mit der effizienten, digitalen Geräteverwaltung, oder damit, wie Apps in Unterrichtsformate integriert werden können. Für ausgewählte Schulen in Bayern, etwa für Bildungseinrichtungen des Schulträgers Diözese Augsburg, realisiert das IfmB bereits seit vielen Jahren digitale Komplettlösungen. So hat es für die Maria-Ward-Realschule in Augsburg eine umfassende Roadmap für den Digitalisierungsprozess entwickelt und war von Anfang an daran beteiligt, digitale Strukturen im Schulalltag zu schaffen. (bw)

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- <https://www.livingdata.de/bavarian-schooltab>

Die digitale Tafel von ViewSonic:

Größtmögliche Flexibilität – für alles, was noch kommen mag



„Wir waren als Schulträger auf der Suche nach einer Präsentationstechnik, die uns nicht dauerhaft auf ein System festlegt, umfassenden Garantieschutz und schnellen Service bietet und auch noch preiswert ist.“ So lautet in der Regel die Antwort, die das Team von ViewSonic bei seinen Kundenbefragungen zum ViewBoard, der digitalen Tafel des im westfälischen Dorsten ansässigen Unternehmens, erhält.

Auch der Schulträger des Gymnasiums Schloss Heessen in Hamm entschied sich aus diesen Gründen für die ViewBoards. Ein Glücksfall für Schulleiter Jürgen Heimühle und sein Kollegium:

„Für uns in der Schulleitung war wichtig, dass die ViewBoards zu unserer bestehenden Technik passen. Wir praktizieren an unserer Schule den „Bring Your Own Device“-Ansatz, das heißt, die Schülerinnen und Schüler nutzen

unterschiedliche Endgeräte und Betriebssysteme, vom IOS-basierten iPad, über Microsoft Laptops bis hin zu Android-Handys. Mit diesen Geräten müssen sie sich reibungslos und vor allem DSGVO-konform am Whiteboard anmelden können. Das war eine Grundvoraussetzung und ist durch die zum ViewBoard gehörende Software myViewBoard sichergestellt“, so Heimühle.

Ressourcen sparen für heute und morgen

Überzeugt habe auch, dass die bereits vorhandenen Dokumente und Apps sowie jede gängige Software wie OneDrive oder Teams, aber auch Open Source Produkte auf dem ViewBoard genutzt werden können. „Dadurch kann jede Lehrkraft selbst wählen, wie sie mit dem Board arbeiten und welche Tools oder Funktionen sie im Unterricht einsetzen möchte. Das sieht für den

Lateinlehrer zum Beispiel ganz anders aus als für die Chemielehrerin“, so der Schulleiter weiter.

Die Software myViewBoard bietet Schulen völlige Flexibilität in der Didaktik, ohne sich an kostspielige **Lizenzen** binden oder langwierige **Fortbildungen** besuchen zu müssen. Ein weiterer Vorteil: Das integrierte **Gerätemanagement** ist auch für Laien einfach und äußerst zeitsparend zu bedienen, so dass kein besonderes IT-Know-how notwendig ist, um beispielsweise zusätzliche Software aufzuspielen.

Dass myViewBoard lernortunabhängig funktioniert, ermöglicht darüber hinaus verschiedene Lehr-Lern-Szenarien. Das heißt, Schulen können sich auf ihr technisches Grundgerüst auch dann verlassen, wenn sich ihr pädagogisches Konzept ändert oder, wie während der Pandemie, Unterricht nicht vor Ort in der Schule stattfinden kann.

Heute spricht man von „Blended Learning“, „Flipped Classroom“ und „Hybridem Lernen“. Doch wie Schulen in Zukunft tatsächlich unterrichten werden, ist ungewiss. Gut, wenn sich die technische Ausstattung an die didaktischen Erfordernisse anpassen kann.

Kontakt

Möchten Sie unsere **Sonderkonditionen für Schulträger** kennenlernen? Dann schreiben Sie uns eine E-Mail an bildung@viewsonic.com. Wir freuen uns auf Sie!

Facetten der Souveränität

J. Geisler / T. Nink

Der Begriff Digitale Souveränität gewinnt bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung an Bedeutung. Im Zusammenhang mit Cloud-Technologien wird über die Schaffung einer Souveränen Cloud diskutiert. Was ist darunter zu verstehen?

Der Einsatz von Cloud-Diensten ist in vielen Bereichen außerhalb der öffentlichen Verwaltung mittlerweile Standard. Am Anfang waren die hohe Geschwindigkeit und Flexibilität in der Bereitstellung von Infrastrukturen, die Auslagerung von Betriebsaufgaben und die damit verbundenen Kostenvorteile wesentliche Entscheidungsfaktoren für den Weg in die Cloud.

Es wurde jedoch sehr schnell deutlich, dass der eigentliche Mehrwert der Cloud in der Nutzung von innovativen Cloud-Diensten besteht. Passende Anwendungsfälle für den Einsatz von Cloud-Diensten, etwa zur Etablierung von mobilen Arbeitsmodellen (Remote Work) und digitalen Bürgerservices oder zur agilen Bereitstellung neuer innovativer Fachverfahren, finden sich auch in der öffentlichen Verwaltung zu Genüge. Was ist also der Grund für die starke Zurückhaltung bei diesen offensichtlichen Vorteilen der Nutzung von Cloud-Technologien?

Für die öffentliche Verwaltung hat die Hoheit über die sensiblen Daten der Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltungsorgane und deren zuverlässiger Schutz, aber auch der von außen

unbeeinflussbare Betrieb der Infrastrukturen und Fachanwendungen höchste Priorität. Entsprechend kontrovers wird die Nutzung von Cloud-Technologien vor diesem Hintergrund aus verschiedenen Perspektiven diskutiert: zwischen denjenigen, bei denen das Thema Cloud Bedenken und Befürchtungen auslöst mit dem Reflex, den Einsatz kategorisch abzulehnen und denjenigen, die große Hoffnungen mit der Cloud-Technologie verbinden – als einen wichtigen Baustein für die Verwaltungsdigitalisierung.

Eines vorweg: Die Bedenken und Befürchtungen muss man ernst nehmen, ansonsten werden jegliche Lösungen unter mangelnder Akzeptanz leiden. Um in der Diskussion voranzukommen, gilt es, die strategischen, technologischen, personellen, operativen und prozessualen Herausforderungen herauszuarbeiten, die sich jeweils hinter diesen Bedenken und Befürchtungen verbergen. So lassen sich dann zielgerichtet Lösungsszenarien entwickeln, die ein Abwägen zwischen erzielbarem Mehrwert der Cloud-Nutzung für den jeweiligen Anwendungsfall und erforderlichen Maßnahmen für den Umgang mit Restrisiken oder sogar deren bewusste Akzeptanz ermöglichen.

Der Begriff Digitale Souveränität gewinnt in diesem Zusammenhang zunehmend an Bedeutung. Souveränität hat verschiedene Facetten. Datensouveränität, also die Fähigkeit, über die eigenen Daten zu jedem Zeitpunkt die Hoheit zu besitzen, ist aufgrund der Omnipräsenz des US-Cloud Acts unmittelbar naheliegend. Betrachtet werden müssen jedoch auch die Betriebsouveränität, das heißt die Unabhängigkeit von fremdstaatlichen Eingriffen beispielsweise aufgrund eines Embargos, und die Technologiesouveränität, also die Möglichkeit, derzeit genutzte Angebote ohne erhebliche Aufwände durch die Inanspruchnahme alternativer Angebote zu ersetzen. Um durch die Nutzung von Cloud-Technologie einen Mehrwert zu schaffen, muss auch das verfügbare Portfolio an Cloud-Diensten zu den konkreten Anforderungen passen. Und zuletzt schließt Souveränität auch immer die Kundenwahrnehmung, etwa in Bezug auf die IT-Strategie, bisherige Erfahrungswerte und Kenntnisse mit einem Cloud-Anbieter ein.

Souveränität im Kontext der Cloud-Nutzung ist somit nicht ein definierter Zustand, sondern vielmehr ein Kontinuum, das auf der einen Seite durch die Private Cloud im Eigenbetrieb und auf der ande-

ren Seite durch die Public-Cloud-Angebote der großen, internationalen Anbieter von Cloud-Diensten (Hyperscaler) eingerahmt wird. Zwischen diesen Extrempunkten gibt es verschiedene Ausprägungen von souveränen Cloud-Angeboten. Nach der Erfahrung von Accenture hat sich die Gliederung in Angebote mit vertraglichen Vereinbarungen und Souveränitätsfeatures, Treuhändermodelle, Partnermodelle und deutsche sowie europäische Angebote bewährt.

In die genannten Kategorien lassen sich die am Markt vorhandenen, die entstehenden und die angekündigten Angebote anhand definierter Kriterien einordnen. Mit der Einordnung in eine Kategorie ist jedoch keine Wertung verbunden: Es gibt nicht die beste Souveräne Cloud, dafür sind die Anforderungen zu mannigfaltig. Ob ein Angebot für einen Anwendungsfall geeignet ist, kann nur der Abgleich der konkreten Anforderungen und Herausforderungen mit den jeweiligen Möglichkeiten zeigen.

Neben der Verortung im Kontinuum der Souveräne-Cloud-Angebote ist auch die systematische Betrachtung der jeweils verfügbaren Cloud-Dienste von großer Bedeutung. Hierzu verwendet Accenture das Cloud-Canvas-Modell, das gruppiert nach Infrastructure as a Service (IaaS), Container as a Service (CaaS), Platform as a Service (PaaS) und Software as a Service (SaaS) mehr als 120 Cloud-Dienste unterscheidet. Anhand dieses Modells können die im jeweiligen Souveräne-Cloud-Angebot verfügbaren

Dienste systematisch erhoben und unterschiedlichen Souveränitätsklassen zugeordnet werden. Dies zeigt die Leistungsfähigkeit im jeweiligen Dienste-Portfolio unmittelbar auf und erleichtert den Abgleich mit den jeweiligen Anforderungen.



Cloud-Angebote gibt es in unterschiedlichen Souveränitätsklassen.

Aufgrund der Vielfältigkeit der Anwendungsfälle und Prioritäten wird es für die unterschiedlichen Souveräne-Cloud-Angebote einen Bedarf und damit einen Markt geben. Das passende Zusammenspiel von eigenen Private-Cloud-Angeboten, wie die der Bundes-Cloud oder einem nationalen Hyperscaler einerseits und kommerziellen Angeboten deutscher, europäischer und globaler Cloud-Anbieter andererseits, wird hierbei den Weg ebnen, um die bestehenden Herausforderungen zu meistern.

Das große, erwartete Potenzial dieser Entwicklung lässt sich auch anhand der Geschwindigkeit ableiten, in der neue, souveräne Angebote entwickelt und auf den Markt gebracht werden. Angesichts der Vielfalt und Komplexität der Angebote und Anforderungen wird es zunehmend schwerer, den Überblick zu behalten und informierte Entscheidungen zu treffen. Deshalb hat Accenture am Standort

Kronberg in Hessen das Kompetenzzentrum Souveräne Cloud (KSC) als eines von vier Zentren in Europa aufgebaut. Im Dialog mit den Kunden und anhand greifbarer Ergebnisse führen die Expertinnen und Experten die langjährige Erfahrung des Unternehmens aus der öffentlichen Verwaltung und weiteren regulierten Industrien mit der in anderen Industrien bewährten Cloud Governance, Cloud-Betriebsmodellen und Cloud-Architekturen zusammen. Das Kompetenzzentrum entwickelt hierzu ganzheitliche Cloud-Strategien und zugehörige Roadmaps für erfolgreiche und wertstiftende Cloud-Transformationen.

Bund, Länder und Kommunen sollten noch intensiver darauf hinarbeiten, Cloud-ready zu werden. Es gilt unter anderem, sich mit Referenzarchitekturen auseinanderzusetzen, grundlegende architektonische Entscheidungen zu treffen und die erforderlichen organisatorischen Veränderungen innerhalb der (IT-) Organisationen einzuleiten. Die Ausbildung der Mitarbeitenden in den für die Journey to Cloud relevanten Fähigkeiten ist ebenfalls ein wichtiger Baustein. Und neben aller Theorie: Einfach mal machen – wer jetzt einzelne, unkritische Fachverfahren cloudifiziert, sammelt bereits praktische Erfahrungen, die einen wertvollen Beitrag bei der Vorbereitung auf den anstehenden Wandel leisten.

Joachim Geisler und Timo Nink sind Geschäftsführer bei Accenture und leiten das Kompetenzzentrum Souveräne Cloud in Kronberg im Taunus.

Im Team arbeiten

Zum 22. Mal hat das Unternehmen MACH am 8. November 2022 zum Kongress Innovatives Management nach Lübeck eingeladen. Die Teilnehmenden erhielten zahlreiche Impulse zur Bewältigung des Fachkräftemangels im öffentlichen Sektor.

Seit über 20 Jahren veranstaltet das Lübecker IT-Unternehmen MACH den Kongress Innovatives Management. In diesem Jahr zählte der Veranstalter rund 300 Teilnehmende, die zum Teil per Live-Stream zugeschaltet waren. Schwerpunktthema in den Lübecker Mediadocks war die Bewältigung des Fachkräftemangels in der öffentlichen Verwaltung.

„Gerade in Krisenzeiten ist eine leistungsstarke Verwaltung gefragt“, sagte MACH-Vorstandschef Matthias Kohlhardt in seiner Begrüßungsrede. Dabei erfordere auch die demografische Entwicklung neue Lösungen. Mit Blick auf den Personalreport Öffentlicher Dienst 2021 betonte er: „In den nächsten zehn Jahren geht fast ein Drittel der aktuellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in den Ruhestand. Es gilt jetzt dringend zu handeln, damit Verwaltungen leistungsfähig bleiben.“

Digitalisierung verändert Arbeitskulturen und Jobprofile – in seinem Impulsvortrag erwähnte Dirk Schrödter, Digitalisierungsminister

des Landes Schleswig-Holstein, diesen Wandel als den möglichen Ursprung von Unzufriedenheit und Verunsicherung. In Veränderungen lägen aber auch Chancen. Die Aufgabe von Führungskräften sei



Jan-Ole Beyer: Am Ende geht es um gute Verwaltungsarbeit.

es, diesen Transformationsprozess zu gestalten, die Vorteile der Digitalisierung zu kommunizieren und Mitarbeitende für die Nutzung neuer digitaler Lösungen zu motivieren. Die Beschäftigten hätten dann auch mehr Lust auf die Mitgestaltung von Veränderungen und könnten sogar zum Motor des Wandels werden, stellte Schrödter in Aussicht. Dazu müssten Führungskräfte künftig mehr verdeutlichen, wohin die Reise der digitalen Verwaltung geht.

Auch Thomas Pütter, Unternehmer und Experte für moderne Füh-

rung, stellte das Verhalten von Führungskräften als Hauptmotivator in Veränderungsprozessen in den Mittelpunkt seiner Keynote. Chefs sollten sich als Servicestelle für die Beschäftigten verstehen und alle Beteiligten einbeziehen. Um Mitarbeitende zu motivieren, müssten zudem bestehende Strukturen agiler werden. So bräuhete es beispielsweise für neue Projekte Teams, die unabhängig von Hierarchien gebildet werden und vom Azubi bis zum Vorstand die einbinden, die sich einbringen wollen.

Im Rahmen eines Nachhaltigkeitsprojekts wird dieser Ansatz bei der Stadt Detmold bereits gelebt. Davon berichtete Miriam Mikus, Kämmerin und Erste Beigeordnete der Stadt, in der Podiumsdiskussion. Alle Mitarbeitenden können sich bei Themen wie der Innenstadtgestaltung mit eigenen Ideen einbringen und diese vor dem Verwaltungsvorstand pitchten. „Das motiviert und ist identitätsstiftend“, berichtete Mikus. „Solche Vorgehensweisen sollten noch mehr nach draußen transportiert werden, um neue potenzielle Bewerbende zu begeistern.“

Die Verwaltung muss vor allem effizient sein. Darin waren sich die Referenten und Diskutanten auf dem Kongress Innovatives Management einig. Sie sollte in erster Linie für die Menschen da sein und ihr Leben vereinfachen. Die reine Verfügbarkeit von Online-Diensten reiche dafür nicht aus. „Wir müssen von der Antragsdigitalisierung zur Prozessdigitalisierung kommen“, betonte Dirk Schrödter und verwies auf die Notwendigkeit einer „tiefen Digitalisierung der Verwaltungsprozesse“. Ziel müsse sein, dass Behörden medienbruchfrei arbeiten. So würde die Verwaltung zum „Motor der Digitalisierung“ und wäre auf die vor uns liegenden „extrem spannenden Zeiten“ vorbereitet.

„Die Verwaltung hat ein Erkenntnisproblem, kein Umsetzungsproblem“, lautete das Fazit von Abschlussredner Jan-Ole Beyer vom Bundesministerium des Innern. Das Problem bestehe darin, zu erkennen, wie groß der Wandel tatsächlich ist, den die Digitalisierung mit sich bringt. Dabei sei „die digitale Transformation eine Sache von Kopf und Kultur, nicht von Technologie.“ Echte digitale Transformation brauche am Ende Menschen und vor allem Organisationen, die den Wandel zulassen und ihn verteidigen. Dabei könnten Regeln auch mal ausgereizt oder verändert werden. Motivation, Methodik, messbare Ziele, Freiraum und Fehlerkultur – viel mehr sei nicht notwendig, sagte Jan-Ole Beyer. Denn: „Am Ende geht es nur um eins: gute Verwaltungsarbeit.“ (ve)

Link-Tipp

Weitere Informationen:

- <https://www.mach.de/ima>

HAUFE TVÖD OFFICE PREMIUM FÜR DIE VERWALTUNG

Digitale und effiziente Personalarbeit im öffentlichen Dienst.

Die einzigartige Informations- und Weiterbildungsplattform rund um Ihre Personalarbeit

- ✓ **Die Premium-Datenbank mit Kommentaren und Fachbeiträgen zur TVÖD, Arbeitsrecht und SGB**
- ✓ **Praktische Arbeitshilfen**
- ✓ **Online-Seminare und e-Trainings**



Jetzt 4 Wochen kostenlos testen

Mehr Infos unter:

haufe.de/tvoed-office-premium
0800 50 50 445 (kostenfrei)

Kein Lösegeld zahlen

Nur wer seinen Gegner versteht, kann die richtigen Gegenmaßnahmen einleiten. Im dritten Teil unserer Serie geht es darum, wer die Cyber-Kriminellen sind und welche Methoden sie anwenden.

Der Begriff Hacking bezeichnet die Manipulation eines Systems mit dem Ziel, dieses dazu zu bringen, etwas zu tun, wozu es ursprünglich nicht gedacht war. Bei Hackern mit kriminellen Absichten spricht man von Cyber-Kriminellen, von Black-Hat-Hackern oder kurz Black-Hats. Daneben gibt es noch Hacktivisten, die durch Cyber-Angriffe auf ihre gesellschaftspolitischen Ziele aufmerksam machen wollen.

Es gibt auch gute Hacker: White-Hat-Hacker, Ethical Hacker oder Cybersicherheitsforscher. Das sind Personen, die als Aktivisten oder im Auftrag von Einrichtungen und Unternehmen Sicherheitslücken aufspüren. Werden sie fündig, informieren sie das Unternehmen oder die Einrichtung über die Schwachstellen.

Für die meisten Cyber-Kriminellen geht es nur um eins: Geld. Anstatt mit einem genialen Solisten hat man es meist mit kriminellen Unternehmensstrukturen zu tun. Die möglichen Lösegeldsummen gepaart mit geringen Aufklärungsquoten ergeben ein lukratives kriminelles Geschäftsfeld. Ob festangestellt im Großraumbüro einer großen Hacker-Gruppierung oder als selbstständiger Auftragshacker – heutzu-

tage wird arbeitsteilig gearbeitet. Übersetzer verfassen Texte für Phishing-E-Mails, Programmierer schreiben Schad-Software, andere pflegen den Auftritt im Darkweb. Einzelne Dienstleistungen lassen sich für wenig

Geld einkaufen (Crime as as Service). Hierzu gehört auch die benötigte Schad-Software. Die häufigsten Angriffsmethoden sind:

Phishing: Beim Phishing (abgeleitet von fishing = angeln) versuchen Cyber-Kriminelle das Opfer dazu zu bringen, Zugangsdaten preiszugeben oder Schad-Software zu installieren. Hierzu nutzen sie E-Mails, falsche Websites sowie SMS oder Messenger-Dienste (so genanntes Smishing, von SMS und Phishing). Die Nachrichten enthalten entweder mit Schad-Software präparierte Anhänge oder Links auf Internet-Seiten, auf denen Zugangsdaten eingegeben werden sollen. Oftmals sind sie von echten E-Mails oder Websites nicht zu unterscheiden. Aufwendiger wird es, wenn gezielt ein Opfer ausgewählt wurde. Durch Recherche in sozialen Netzwerken werden auf Schwachstellen der Person abgestimmte E-Mails verschickt (Spearphishing). Phishing-



Ransomware-Angriff: Daten und Systeme werden verschlüsselt.

Nachrichten bedienen sich aller Methoden des Social Engineerings, psychologischer Manipulation, die das Opfer dazu bringen, unüberlegt zu handeln. Es bleibt damit auch für Personen gefährlich, die gut informiert sind.

Bei ungewöhnlichen E-Mails sollte immer kontrolliert werden, ob der angezeigte Absender und die E-Mail-Adresse übereinstimmen. Ein Rückruf bei dem vermeintlichen Absender, etwa der Bank oder dem Kollegen, hilft, die Nachricht zu verifizieren. Hierzu sollten niemals die Kontaktinformationen auf der durch den Link aufgerufenen Internetseite genutzt werden. Erfolgreiche Phishing-Vorfälle müssen schnell gemeldet und Passwörter aktualisiert werden, insbesondere das Passwort des E-Mail-Accounts und die Zugangsdaten zum System. Wurde das erbeutete Passwort

mehrfach verwendet, müssen alle Verwendungen geändert werden.

Identitätsdiebstahl: Gelangt der Cyber-Kriminelle durch Phishing oder das Knacken einfacher Passwörter an Zugangsdaten, kann er die Identität des Opfers übernehmen und in dessen Namen Straftaten verüben oder die Identität an andere Kriminelle verkaufen. Einen Schutz bietet hier eine Mehrfaktor-Authentisierung. Viele Dienstleister bieten mittlerweile Zwei-Faktor-Authentisierung an. Um Zugang zu erlangen, werden zwei festgelegte Komponenten benötigt, die Zugangsdaten und ein Gegenstand, beispielsweise ein Smartphone, auf das ein Einmalcode geschickt wurde oder eine TAN.

Ransomware: Bei Ransomware handelt es sich um Schad-Software, welche Daten und Systeme verschlüsselt. Gegen Zahlung eines Lösegelds versprechen Cyber-Kriminelle die Entschlüsselung. Die Lösegeldzahlung garantiert weder die versprochene Entschlüsselung noch, dass keine Schad-Software auf dem System verbleibt. Auch ein erneuter Angriff lässt sich so nicht ausschließen. Da viele Betroffene dennoch zahlen, sind Ransomware-Angriffe für die

Serie Cyber-Sicherheit

Teil 1: Bedeutung des Themas und Vorstellung von Hessen3C

Teil 2: Die wichtigsten Tipps zur Erhöhung der Informationssicherheit

Teil 3: Bedrohungsakteure und ihre Methoden

Teil 4: Gefahren im Homeoffice und durch mobiles Arbeiten

Teil 5: Resilienz erhöhen – Wie kann man sich auf den Ernstfall vorbereiten?

Teil 6: Interne und externe Kommunikation in der Krise

Kriminellen lukrativ. Wird die Lösegeldzahlung verweigert, drohen Cyber-Kriminelle nach einem Ransomware-Angriff oft mit der Veröffentlichung gestohlener Daten, um das Opfer doch noch zum Zahlen zu bewegen. Auch wenn die Lösegeldforderung erfüllt wird, landen die gestohlenen Daten oft im Darkweb. Kriminellen kann man nicht vertrauen. Ransomware und andere Schad-Software können sich auch über Geschäftspartner und Dienstleister verbreiten. Die Zahl dieser Angriffe auf die Lieferkette nehmen zu. Besonders Attacken auf IT-Dienstleister, die sich von dort auf die Systeme der Kunden ausbreiten, können große Schäden anrichten. Die wirkungsvollste Gegenmaßnahme sind regelmäßige Sicherungskopien (Back-ups). So wird der Datenverlust verringert und die Kommune ist schneller wieder einsatzfähig. Um diese Angriffsart für Cyber-Kriminelle

unattraktiv zu machen, sollte man keine Lösegeldzahlungen leisten.

Staatliche Akteure und APT-Gruppen: Im Kontext des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine rückten staatliche Akteure vermehrt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit. Zu diesen gehören Internet-Trolle und Propagandisten ebenso wie Geheimdienste, regierungsnaher Gruppierungen und APT-Gruppen, die sich Zugang zu Systemen verschaffen. APT steht für Advanced Persistent Threat und beschreibt Gruppen, von denen eine fortgeschrittene, andauernde Bedrohung ausgeht. Internet-Trolle verbreiten Desinformationen im Internet und auf Social-Media-Plattformen. Ziel ist es, den Rückhalt der Regierung in der Bevölkerung zu schwächen und den sozialen Frieden zu stören.

Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C).

Anzeige

Nach dem Spiel ist vor dem Spiel!

OZG 2.0 mit AM 4.0

Leistungsgerechte Pflegeangebote für alle Onlinedienste.

AM 4.0

DAS CLEVERE WERKZEUG zur Digitalisierung Ihrer Verwaltung!

Form Solutions



WWW.FORM-SOLUTIONS.DE



Rechtswissen verwalten

Franz Schlickum

Ihre Rechtsinformationsanwendung sollten Behörden zukunftssicher und nachhaltig auswählen. Anhand einiger wichtiger Kriterien können sie aus dem umfassenden Angebot an Lösungen die für sie passende herausfiltern.

Für Behörden gibt es bereits ein umfassendes Angebot an Lösungen für die Rechtsrecherche und das Management von Rechtsinformationen sowie Rechtswissen. Da die Investition in ein solches System zukunftssicher und nachhaltig sein sollte, gilt es, bei der Auswahl einige wichtige Kriterien zu berücksichtigen.

Allen voran sollten die späteren Nutzenden in den Fokus gestellt werden: Wer benötigt wann welche Rechtsinformationen und in welcher Form? Nutzertypen sind beispielsweise Fallbearbeitende, die lokale Rechtsinformationen für eine Antragsbearbeitung benötigen, Mitarbeitende in der Rechtsabteilung, die grundsätzliche Rechtsfragen finden und bereitstellen oder die Widerspruchsstelle, die auf Widersprüche seitens der Bürger und Unternehmen reagiert. Allgemeine Anforderungen lassen sich der ISO-Norm 9241 Ergonomie der Mensch-System-Interaktion entnehmen. Um einzelne Anforderungen zu erfassen, bieten sich so genannte Personas an, welche die prototypischen Vertreter einzelner Nutzergruppen beschreiben. In enger Verbindung dazu steht die Beschreibung der Anwendungsnutzung entlang der Arbeitsprozesse und -objekte in einer so genannten Product and

User Journey. Damit wird schnell deutlich, welche Anwendungen und Systeme die Personas nutzen, um Aufgaben zu erfüllen.

Das einzusetzende System muss außerdem in einem vernetzten Kontext gedacht werden und offene Schnittstellen für die Verbindung mit anderen Systemen mitbringen. Lösungsanbieter sollten diese Schnittstellen offenlegen, belastbare Roadmaps für die Anwendungsintegration darstellen und bereits erfolgte Umsetzungsprojekte referenzieren können. Inhalte sollten sich direkt in E-Akten speichern lassen, zudem sollte eine Verlinkung aus der Rechtsinformationsanwendung auf externe Inhalte und Dokumente sowie eine kontextsensitive Integration mit dem Fachverfahren möglich sein.

Anforderungen an die Inhalte des Rechtsinformationssystems ergeben sich aus dem Fachressort der Behörde. Die Anbieter unterscheiden zwischen Primär- und Sekundärinhalten. Primärinhalte umfassen fachlich relevante, rechtliche Vorschriften, also insbesondere Gesetze, sowie die Rechtsprechung in Form von Urteilen und Entscheidungen. Sekundärinhalte umfassen Kommentierungen der Primärinhalte und leiten daraus

konkrete Informationen, Handlungsempfehlungen und Muster ab. Maßgebend ist, wie schnell die Redaktion des Anbieters Primär- und Sekundärinhalte aktualisiert und wie umfangreich diese sind. Ein wichtiges spezifisches Kriterium ist, wie die Rechtsinformationen für die fall- und sachbearbeitende, in der Regel nicht juristisch ausgebildete Nutzergruppe aufbereitet sind. Um rechtssichere und behördeneinheitliche Beurteilungen und Entscheidungen zu ermöglichen, ist eine nicht-wissenschaftliche, an der Praxis orientierte Darstellung von rechtlichen Fragestellungen und Sachverhalten zentral – mit Beispielen, Visualisierungen und in leicht verständlicher Sprache. Neben den Primär- und Sekundärinhalten sollte im System eine weitere Inhaltskategorie aufgenommen werden können: die lokalen Inhalte der jeweiligen Behörde, wie beispielsweise lokale Dienstanweisungen, Berechnungswerte oder Mustertexte. Das System muss in der Lage sein, diese Inhalte zu indexieren, mit allen anderen Inhalten kontextuell zu verknüpfen und zeitliche Fassungen zu verwalten.

Beim Umfang ist zu beachten, dass nicht jede Nutzergruppe zwingend Zugriff auf alle Inhalte benötigt. Es braucht also es ein flexibel

zu managendes Rechte- und Rollenkonzept. Die Lösung sollte über standardisierte, sofort einsetzbare Rollen verfügen und ebenso das Erstellen maßgeschneiderter Rollen erlauben. Dabei sind sowohl Leserechte als auch Schreib- und Veröffentlichungsrechte zu berücksichtigen, die individuell, auf Gruppen- oder Abteilungsebene konfigurierbar sind. Die Gestaltung von Leserechten soll die Fokussierung auf das Notwendige unterstützen. Schreib- und Veröffentlichungsrechte sind für solche Behörden relevant, die mit eigenen fachlichen und redaktionellen Ressourcen die Ausgestaltung und Pflege der Anwendung unterstützen wollen. Das Rechte- und Rollenkonzept sollte es außerdem ermöglichen, mit anderen Behörden gemeinsame Inhalte zu bearbeiten.

Das Erstellen und Pflegen von behördlichem Rechtswissen bedingt eine enge Zusammenarbeit mit Wissensträgerinnen und -trägern sowie den Verantwortlichen für die Wissensdokumentation. Die Rechtsinformationsanwendung sollte hierfür einfache, niedrigschwellige Funktionen anbieten, und der Wissensaufbau im Kontext der täglichen Praxis möglich sein. Dazu zählen individuelle Redaktionsmöglichkeiten zum Erstellen von Dossiers oder Handakten, die mit anderen Nutzenden geteilt werden können und an denen gemeinsam gearbeitet werden kann.

Auch die Organisation der Arbeit in der Behörde und im Homeoffice ist zu bedenken. Internetbasierte Cloud-Computing-Lösungen

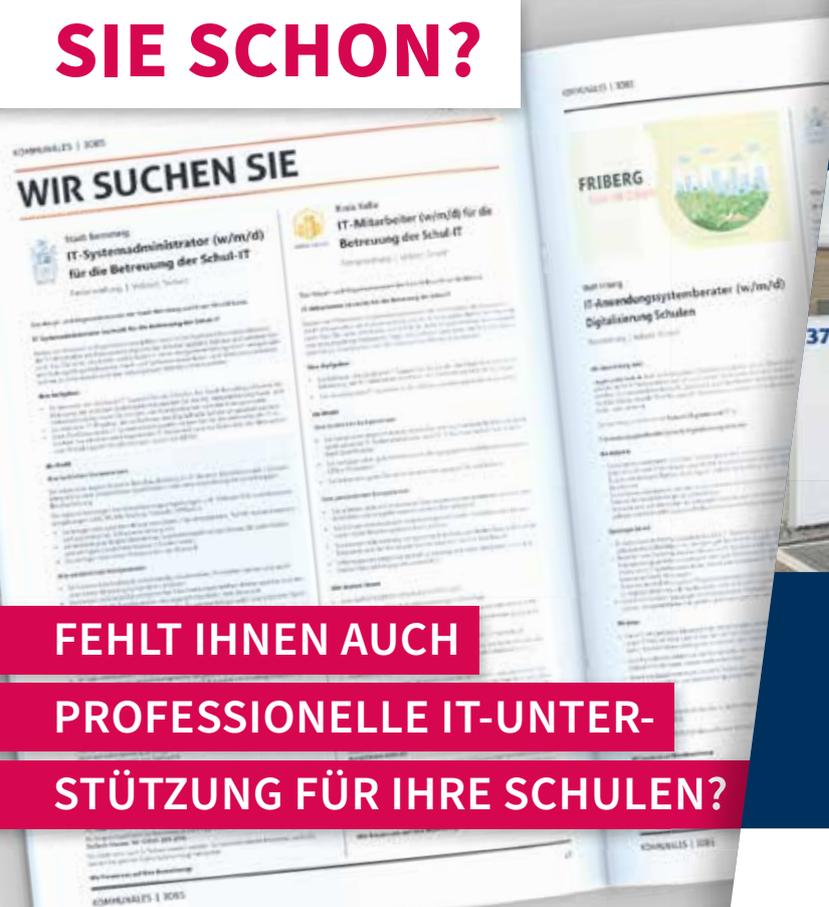
sind hier ein Mittel der Wahl. Das wiederum stellt, je nach Datenverwendung, besondere Bedingungen an die Sicherheit. Mit der EVB-IT Cloud (März 2022) und dem BSI C5 Kriterienkatalog können diese Ansprüche verlässlich definiert werden.

Durch die Digitalisierungsziele kommen weitere Kriterien(-kataloge) zu den fachlich-inhaltlichen Anforderungen hinzu und erschweren den Auswahlprozess für ein Rechtsinformationssystem. Eine zukunftssichere und nachhaltige Lösung bietet zum Beispiel Wolters Kluwer mit der eGovPraxis Produktreihe an.

Franz Schlickum ist Senior Product Manager eGovPraxis bei Wolters Kluwer Deutschland.

WIE LANGE SUCHEN SIE SCHON?

DIE LÖSUNG – UNTERSTÜTZUNG VON PROFIS



DER SCHUL-IT DIENSTLEISTER

AIXCONCEPT
Einfach. Digital. Lernen.

www.aixconcept.de

FEHLT IHNEN AUCH PROFESSIONELLE IT-UNTERSTÜTZUNG FÜR IHRE SCHULEN?

Mängel schneller beheben

Timo Hickisch

Mit der Lösung MeldooPLUS von Anbieter leanact stellt der IT-Verband Schleswig-Holstein seinen Kommunen ein ganzheitliches Anliegen-Management zur Verfügung, das für Zeiterparnis und Effizienz bei der Bearbeitung sorgt.

In der digitalen Bürgerpartizipation sind Mängelmelder bereits seit über einem Jahrzehnt ein Begriff. In wenigen Schritten erhalten Bürgerinnen und Bürger darüber die Möglichkeit, ihrer Verwaltung Mängel wie etwa Schlaglöcher, wilden Müll oder defekte Beleuchtung zu melden. Die Lösungen, die sich unter dem Begriff einreihen, könnten kaum unterschiedlicher sein. Gerade größere Städte entschieden sich in der Vergangenheit häufig für kostenintensive Eigenlösungen, kleinere Kommunen hingegen stellten oftmals separate Formulare für das Melden auf ihre Website. Beide Varianten waren mit großen Herausforderungen verbunden. Individuelle Eigenlösungen mussten kostenintensiv beschafft, gewartet und – ein oft unterschätzter Aspekt – regelmäßig beworben werden. Die klassischen Web-Formulare sind zwar kostengünstig anzulegen, führen jedoch zu keinerlei Zeiterparnis bei der Bearbeitung der Meldungen. Oft werden diese einfach via E-Mail an den jeweiligen Fachbereich weitergeleitet. Eine Entlastung für die erledigenden Stellen wird so nicht geschaffen.

Diese Herausforderung wollte der IT-Verband Schleswig Holstein (ITVSH) für seine Träger 2021 in Angriff nehmen. Im Rahmen ei-



MeldooPLUS: Eine Lösung für viele Mängel.

ner europaweiten Ausschreibung wurde daher ein Tool gesucht, das die Effizienz bei der Bearbeitung von Mängelmeldungen steigern soll. Die Entscheidung fiel auf das Anliegen-Management-System MeldooPLUS des Anbieters leanact aus Braunschweig. Anders als bei vielen traditionellen Mängelmeldern konzentriert sich MeldooPLUS insbesondere auf die Zeiterparnis für Verwaltungsmitarbeitende. So bündelt das System moderne und traditionelle Meldekanäle und schafft eine ganzheitliche Übersicht in der browserbasierten Oberfläche. Meldungen können via App, Website, E-Mail, Telefon und Direktansprache in MeldooPLUS erfasst werden. Das System verteilt anschließend je nach Meldungsstandort und Zuständigkeit das Anliegen direkt an die richtige Stelle.

Über Funktionen wie die Dubletten-Prüfung, Textvorlagen und 1-Klick-Weiterleitungen können Verwaltungsmitarbeitende die Meldungen zeitschonend bearbeiten

oder weiterleiten. Vorab werden alle Meldungen vom leanact-Team mit einem Spam-Filter geprüft. Somit werden Meldungen ohne Sachbezug, mit fehlenden Informationen oder Verstoß gegen die Netiquette direkt zurück an den Meldenden gesendet.

Seit dem Frühjahr 2022 können Kommunen in Schleswig-Holstein eine kostenfreie MeldooPLUS-Lizenz über den ITVSH beantragen. Der Service wird gerne angenommen – über 20 Verwaltungen haben die neue Lösung bereits während der Auftaktphase eingeführt. „Wir merken, dass die Nachfrage unserer Träger nach digitalen Lösungen, die bestehende Prozesse nicht nur abbilden, sondern auch verbessern, stetig zunimmt. Mit MeldooPLUS haben wir eine Lösung gefunden, die Mängelmeldungen vor allem aus Sicht der öffentlichen Verwaltung weiterdenkt“, sagt Carsten Pieper, Projektleiter beim ITVSH. Perspektivisch soll MeldooPLUS noch weiter in geplante Projekte und Strukturen

integriert werden. So wird der Mängelmelder künftig auch als Modul im Bürgerportal Schleswig-Holstein als Komponente angeboten.

Durch die flächendeckende Nutzung eines einheitlichen Systems ergeben sich weitere Synergieeffekte. Erfahrungswerte haben gezeigt, dass Partnerkommunen unmittelbar davon profitieren, wenn sich ihre Nachbargemeinde für den gleichen Mängelmelder entscheidet. Jeder neue Start in unmittelbarer Umgebung führt zu einer besseren Akzeptanz und Annahme des neuen Services in der eigenen Verwaltung. Insbesondere Pendler und Touristen profitieren von einer flächendeckenden Nutzbarkeit eines einheitlichen Mängelmelders. Doch auch für die Verwaltungen ergeben sich Vorteile:

In Gebieten, in denen Gemeinden und Kreisverwaltung MeldooPLUS nutzen, können weitergeleitete Anliegen medienbruchfrei empfangen werden.

Ursprünglich als Mängelmelder gestartet, hat sich MeldooPLUS inzwischen deutlich weiterentwickelt. Durch das Modul Allgemeine Anliegen wurde das System systematisch erweitert. Das Modul ermöglicht in einem ganzheitlichen Ticket-System, alle Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern effizient zu bearbeiten. Hervorzuheben ist, dass sich über den Formular-Manager des Moduls beliebig viele Formulare für die kommunale Website erstellen lassen. Der Eingang der Tickets kann dann zentral in der gewohnten MeldooPLUS-

Oberfläche direkt vom richtigen Fachbereich bearbeitet werden. So lassen sich auch weitere OZG-Leistungen einfach umsetzen. Mit den Modulen Allgemeine Anliegen und dem Mängelmelder können somit sämtliche Anliegen, die Bürgerinnen und Bürger an die öffentliche Verwaltung formulieren, digital abgebildet werden. In der Praxis werden die Module jedoch oftmals auch genutzt, um interne Prozesse (etwa hausinterne IT-Tickets, Hausmeisterpool/Gebäude-Management) zu koordinieren. Mittlerweile wird das Anliegen-Management-System von leanact von über 63 Kommunalverwaltungen bundesweit eingesetzt.

Timo Hickisch ist Projektleiter des Anliegen-Management-Systems bei der leanact GmbH.

 univention
summit

ROCK 'N' ROLES 'N' RIGHTS WE ROCK IT!

17. & 18. Januar 2023
Kongress und Ausstellung in Bremen

Diskutieren Sie mit rund 400 Experten und IT-Verantwortlichen aus der Öffentlichen Verwaltung und dem Bildungssektor über die Themen:

- Digitale Souveränität mit Open Source
- Offene Schnittstellen für Fachverfahren
- Der Souveräne Arbeitsplatz für die Verwaltung
- Zentrales Management von Schul-IT



JETZT ANMELDEN:
univention-summit.de

Verknüpfter Bürgerservice J. Behrenbruch / P. Höcherl

Wird eine Online-Terminvergabe mit intuitiven digitalen Anträgen kombiniert, können kommunale Verwaltungen ihre Beschäftigten entlasten und Effizienzgewinne erzielen. Beides lässt sich mit modernen Cloud-Services innerhalb weniger Tage etablieren.

Moderne Technologien im Termin-Management und Formularservice erlauben heute die proaktive Steuerung von Besucherströmen und Anliegen – noch bevor Bürgerinnen und Bürger in der Verwaltung erscheinen. Im Folgenden wird dieses Verfahren am Beispiel der Termin-Management-Lösung FrontDesk und des integrierten Formularservice von S-Management Services dargestellt.

Zur Terminvereinbarung gehen Bürgerinnen und Bürger auf die Web-Seite ihrer Kommune. Dort führt sie das Termin-Management-System strukturiert zu dem für ihr Anliegen zutreffenden Verwaltungsvorgang. Bereits hier wird über notwendige Voraussetzungen, einzureichende Unterlagen oder sonstige Besonderheiten informiert. Im nächsten Schritt erfolgt die gewünschte Steuerung: Je nach Komplexität des Verwaltungsvorgangs oder der Anforderungen kann den Nutzenden ein Online-Weg zur Abwicklung angeboten werden.

Für einfache Verwaltungsvorgänge wie die Ausstellung von Personenstandsurkunden und Parkausweisen oder für Anträge auf Sportstättennutzung oder Baumfällung wird der Online-Antrag so schnell zur Regel. Die zur DSV-Gruppe

gehörende S-Management Services stellt für hunderte Verwaltungsleistungen fertige Online-Anwendungen zur Antragstellung als einfach zu buchende Serviceleistung bereit. Sie decken die große Masse der Anliegen der Bürgerschaft ab.

Entscheidet sich der Bürger für den Online-Weg, wird er zur passenden Formularanwendung von S-Management Services weitergeleitet, die ihn intuitiv durch den Online-Antrag führt. Dabei kann die Legitimation durch ein bestehendes Bürgerkonto oder die eID erfolgen. Ergänzende Unterlagen und Nachweise lassen sich fallbezogen hochladen und eventuell anfallende Gebühren per E-Payment sofort begleichen. Die umfassende Plausibilisierung der Angaben und Hilfestellungen stellen sicher, dass nur in sich schlüssige und vollständige Anträge an die Verwaltung übermittelt werden. Nach der verwaltungsinternen Bearbeitung erhalten die Antragstellenden die entsprechenden Bescheide digital oder auf dem Postweg. Dank moderner Technik funktioniert dieser Online-Weg auch auf dem Smartphone oder Tablet, unterwegs ebenso wie zu Hause. Derartige Online-Verfahren sind mittlerweile in den unterschiedlichsten Bereichen etabliert und stark nachgefragt.

Ist das Verfahren zu komplex für eine Online-Durchführung oder entscheidet sich der Bürger, etwa weil er Hilfe benötigt, für einen persönlichen Besuch im Amt, wird über FrontDesk ein Termin mit der entsprechenden Stelle vereinbart. Darüber hinaus greifen weitere Maßnahmen zur effizienten Terminsteuerung wie beispielsweise eine E-Mail oder SMS mit einer Liste mitzubringender Unterlagen zur Erinnerung an den bevorstehenden Termin.

Möglich sind auch gemischte Formen, bei denen ein Antragsverfahren online gestartet und der Antrag bei einem persönlichen Termin im Amt vervollständigt wird. So können die Antragstellenden sich bereits online informieren, komplexe Angaben vorab erfassen und notwendige Unterlagen zusammentragen. Das ist immer dann sinnvoll, wenn beispielsweise der Umfang der anzugebenden Daten erst im Verlauf des Antragsprozesses ermittelt werden kann. Zu einem sinnvollen Bearbeitungsschritt kann dann vom Online-Verfahren auf einen Termin im Amt verzweigt werden. Solche gemischten Verfahren haben sich unter anderem in der Finanzwirtschaft bei der Beantragung einer Baufinanzierung bewährt.

Selbst wenn Bürgerinnen und Bürger ohne Termin im Amt erscheinen, ist die Kombination von online und offline sinnvoll. An einem Terminal oder über das Smartphone wird spontan ein Termin für den gewünschten Sachverhalt vergeben. Auch hier kann proaktiv das Online-Verfahren angeboten werden, sodass man den Vorgang auf dem Mobilgerät oder zu Hause fortsetzen kann. Alternativ lassen sich die Anträge bereits während der Wartezeit ausfüllen.

Die Verzahnung von Termin-Management, Besucherstromsteuerung und Online-Antragstellung bietet entscheidende Vorteile. Bereits bei der Online-Terminvereinbarung wird proaktiv auf den jeweils richtigen Online-Antrag verwiesen.

Wie in vielen anderen Branchen wird damit auch in der Verwaltung online zum neuen Normalfall für Routinevorgänge. Online-Anträge sind eine perfekte Ausgangsbasis für die effiziente Bearbeitung und weitere Automatisierung. So können die Anträge im Ganzen und ohne Unterbrechungen durch Besucher konzentriert bearbeitet werden. Oder die Bearbeitung und Prüfung werden vollständig systemseitig automatisiert durchgeführt, was insbesondere bei Verfahren mit hohen Fallzahlen sinnvoll ist.

Die Online-Terminvergabe und das bessere Besucherstrom-Management minimieren Wartezeiten und entlasten das Verwaltungspersonal. Die Kombination mit Online-Anträgen sorgt zusätzlich

für eine deutliche Lastverringern im Bürgerservice, weil Routineanfragen überwiegend im Self-Service erledigt werden können. Die Fachkräfte in der Verwaltung können ihre Zeit und ihr Know-how auf die Anliegen und Bürger konzentrieren, die eine persönliche Beratung brauchen.

Um solche Szenarien umzusetzen, sind keine großen Projekte notwendig. Die genannten Lösungen sind bereits integriert und vorkonfiguriert und lassen sich innerhalb weniger Tage individuell für Verwaltungen realisieren.

Jan Behrenbruch ist Regional Director Germany bei FrontDesk; Peter Höcherl ist Abteilungsleiter Forms Development Public bei S-Management Services.



Plattform. Fachverfahren. Online-Dienste.
Kommunalsoftware aus einem Guss.



Unterstützung für ALVA 9

Magali C. Salzmann

Der Güterkraftverkehr stellt Städte und Gemeinden vor zahlreiche Herausforderungen. Im Bereich der Genehmigungen kann der Verwaltungsalltag durch die Anbindung des Antragsmanagement 4.0 an das Fachverfahren ALVA 9 erleichtert werden.

Volle Straßen sorgen für Lieferengpässe, Staus und Ärger bei der Flächenverteilung. Das Halten von Lieferanten in zweiter Reihe und blockierte Radwege sind ein häufiges Problem. Gleichzeitig ist eine effiziente Güterversorgung wichtig. In diesem Spannungsfeld bewegt sich die kommunale Arbeit zum Güterkraftverkehr. Städte und Gemeinden haben hier ein reizvolles Betätigungsfeld, was die Vielfalt der Ansätze zeigt: Sie reichen vom Dialog mit der Logistikwirtschaft über eine intelligente Verkehrslenkung bis hin zur Bereitstellung von Umschlagsflächen und der Ausweisung von Lieferzonen.

Für das Leben in Städten und Gemeinden sind Güterverkehre unausweichlich. In einer Studie des Umweltbundesamts wurde festgestellt, dass knapp 63 Prozent der Kommunen den Güterverkehr als besondere Herausforderung ansehen. Dabei besteht kein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl einer Kommune und deren Einschätzung, ob der Güterverkehr eine besondere Problemstellung im Hinblick auf seine Umweltwirkung darstellt.

In diesem Kontext wurden verschiedene Typen von Güterverkehr

verglichen: Urbane Logistik ist vor allem für Großstädte und größere Mittelstädte eine bedeutende Angelegenheit. In kleineren Mittelstädten sind die Herausforderungen stärker von den lokalen Gegebenheiten abhängig. Dabei sehen mehr als zwei von fünf Kommunen (43 Prozent) Kurier-, Express- und Paketdienste als das Marktsegment des Güterverkehrs, das die größte Aufgabe darstellt.

Zwei von fünf Kommunen sind bereits aktiv bei der Erstellung oder Umsetzung von Programmen oder politischen Beschlüssen zum Güter- oder Wirtschaftsverkehr. Dazu zählen etwa Konzepte, Strategien, Pläne oder Leitbilder. Es lässt sich jedoch kein Zusammenhang ablesen zwischen der Erkenntnis, dass der Güterverkehr eine besondere Herausforderung für die Umwelt darstellt und der Entwicklung von Programmen oder dem Auflegen von politischen Beschlüssen.

Das Güterkraftverkehrsgesetz liefert den gesetzlichen Rahmen für den Betrieb eines Güterkraftverkehrsunternehmens. Güterkraftverkehr ist demnach die geschäftsmäßige oder entgeltliche Beförderung von Gütern mit Kraftfahrzeugen,



Herausforderung Güterkraftverkehr.

die einschließlich Anhänger ein höheres zulässiges Gesamtgewicht als 3,5 Tonnen haben. Eine Unterscheidung nach der Zulassungsart – Pkw oder Lkw – spielt dabei keine Rolle; es kommt lediglich auf das zulässige Gesamtgewicht des eingesetzten Kraftfahrzeugs an.

Für den Zugang zum gewerblichen Güterkraftverkehr können zwei Arten von Genehmigungen beantragt werden: die Güterkraftverkehrserlaubnis und die Gemeinschaftslicenz. Die Erlaubnis berechtigt zum gewerblichen Güterkraftverkehr mit Kraftfahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von über 3,5 Tonnen in Deutschland. Sie wird zunächst befristet auf zehn Jahre und dann – sofern die Berufszugangsvoraussetzungen weiterhin erfüllt sind – zeitlich unbefristet erteilt.

Güterkraftverkehrsunternehmen in Deutschland können ihre Marktzugangsberechtigung auch über eine Gemeinschaftslizenz nachweisen. Mit dieser Lizenz können zum einen innerdeutsche Transporte durchgeführt werden, zum anderen ist der grenzüberschreitende Güterkraftverkehr mit Staaten der Europäischen Union sowie der innerstaatliche Verkehr in diversen anderen EU-/EWR-Staaten (so genannter Kabotageverkehr) möglich.

Der Standard für verkehrsrechtliche Verwaltungsaufgaben steckt in ALVA 9. Dieses Verwaltungsfachverfahren der Ascherslebener Computer GmbH ist die Software für allgemeine Verkehrsangelegenheiten. Bis auf den Bereich der Führerschein- und Zulassungsstellen sind mit der ALVA-Software alle Aufgaben realisierbar, die von den Straßenverkehrsbehörden wahrzunehmen sind – vom (Online-) Antrag bis zur Genehmigung.

Ein innovatives Antragsmanagement in Form von interaktiven

Formularen ermöglicht eine Automatisierung des Antragsprozesses, minimiert Aufwände und verkürzt dadurch Bearbeitungszeiten. Bürgerinnen und Bürger können ihre Anliegen online beantragen und sind dabei nicht auf die Öffnungszeiten der Verwaltung angewiesen. Durch gezielte Fragestellungen ermittelt das interaktive Formular, welche Angaben die Antragstellenden in ihrer individuellen Situation benötigen. Nach vollständigem Ausfüllen kann der Antrag direkt eingereicht werden. Fallen Gebühren an, wird per E-Payment-Schnittstelle ein Bezahlsystemanbieter an den Antragsprozess angeschlossen. So erscheint der ausgefüllte Antrag nach erfolgreicher elektronischer Bezahlung direkt im Fachverfahren der zuständigen Sachbearbeitenden in der Verwaltung. Die Vorteile eines interaktiven Formulars liegen auf der Hand: Es ist keine persönliche Anwesenheit erforderlich, der Kassenprozess inklusive der zeitlichen Unterbrechung entfällt, und es findet kein Sachbearbeiterwechsel innerhalb des Antragsprozesses bei der Behörde statt.

Seit über 20 Jahren liefert das Unternehmen Form-Solutions Online-Dienste, die für alle Behörden einfach multiplizierbar sind. Mehr als 5.000 Online-Dienste sind zur Erfüllung der Digitalisierungsvorgaben bereits anhand der gesetzlichen Vorgaben von Bund und Ländern sowie in enger Zusammenarbeit mit Verwaltungen entstanden. Damit bietet Form-Solutions abgestimmte Dienste an, die auch in anderen Behörden ohne Aufwand zum Einsatz kommen können.

Mit der Anbindung des Antragsmanagements 4.0 an das Fachverfahren ALVA können die intelligenten Antragsassistenten aus dem Themenfeld Verkehrsrecht zur Weiterverarbeitung und Bescheidgenerierung direkt an ALVA 9 übergeben werden. Derzeit steht ein Online-Dienst aus dem Themenfeld Gewerblicher Güterkraftverkehr zur Verfügung, der unter anderem in Hessen bereits eingesetzt wird.

Magali C. Salzmann ist Marketingmanagerin bei der Form-Solutions GmbH.

Anzeige

Formulare effizient managen Formularmanager

Wie wäre es, wenn die Gremienmitglieder ihre Stammdaten oder ihre Anträge und Anfragen zukünftig selbst pflegen und ins System eintragen?

Mit dem Formularmanager haben Sie eine neue digitale Kommunikationsmöglichkeit und Zugriff auf diese und viele weitere Funktionen. Zudem übernimmt der Formularmanager die Rückverarbeitung ganz automatisch!

Nutzen Sie unsere persönliche Beratung und lassen Sie uns über Ihre Ziele reden!

Mehr unter: www.sitzungsdienst.net/produkte



STERNBERG



München sattelt um

Jan Peter Luther

Die bayerische Landeshauptstadt München hat das Gewerbefachverfahren VOIS|GESO eingeführt. Das ermöglicht nicht nur eine medienbruchfreie Kommunikation zwischen Gewerbeämtern und deren Kunden, sondern bringt weitere Optimierungen mit sich.

VOIS|GESO, das Fachverfahren rund um das Gewerbewesen der HSH-Unternehmensgruppe, löst seit dem Jahr 2018 sukzessive die bundesweit erfolgreichen Gewerbefachverfahren migewa, GESO, IKOLGW und PC-Klaus ab. Die Anwendung ist komplett in die VOIS-Welt integriert und basiert – wie die VOIS-Technologie insgesamt – auf einer fachverfahrensunabhängigen Software-Plattform, welche die Basisfunktionalitäten für alle auf ihr installierten Fachverfahren bietet.

Die in VOIS|GESO integrierten Online-Vorgänge erfüllen schon heute alle Anforderungen an eine moderne elektronische und medienbruchfreie Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger. Kurz gesagt: Sie sind OZG-tauglich. Dabei wurde großer Wert auf eine optimale Datenqualität gelegt. Ein intelligenter Assistent führt Gewerbetreibende und Bürger sicher durch den Vorgang. Fehlerhafte oder unvollständige Eingaben werden vermieden und die Gewerbeämter entlastet, da die digital erfassten Daten medienbruchfrei in die Fachanwendung übernommen werden. Bei der Va-

lidierung der Eingabedaten werden die Sachbearbeitenden ebenfalls von einem intelligenten Assistenten unterstützt, der eine Vorabkontrolle der übermittelten Daten ermöglicht. Benötigte Dokumente, wie ein Handelsregisterauszug, die Handwerkskarte, Erlaubnis oder Aufenthaltserlaubnis können von



VOIS erleichtert in München auch Gaststättenkontrollen.

den Gewerbetreibenden bereits während des Vorgangs hochgeladen und vom Gewerbeamt medienbruchfrei in die elektronische Akte übernommen werden.

Und weil Gewerbeämter je nach Zuständigkeit auch Ansprechpartner für weitere Aufgaben, wie zum Beispiel Gaststättenanzeigen oder Erlaubnisse für Makler, Bewacher, Reisegewerbe oder Glücksspielanbieter sind, stellt VOIS|GESO auch

für diese Anwendungen intelligente Online-Vorgänge zur Verfügung. Komplettiert wird das Angebot durch die elektronische Gewerbeauskunft. Das ist eine deutliche Entlastung für die Verwaltung, welche diese Auskünfte bisher in der Regel manuell erteilen musste.

Die bayerische Landeshauptstadt München hatte bis vor Kurzem noch ein Gewerbefachverfahren im Einsatz, welches sie vor 30 Jahren selbst entwickelt hatte. Dieses war seit der Einführung zwar an alle besonderen Anforderungen einer Großstadt angepasst worden, stieß aber nun an seine Grenzen. Im Mai 2019 wurde die Leistung ausgeschrieben, im Februar 2020 erhielt das Unternehmen HSH mit

seiner Lösung VOIS|GESO den Zuschlag. Wissenswert hierbei ist, dass München – die nach Berlin und Hamburg drittgrößte deutsche Stadt – mehr als 219.000 angemeldete Gewerbebetriebe verzeichnet (Stand 2021), 20 Prozent aller bayerischen Gastgewerbeunternehmen haben hier ihren Sitz. Das Kreisverwaltungsreferat (KVR) München betreute im Jahr 2021 circa 8.500 bestehende Gaststätten sowie 2.600 Freischankflächen. Es wurden 401

Gaststättenerlaubnisse neu erteilt. Darüber hinaus wurden 17.826 Gaststättenkontrollen durchgeführt, wodurch sich Maßnahmen ergaben. Darüber hinaus bearbeitete der Bereich Gewerbe der Landeshauptstadt München 2021 insgesamt rund 60.000 Gewerbeauskünfte und 34.305 betriebsstättenbezogene Gewerbemeldungen. Hinzu kamen 8.188 Gewerbeerlaubnisse und die Erledigung von 24.753 Gewerbeüberwachungsvorgängen.

Seit der Installation und dem Live-Gang Ende März 2022 läuft VOIS|GESO in München stabil, ohne Störungen oder Unterbrechungen. Der Eindruck von Mathias Woite, der das Projekt HSH-seitig seit der Zuschlagserteilung betreut: Die Münchner IT hat sich extrem schnell in die VOIS-Atmosphäre eingearbeitet, was sicher auch an der hochprofessionellen Vorbereitung der Umstellung vor Ort und der sehr guten Zusammenarbeit zwischen der städtischen IT und HSH lag. Umfangreiche Last- und Penetrationstests gingen der Produkteinführung voraus.

Dank VOIS|GESO haben sich außerdem unerwartete Optimierungen von Kontrollprozessen ergeben. Erforderte etwa die bereits erwähnte hohe Anzahl an Gaststättenkontrollen bislang die Mitführung vollständiger Handakten, konnte hierfür nun ein digitaler Standardvorgang geschaffen werden, der durch einen mobilen Standard-Laptop mit VOIS-Client und gesicherter Kommunikation vor Ort einen direkten Datenzugriff erlaubt und die fünf Münchner Bezirksinspektionen unmittelbar einbindet. Eine Datenvorhaltung auf dem mobilen Endgerät ist nicht erforderlich, da durch den stabilen VOIS-Client auf den Server zugegriffen werden kann. Für Mathias Woite ein gewaltiger Mehrwert und eine enorme Zeitersparnis, wodurch spontane verdachtsbezogene Kontrollvorgänge möglich sind und hierfür auch weniger Personal eingesetzt werden muss.

Die Stadt München hatte zwar bewusst eine Standard-Software ausgeschrieben, durch VOIS war aber auch ein hohes Maß an Indi-

vidualisierung möglich, was die Identifikation mit dem Produkt und dessen Akzeptanz wesentlich vereinfachte. In diesem Kontext ist auch die Schaffung eines Tätigkeitsschlüssels in VOIS|GESO zu bewerten, der Sachbearbeitenden bei der Definition notwendiger Unterlagen für bestimmte Vorgänge hilft, zum Beispiel, ob Führungszeugnisse, Handwerkskarten oder Gewerbezentralregisterauskünfte abzufordern oder einzufügen sind. Teile der Vorgänge übernimmt VOIS|GESO automatisch anhand des Tätigkeitsschlüssels.

Mit Dresden, Stuttgart und nun auch München nutzen bereits drei große Landeshauptstädte erfolgreich VOIS|GESO. Die Erfahrungswerte für Hersteller HSH sind durch die Nähe zum Kunden enorm und fließen unmittelbar in die Weiterentwicklung der nächsten Generation von Gewerbeverfahren ein.

Jan Peter Luther ist Leiter Unternehmenskommunikation bei der HSH Software und Hardware Vertriebs GmbH.

Anzeige



Gestern: Nervensache...

Digitaler Winterdienst

Michael Lodes / Stefanie Fiedler et al.

Ein cloudbasiertes System unterstützt die Gemeinde Wackersdorf bei der Organisation und den Abläufen des Winterdienstes. Routen werden per App automatisch aufgezeichnet, Aufträge können einfach angelegt und bei Bedarf umverteilt werden.

Wettermodelle berechnen für die Saison 2022/2023 einen kälteren Winter als im zurückliegenden Jahr. Das bedeutet in vielen Teilen Deutschlands Eis, Schnee und glatte Straßen. Bauhof, Stadtverwaltung und Winterdienstanbieter müssen in der kalten Jahreszeit die Verkehrssicherungspflicht gewährleisten.



Bauhofleiter Volker Keil bedient die Winterdienst-App.

In der bayerischen Gemeinde Wackersdorf bedeutet das konkret: Drei Unimogs räumen mit Schneepflug die größeren Straßen in den Ortsteilen. Für die Räumarbeiten in kleineren Straßen und Gassen werden kommunale Kleinfahrzeuge eingesetzt. Bushaltestellen, Gehwege und Friedhöfe werden wiederum per Hand geräumt und gestreut.

Bislang hatte die Gemeinde im Winter allerdings nicht nur mit Schnee und Eis, sondern auch mit der zeitaufwendigen, papierbasierten Dokumentation des Winterdienstes zu kämpfen. Auch die Organisation der Fahrten war jeden Tag aufs Neue eine Herausforderung. Da nicht in Echtzeit verfolgt werden konnte, wer sich wo befand, war es schwierig, schnell festzustel-

len, ob wirklich jede Straße abgefahren wurde. Thomas Falter, Erster Bürgermeister der Gemeinde, und der Bauhof waren sich deshalb einig: Es braucht eine effiziente, digitale Lösung.

Die Entscheidung fiel schnell auf den Anbieter EineStadt. Denn dessen Anwendung nutzt der Bauhof bereits routiniert für die Kontrollen und Wartung von Spielplätzen, Hundestationen, Sitzgelegenheiten, Straßenschäden, Grünflächen und Gebäudeinventar. Nach Erwerb der entsprechenden Lizenz konnte das cloudbasierte System von den EineStadt-Mitarbeitenden eingerichtet werden. Der Bauhof erhielt anschließend eine kurze, anschauliche Schulung. Im Anschluss wurde eine erfolgreiche Testfahrt durchgeführt. „Die Aufzeichnung meiner Route

funktioniert einwandfrei“, freute sich Bauhofleiter Volker Keil während dieser ersten Fahrt.

Bevor die Aufzeichnung starten kann, müssen die Mitarbeitenden die digitale Karte in der EineStadt-App öffnen und der Auswertung ihrer Standortdaten zustimmen. Diese werden mittels Mobilfunk und GPS bestimmt. Auf-

gezeichnet wird die Route dann automatisch; währenddessen pulsiert ein rotes Record-Symbol in der App. Der eigene Standort bleibt als blauer Punkt die ganze Zeit auf der Karte sichtbar. Abgefahrte Straßen färben sich grün; die noch nicht abgefahrenen bleiben rot. Auch offline funktioniert das Tracking: Sobald Mitarbeitende wieder im Empfangsgebiet sind, werden hellgrüne Linien dunkelgrün.

Per Touch, Spracheingabe oder Foto lassen sich in der App auch Missstände auf der Strecke festhalten. Der betroffene Straßenabschnitt wird in der Karte markiert. Das Problem kann im System direkt an zuständige Mitarbeitende oder externe Firmen weitergeleitet werden. Sollte es auf der Straße tatsächlich einmal zu Sach- oder

Personenschäden kommen, kann jederzeit die Streckendokumentation weitergeleitet werden. „Dadurch ist das Haftungsrisiko drastisch reduziert“, sagt Bauhofleiter Keil.

Aufträge legen die Verantwortlichen in einem Kalender an. Dieser wird am PC und auf den mobilen Endgeräten der Mitarbeitenden eingeblendet. Vorhandene Aufträge können bei Bedarf umverteilt werden, Tournummer, Kfz-Kennzeichen und Notizen lassen sich ergänzen. Auch die Streckenzuweisung an die einzelnen Mitarbeitenden erfolgt über den Kalender. Eine Stecknadel zeigt ihnen in der Karte die Route an. Die Farbe der Stecknadel signalisiert, ob geräumt oder gestreut werden soll.

Mitarbeitende erhalten ihre Aufträge automatisch gegen Mitternacht und können diese nacheinander abarbeiten. Das verwendete Material wie Sole, Salz oder Splitt kann bei Bedarf erfasst werden. Für das abgefahrene Gebiet geben die Mitarbeitenden am Ende eine Unterschrift ab. Die fahrerbezo-

gene Auswertung zeigt farblich in einer Karte, wo der Winterdienst an diesem Tag bereits stattgefunden hat und wo er noch aussteht. „Falls Mitarbeitende eine Strecke nicht innerhalb der erforderlichen Zeit abgefahren haben, werde ich per E-Mail benachrichtigt“, erklärt Bauhofleiter Keil. Streckenprotokolle lassen sich noch Monate später nach Straße, Mitarbeitenden und Datum filtern, in Tabellenform anzeigen und als PDF oder Excel ausgeben. Genaue Zeitstempel werden aus Datenschutzgründen ausgeblendet und können erst nach Freigabe des App-Anbieters eingesehen werden. Dank detaillierter Auswertung kann Wackersdorf nun feststellen, wie viele Tonnen Splitt und Salz jeden Tag verbraucht wurden.

Digitalisierung bedeutet Wandel und somit Unsicherheiten. Um diesen begegnen zu können, mussten vor allem auf Mitarbeiterenebene neue Schritte gewagt werden. Gerade der Datenschutz war ein wichtiges Thema. Ein Dokument machte deshalb für den Wackersdorfer Personalrat

ersichtlich, welche Daten der Mitarbeitenden erfasst werden. „Vor allem die Tatsache, dass die App die Aufzeichnung automatisch stoppt, wenn Mitarbeitende die Straße verlassen, hat uns überzeugt“, erzählt ein leitender Mitarbeiter, und weiter: „Letztendlich geht es bei der Erfassung der zurückgelegten Strecke auch um die Sicherheit der Mitarbeitenden.“

Der Start der Lösung indes ist unkompliziert. Benötigt wird ein aktuelles Straßennetz vom örtlichen Vermessungsamt und die Lizenz bei EineStadt. Mitarbeitende brauchen ein Tablet oder Smartphone mit Android- oder iOS-Betriebssystem sowie eine Halterung für die Frontscheibe. „Die App von EineStadt reduziert Bürokratie und erleichtert Kommunikation und Workflows erheblich“, lautet das Fazit des Ersten Bürgermeisters Thomas Falter.

EineStadt-Mitgründer Michael Lodes und Stefanie Fiedler, zuständig für PR und Marketing, haben den Beitrag in Kooperation mit der Gemeinde Wackersdorf erstellt.

Anzeige



TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

Frühwarnung bei Starkregen

Nikolai Pappert

Der Kreis Fulda will sich besser auf Starkregenereignisse vorbereiten können. Basierend auf Echtzeitdaten soll bei Gefahr automatisiert eine Alarmierungskette ausgelöst werden.

Ein Leuchtturmprojekt zur frühzeitigen Alarmierung bei Starkregen hat der Kreis Fulda an den Start gebracht. Die von der Firma Spekter aus Herzogenaurach entwickelte Lösung sammelt und wertet die Wetterdaten installierter Sensoren und Messstationen in Echtzeit aus. Bei drohender Gefahr warnt es als derzeit einziges System auf dem Markt in mehreren Stufen Behörden, Rettungskräfte sowie die Bürgerinnen und Bürger per App, E-Mail, SMS oder Anruf. Die Lösung soll bis Ende 2022 in den Pilotkommunen Eichenzell, Ebersburg, Burghaun und Neuhof ausgerollt werden. Bis Ende 2023 sollen alle 19 Städte und Gemeinden des Landkreises folgen. Vielfältige kommunale Gegebenheiten werden dadurch abgebildet.

Das E-Risiko-Management Starkregenfrühwarnsystem wird vom Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung im Programm „Starke Heimat Hessen“ mit 830.000 Euro gefördert. Für das Projekt hat die Untere Wasserbehörde des Landkreises ein interdisziplinäres Team mit dem Amt für Bodenmanagement Fulda, Spekter

und dem Unternehmen EDAG Production Solutions (EDAG PS) zusammengestellt.

EDAG PS ist mit Spekter für die Implementierung des Systems verantwortlich. Dafür bringt EDAG PS bis zum Jahr 2023 rund 200 Sensoren



60 Sensoren sind im Landkreis Fulda bereits montiert.

an: In Abwasserkanälen, an Brücken, öffentlichen Gebäuden und an Gewässern. Die Sensoren arbeiten komplett automatisiert und messen unter anderem die Niederschlagsmengen, die Gewässerpegel und das Abflussverhalten. Die Daten werden in einer Cloud gebündelt und mit Daten des Deutschen Wetterdienstes kombiniert. Beim Überschreiten kritischer Werte wird eine Alarmierungskette in Gang gesetzt. Die Sensorik wird basierend auf Starkregengefahrenkarten und abschließend mit Begehungen vor Ort

montiert. So wird garantiert, dass sie auch für Dächer, Brücken, Kanalisationen und andere Standpunkte betriebssicher verbaut werden.

EDAG PS hat außerdem eine digitale Starkregenbeteiligungsplattform entwickelt. Über diese können die Bewohnerinnen und Bewohner schon jetzt für den gesamten Landkreis Fulda eingetretene Gefahrensituationen melden. Dazu zählen übergelaufene Kanäle, überlastete Gräben und durch Holz oder andere Ablagerungen verstopfte Durchlässe. Die Daten werden an die zuständigen Behörden übermittelt, damit diese präventiv eingreifen können.

Wichtigkeit und Dringlichkeit des Pilotprojekts liegen nach Angaben von Landrat Bernd Woide auf der Hand: „Vollgelaufene Keller und überflutete Unterführungen sowie Straßen prägten leider das Bild des Landkreises Fulda im Juni vergangenen Jahres. Ein Grund dafür ist die Mittelgebirgslage mit teils schwierigen Abflussverhältnissen.“

Nikolai Pappert ist Business Development Manager Smart City bei der EDAG Production Solutions GmbH & Co. KG.

eIDAS-Fernsignaturen: Authentisierung via Online-Banking

Die Digitalisierung und die damit einhergehenden Umsetzungen diverser Gesetze und Verordnungen schreiten stetig voran. Ziel ist es, das Leben aller Bürger:innen zu vereinfachen, aber auch die Prozesse innerhalb der Öffentlichen Verwaltung zu optimieren.

Ein Nebeneffekt der fortschreitenden Digitalisierung ist allerdings die Zunahme der Cyberkriminalität. Besonders elektronische Dokumente und Daten sind in diesem Zusammenhang ein Risikofaktor, da sie per se über keinen Integrationschutz verfügen, keine Authentizität nachweisen, keine Rechtsverbindlichkeit haben und somit nicht vertrauenswürdig sind. Integration, Authentizität und Rechtsverbindlichkeit werden mittels elektronischer Signaturen, Siegel und Zeitstempel hergestellt. Diese Beweiswerte müssen über einen längeren Zeitraum validiert und Systemwechsel dauerhaft lückenlos nachweisbar bleiben.

Elektronische Signaturen und Siegel

Die Lösung ist nicht neu, aber so aktuell wie nie: Elektronische Signaturen bzw. Siegel, die mittels Kryptografie und einer eindeutigen Identifizierung sowohl die Unversehrtheit elektronischer Dokumente dokumentieren, als auch die Identität des Absendenden und des Unterzeichnenden nachweisen. Gegenüber Verwaltungen können diese auch mittels Online-Ausweis hergestellt werden. Potenziell steht der Online-Ausweis zwar flächendeckend zur Verfügung, allerdings

wird es noch ein paar Jahre dauern, bis dieser auch in der Breite genutzt werden wird.

Fernsignaturen mittels Online-Banking

Die meisten Bürger:innen verfügen über ein Online-Konto und nutzen dieses für ihre Bankangelegenheiten. Bevor ein Konto bei einer Bank oder einem Kreditinstitut eröffnet werden kann, sind diese dazu verpflichtet, ihre Kund:innen zu identifizieren. Im Vorfeld müssen Bürger:innen eine Legitimationsprüfung durchlaufen, die den gesetzlichen Vorschriften (Geldwäschegesetz, GWG) folgt. Diese beinhaltet auch eine Prüfung des Ausweisdokumentes. Die Anforderungen an bestätigten Identitäten sind vergleichbar hoch wie die im eGovernment. Banken verfügen somit über solide Identitätsdaten und haben ihre Kund:innen bereits durch die aufwändigen Authentisierungsverfahren „gelotst“.: Die Öffentliche Verwaltung kann sich das Online-Banking zu Nutze machen, indem sich die Bürger:innen mittels ihres Online-Banking-Zugangs authentifizieren. Durch die Einfachheit in der Handhabung und die simpel gehaltene Nutzeroberfläche wird die Akzeptanz bei Bürger:innen steigen, diesen Service zu nutzen, da sie keine weiteren Zugangsdaten benötigen und sich in der ihnen bekannten Umgebung ihres Online-Bankings befinden.

Die Stadt Marburg bietet als erste Kommune die Möglichkeit, Anträge schriftformwährend digital via Online-Banking zu unterschreiben. Die

eIDAS-Verordnung ermöglicht eine rechtssichere Unterschrift statt mit Online-Ausweis oder Signaturkarte und Lesegerät auch mit Fernsignaturen von Banken. Das Modellprojekt in Marburg ist in der praktischen Anwendung, sodass Anträge einfach über den individuellen Online-Banking-Zugang eingereicht werden können. Dank des Governikus SigningBrokers und in Kooperation mit der Sparkasse Marburg-Biedenkopf, der Volksbank Mittelhessen und weiteren Partnern, kann die Behörde ihren Bürger:innen einen neuen digitalen Service anbieten, ohne dass diese sich zusätzlich registrieren müssen. Die Identifizierung läuft über die jeweilige Bank.

Die Beauftragung der eIDAS-Fernsignatur über das Online-Banking ist nur eine Möglichkeit des Governikus SigningBrokers. Er bietet je nach Einsatzszenario eine Reihe von verschiedenen Möglichkeiten an, wie beispielsweise auch den Weg über sign-me von d-Trust und selbstverständlich nach wie vor den Weg direkt über den Personalausweis.

Nachdem ein Antrag rechtsverbindlich, digital und damit medienbruchfrei eingereicht wurde, kann dieser nun in den entsprechenden Fachverfahren bearbeitet und ein zugehöriger Bescheid erstellt werden.

GOVERNIKUS
● ● ●

Governikus GmbH & Co. KG
Hochschulring 4
28359 Bremen, Germany
www.governikus.de

Das Ganze und das Machbare

T. Diefenbach

Die Verwaltung treibt digitale Angebote für Bürger und Unternehmen mit Hochdruck voran. Dazu baut sie ihre interne Digitalisierung inklusive der Sachbearbeitung weiter aus. Entscheidend für den langfristigen Erfolg ist es, ein Gesamtbild vor Augen zu haben.

Ein zentraler Baustein für Ende-zu-Ende-Prozesse ist die elektronische Akte (E-Akte). Ihre Einführung verbreitet sich nach langen Entscheidungs- und Vorbereitungsphasen nun rasant in fast allen Verwaltungsbereichen. Parallel setzt die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) an der Online-Schnittstelle zu den Empfängern mit hunderten Verwaltungsleistungen an: Dazu gehören gemeinsame, standardisierte Einer-für-alle-(EfA)Komponenten. Nutzerkonten eröffnen einen Rückkanal zu den Antragstellenden. Weitere Unterstützung für die Sachbearbeitung liefern zahlreiche bewährte, auf spezifische Prozesse und Daten ausgerichtete Fachanwendungen und insbesondere Registerverfahren.

Parallel hat die Verwaltung begleitende Prozess-Management-Initiativen aufgesetzt, die Fachprozesse im Detail aufgenommen und für die spätere Digitalisierung optimiert haben. Es ist naheliegend, die modellierten digitalen Prozesse mithilfe einer Process Engine zu steuern. Hier haben sich Low-Code-Ansätze herausgebildet. Sie versprechen, Prozesse allein durch Konfiguration und Nutzung von Meta-Sprachen umzusetzen und sind beinahe ohne IT-Know-how anwendbar.

Bevor jedoch der Weg des Nahelegendsten gegangen wird, lohnt es sich, über einige langfristig erfolgskritische Aspekte – nicht nur die Ende-zu-Ende-Digitalisierung – nachzudenken:

- Was ist zu tun, damit die Lösung auf Jahre trägt sowie sicher und zuverlässig funktioniert? Wer soll und kann das auf Dauer leisten?
- Werden die einzelnen Software-Produkte wirklich artgerecht eingesetzt und nicht außerhalb ihrer Kernfunktionen in Bereiche ausgedehnt, die sie auf Dauer nicht beherrschen oder die der Hersteller strategisch nicht weiterentwickelt?
- Wie lassen sich künftig Automatisierungspotenziale mit der Lösung realisieren und integrieren?
- Wie groß wird die Abhängigkeit von Herstellern, Entwicklern und Integratoren sein? Wie wirkt sich ein Austausch von Komponenten aus?
- Welche Strategie verfolgen die IT-Verantwortlichen? Kaum eine Verwaltung kommt ohne zentrale IT-Ressourcen für den Betrieb und eine Konsolidierung und Standardisierung von IT-Komponenten und -Leistungen aus. Daher ist zu berücksichtigen, welchen Rahmen Anbieter und Betreiber für IT-Lösungen vorgeben und welche Gestaltungs-

möglichkeiten die Fachbereiche überhaupt haben.

Diese Fragen und Überlegungen helfen dabei, eine Überforderung durch Komplexität, Überalterung von Software, Herstellerabhängigkeiten und einen Mangel an Fachpersonal abzuwenden. Es geht um weit mehr als die Frage, wie eine Organisation von der E-Akte oder einer anderen Digitalisierungskomponente zur digitalen Sachbearbeitung kommt. Es geht um das Ganze und das Machbare. Verwaltungen, die kein Gesamtbild erarbeiten, verlaufen sich im Technologie- und Komponentenschwungel, weil ihnen die Grundvoraussetzungen fehlen. Um diese Herausforderungen zu meistern, braucht die Verwaltung geeignete Instrumente. Die fünf wichtigsten sind nachfolgend skizziert.

Gemeinsames Zielbild: Im Rahmen eines Digitalisierungskonzepts sollte ein gemeinsames Zielbild für digitale Ende-zu-Ende-Prozesse entstehen. Hieran sind Hausleitung, Fachbereiche, Organisatoren und IT zu beteiligen. Zum einen führt es allen Beteiligten grafisch vor Augen, wie digitale Ende-zu-Ende-Prozesse grundsätzlich aussehen und hebt Gemeinsamkeiten hervor. Zum anderen beschreibt

es die Prinzipien und Eckpunkte, nach denen Prozesse fachlich digital gestaltet und standardisiert werden (Prozessbaukasten).

IT-Strategie: Eine IT-Strategie regelt nicht nur die Grundsätze der IT-Organisation und des IT-Betriebs, sondern richtet die meist historisch gewachsene IT-Landschaft aus, setzt den Rahmen für technische Standards sowie Entscheidungen über den Einsatz von Standard-Software und individuellen Komponenten. Leitlinien der IT-Strategie sollten eine klare Positionierung der einzelnen Anwendungen wie Formular-Management zur Antragstellung, E-Akte/DMS, Process Engine und Fachanwendungen mit ihrem jeweiligen Einsatzzweck fordern. Idealerweise sieht die IT-Strategie die Rolle eines IT-Architektur-Managements vor, das diese Festlegungen weiter konkretisiert, ihre Einhaltung überwacht und regelmäßig um Zukunftstechnologien ergänzt.

Einheitliches Vorgehensmodell: Ein einheitliches Vorgehensmodell für

Digitalisierungsprojekte macht die notwendigen Schritte transparent und stellt sicher, dass alle Beteiligten von Fachabteilungen bis IT in die Umsetzungsprojekte eingebunden und die Standard-Bausteine für Prozesse und technische Komponenten bei der Umsetzung genutzt werden. So lassen sich Skaleneffekte bei ähnlichen Verfahren und eine verfahrensübergreifend einheitliche Umsetzung erzielen.

Organisationsentwicklung: Sobald Kernprozesse der Sachbearbeitung digitalisiert werden, müssen auch darauf ausgerichtete Steuerungs- und Unterstützungsprozesse entsprechend justiert werden. Personelle Ressourcen müssen quantitativ angepasst werden, Kompetenzen und gegebenenfalls Aspekte der Aufbauorganisation sind zu überprüfen. Dafür sollte auch eine Maßnahme zur Organisationsentwicklung aufgesetzt werden.

Projekt- und Programmsteuerung: Die Gesamtheit der Maßnahmen erfordert eine hausweite Projekt- und Programmsteuerung, welche

die Projekte definiert, priorisiert und plant. Zu diesem Programm gehören die Realisierung der digitalen Prozesse sowie die Pflege der Prozessbausteine, der technischen Plattform und der Komponenten. Auftraggeber sollte die Hausleitung sein, federführend in der Regel die Digitalisierungsverantwortlichen etwa in Gestalt eines CDO. Die Beteiligten sind alle Fachbereiche sowie das Organisationsreferat und die IT.

Insgesamt legt dieser Ansatz den Fokus auf eine Kombination von durchgängiger, nachhaltiger Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und fachlicher Standardisierung mit der strategischen Ausrichtung und übergreifenden Steuerung der Anwendungslandschaft. Es gilt, standardisierte Fachprozesse in einem gemeinsamen Programm mit der Anwendungslandschaft zu verzahnen. Darin liegt der Schlüssel zum Erfolg der Verwaltungsdigitalisierung.

Thomas Diefenbach ist Partner bei der Infora GmbH, Berlin.

Anzeige

WEBINAR //

eAkte ohne Fachverfahrensanbindung: Digitalisieren Sie schon morgen Ihre Verwaltung!

JETZT ANSEHEN

d.velop

qrco.de/bdLJnY
Oder einfach QR-Code scannen



E-Akte leicht gemacht

Janosch Rosenberg

Die Gemeinde Wyhl hat in kurzer Zeit für die Gewerbe- und die Hundesteuer die elektronische Akte eingeführt. Dabei wird das Dokumenten-Management-System QNG mit dem Modul E-Akte Steuern und Abgaben des Unternehmens GELAS eingesetzt.

Dokumenten-Management ist eine umfassende organisatorische Aufgabenstellung und Grundlage jeder E-Akte. Die elektronische Aktenführung bildet zugleich das Fundament einer digital arbeitenden Verwaltung. Die entsprechende Lösung sollte einfach und intuitiv bedienbar sein. Dies ist gewährt, wenn sie die gewohnten Begrifflichkeiten der kommunalen Verwaltung abbildet. Eine der Grundanforderungen für einen erfolgreichen Einsatz ist außerdem, dass die berechtigten Mitarbeiter jederzeit Zugriff auf alle notwendigen Informationen haben, unabhängig davon, aus welcher Arbeitsumgebung der Zugriff erfolgt.

Sämtliche Akten und Dokumente müssen daher immer aktuell und überall verfügbar sein. Ferner sollte die Integration in Office- und E-Mail-Anwendungen einfach und umfassend gegeben sein, denn die genannten Anwendungen sind heute in der kommunalen Verwaltung vorherrschender Standard. Ebenso ist es wichtig, dass das Dokumenten-Management-System (DMS) in bestehende kommunale Fachverfahren hochintegriert ist. Nicht zuletzt sind kurze Implementierungsphasen und eine schlanke Administration unverzichtbar, da sie den IT-Zuständigen eine ein-

fache Handhabung erlauben. Auf all diese Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung ist die E-Akte des Anbieters GELAS zugeschnitten – sie unterstützt die Verwaltungsprozesse reibungslos und bietet eine hohe Usability.



Grundanforderung für den Einsatz der E-Akte: Ein jederzeitiger Zugriff.

Seit vielen Jahren setzt die am Kaiserstuhl gelegene Gemeinde Wyhl auf das DMS QNG (früher Questys) von GELAS. Begonnen wurde mit der elektronischen Belegablage in der Kasse. Nun wurden innerhalb kurzer Zeit auch die Bereiche Gewerbesteuer und Hundesteuer auf die E-Akte Steuern und Abgaben umgestellt.

„Mit der Einführung der E-Akte setzen wir auf die rechtlich führende Akte und vermeiden künftig die hybride Aktenführung“, berichtet Dietmar Zimmermann, Fachbereichsleiter Finanzen der Gemeinde Wyhl. „Neben der Kostenersparnis brachte die Umstellung weitere Vorteile mit sich: Wir haben jetzt

alle Unterlagen zum Vorgang in einer elektronischen Steuerakte gebündelt, so auch die Bescheide aus dem Veranlagungsverfahren, die automatisch übernommen werden. Wir werden langfristig nur handlungsfähig bleiben, wenn es uns gelingt, unsere internen Ablaufprozesse zu optimieren und die Kundenbetreuung zu verbessern. Für die Erreichung dieses Ziels setzen wir im Fachbereich Finanzen auf Informationstechnologien wie das DMS von GELAS.“

Der Fachbereich Finanzen der Gemeinde Wyhl hat die Akten Schritt für Schritt eingescannt und ab dann nur noch elektronisch geführt. Das sorgte für erhebliche Einsparungen

und Verbesserungen der Arbeitseffizienz. „Wir müssen unsere Verwaltungsausgaben weiter reduzieren, denn künftig werden die Gemeindekassen sicher nicht voller. Zugleich sind wir gezwungen, in digitale Projekte zu investieren, um Kosten zu senken und eine Steigerung der Arbeitseffizienz zu erreichen“, resümiert Dietmar Zimmermann. Bei der Einführung der E-Akte ist eine gute Zusammenarbeit zwischen Anbieter und Anwender wichtig. Im Fachbereich Finanzen der Gemeinde Wyhl ist das der Fall: Es findet ein sehr engagierter und konstruktiver Austausch statt. Der Einführungsprozess wird aber auch kritisch begleitet, obgleich die Mitarbeiter bereits jetzt die immensen Vorteile für die eigene Arbeit sehen.

Einer dieser Vorteile: Die E-Akte stellt sicher, dass Informationen nicht mehr verloren gehen und Dokumente von berechtigten Mitarbeitern jederzeit über eine Volltext-Recherche, Teilwortsuche oder Verschlagwortung gefunden sowie verwaltet werden können. Früher waren Dokumente, die aus

dem Fachverfahren der Veranlagung stammen, Posteingänge und Kundenkontakte in unzähligen Aktenordnern aufbewahrt. „Die E-Akte von QNG ermöglicht nun den gleichzeitigen Zugriff auf dieselbe Akte durch mehrere berechnete Mitarbeiter. Mit der Einführung haben wir daher die Auskunftsfähigkeit unserer Mitarbeiter und auch die Auskunftsbereitschaft extrem erhöht, sowohl was die Arbeitsgeschwindigkeit als auch was die Datenqualität betrifft. Zu jeder Zeit stehen die Daten jetzt per Knopfdruck zur Verfügung“, so Zimmermann.

Die Einführung in Wyhl begann Mitte des Jahres 2021 und verlief weitgehend reibungslos. Die Mitarbeiter waren schnell von den Vorteilen der E-Akte überzeugt und begrüßten die damit verbundenen einfacheren Prozesse und Abläufe. Da sich die Suche von Dokumenten ebenso einfach gestaltete wie die nach elektronischen Kassensbelegen, mussten sich diejenigen Mitarbeitenden, die über Vorkenntnisse im Zugriff auf Belege aus dem

Finanzwesen verfügten, gar nicht umstellen.

„Das Projekt ist ein großer Gewinn für unseren Fachbereich und somit auch für die Gemeinde“, meint Dietmar Zimmermann. „Das Entscheidende dabei ist, dass wir neben der Optimierung der internen Abläufe heute und auch in Zukunft eine kompetentere Bürgerbetreuung bieten können.“ Ab dem Jahr 2023 will die Gemeinde Wyhl die digitale Akte in weiteren Bereichen des Fachbereichs Finanzen – etwa Wasser-/Abwassergebühren und Grundsteuer – einführen. „Auch hier können wir auf die fachkundige Unterstützung der Firma GELAS vertrauen“, so Zimmermann. „Wir schätzen die freundliche und kompetente Zusammenarbeit sehr, insbesondere auch die schnelle Erreichbarkeit ohne die mühselige Erstellung von Tickets.“

Janosch Rosenberg ist Geschäftsführer der GELAS Gesellschaft für elektronische Archivierungssysteme mbH, Waiblingen.

Anzeige

Ausnahmslos Digital! ITeBAU – das virtuelle Bauamt

- Digital von der Antragstellung bis zur Genehmigung
- Kollaboration aller Beteiligten
- Integration von Signatur und DMS
- Seit 2006 mehr als 150.000 digitale Baugenehmigungsverfahren
- Zukunftsfähige Lösung durch ständige Weiterentwicklung (BIM, XBau2)



Profitieren Sie von unserer langjährigen Erfahrung
www.itebau.de

nscale eGov wird fünf

Anika Zapp

Mit nscale eGov bietet Ceyoniq eine branchenspezifische Anwendung, die digitale Verwaltungsabläufe unterstützt. Entwickelt wurde die E-Akte-Lösung vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels und der sinkenden Arbeitgeberattraktivität im Public Sector.

Die öffentliche Hand steht aufgrund des demografischen Wandels vor der Herausforderung, das gleiche Arbeitspensum künftig mit weniger Personal abzubilden. Einen Ausweg bieten Software-Lösungen, die digitale Verwaltungsabläufe unterstützen, wie sie im E-Government-Gesetz (EGovG) gefordert werden. Das Unternehmen Ceyoniq hat dieses Problem früh erkannt. So hat sich vor fünf Jahren ein Team von jungen und agilen Spezialisten gebildet, das mit neuesten Entwicklungsmethoden und umfassender Erfahrung in digitaler Schriftgutverwaltung und Vorgangsverarbeitung eine neue Lösung auf den Markt brachte. „Die Entscheidung, mit nscale eGov eine speziell auf die Verwaltung abgestimmte Lösung zu entwickeln, fiel bereits vor sieben Jahren“, sagt Alexander Dörner, Bereichsleiter Expert Center eGovernment bei Ceyoniq Technology. Zentrale Herausforderung sei es gewesen, die Schriftgutverwaltung so abzubilden, wie sie sich im tatsächlichen Arbeitsalltag von Mitarbeitenden in der öffentlichen Verwaltung wiederfinde. „Mit der Gründung des Expert Center E-Government 2018 konnten wir unsere Kompetenzen, die wir in den ersten Jahren im Unternehmensbereich gewonnen haben, bündeln und so den Grund-

stein für den großen Erfolg legen, der bis heute anhält.“

Wie kam es dazu, dass sich die Hersteller einer Enterprise-Information-Management-Lösung (EIM) einem weiteren Geschäftsfeld zuwandten? Es war insbesondere die Verbindung zum Mutterkonzern Kyocera Document Solutions, die den nötigen Rückhalt bot. Der japanische Hersteller für Multifunktionsdruckgeräte ist in der Verwaltung vielerorts vertreten. Entsprechend war die Entwicklung einer E-Akte-Lösung für diesen Bereich ein logischer Schritt. Aufbauend auf der Erfahrung aus DMS-, ECM- und EIM-Projekten in der freien Wirtschaft entwickelte die eGov-Sparte eine spezifische Lösung für den abteilungsübergreifenden behördlichen Informationsfluss.

Das System ist für Bund, Länder und Kommunen ausgelegt. Dank der E-Akte werden alle relevanten Daten zentral auf einer Plattform gespeichert. Somit haben Beschäftigte gemäß einem Rechte- und Rollenkonzept jederzeit Zugriff auf die Daten, die sie für ihre Arbeit benötigen. Ein langes Suchen nach Papierakten, die dann aufwendig durchgeblättert werden müssen, um wichtigen Informationen zu finden, gehört der Vergangenheit an. Doch

nicht nur der Informationsfluss wird verbessert, Workflows für die jeweiligen Fachanwendungen sorgen auch für reibungslose Abläufe ohne Liegezeiten. Freigabeprozesse und die Bearbeitung von Bürgeranfragen werden beschleunigt. Exakt auf die Abläufe der öffentlichen Verwaltung ausgerichtet, nutzt die Lösung das branchenspezifische Vokabular.

Ein Meilenstein bei der Etablierung am Markt war der Erfolg bei der Ausschreibung des Bundeslands Nordrhein-Westfalen, bei der sich die Bielefelder im Jahr 2017 gemeinsam mit dem Generalunternehmer Materna durchsetzen konnten. Nur kurze Zeit später fiel auch bei der Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg (KDO), dem Kommunalen Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (krz) und Dienstleister regio iT die Entscheidung für nscale eGov. Mit der Ceyoniq-Lösung konnte eine professionelle Schriftgutverwaltung umgesetzt werden, welche die Rechenzentren in die Kommunen bringen. Von der Stadt Aachen bis zur Stadt Kempten im Allgäu ist die Lösung heute bundesweit im Einsatz. Auch die 2020 begonnene Zusammenarbeit mit dem Land Berlin ist ein Erfolg. In Nordrhein-Westfalen arbeiten 90.000 Anwender mit nscale eGov, in Berlin 100.000.

Von Beginn an standen Zukunftstechnologien wie Cloud und Containerisierung im Fokus. Unter dem Motto Mobile First ist das System webfähig, was vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie von besonderer Bedeutung ist. Das reibungslose Arbeiten im Homeoffice zu ermöglichen, war eine zentrale Herausforderung. Diese ließ sich mithilfe digitaler Prozesse bewältigen. Das Ceyoniq-System soll auch künftig in dieser Richtung ausgebaut werden. Die Arbeitswelt in der öffentlichen Verwaltung hat sich durch die Pandemie nachhaltig verändert. Die Rückkehr ins Büro wird kaum flächendeckend erfolgen, vielmehr wird das Homeoffice Teil des Arbeitslebens bleiben. Darüber hinaus greift die Möglichkeit zu mobilem Arbeiten auf weitere Bereiche über,

sodass der Vor-Ort-Termin oder die Dienstreise nicht länger ein Hindernis für die sofortige Veraktung wichtiger Dokumente darstellen.

Mit einer modernen technischen Ausstattung des Arbeitsplatzes sowie vereinfachten und beschleunigten Abläufen gewinnt die Arbeit in der öffentlichen Verwaltung an Attraktivität. Dazu trägt auch die ständige Weiterentwicklung der Lösung bei. So sind durch die neuen Angebote in den Bereichen der Rechnungseingangsverarbeitung, des Vertragsmanagements und der Personalakten Möglichkeiten zum Crossselling geplant. Konkret in der Entwicklung befinden sich mandantenübergreifende Workflows, mit denen Prozesse künftig über mehrere Behörden hinweg

geplant werden können. Dazu werden Dokumente beim Versand mit einer Workflow-Information ausgestattet. Diese passt zur Workflow-Umgebung der neuen Behörde und kann hier reibungslos weiter ablaufen, bis das Dokument zum ursprünglichen Mitarbeitenden zurückkehrt.

Ein ebenfalls laufendes Projekt betrifft die Verarbeitung von schutzbedürftigen Dokumenten. Vorgänge aus diesem Bereich können in nscale eGov vertraulich abgebildet werden. Dafür sorgt eine spezielle Logik, die den rechtskonformen Umgang mit Verschluss-sachen sicherstellt.

Anika Zapp ist Redakteurin bei der Agentur Sputnik.

Kommen Sie in Schwung beim OZG.

Mit Prosoz elan beschleunigen wir Ihre Antragstellungen im digitalen Fachamt.

Informieren Sie sich jetzt!



Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government / E-Partizipation 58-59
- CMS | Portale / Spezial-Software 59
- Finanzwesen / Schul-IT / E-Procurement 60
- Geodaten-Management / Dokumenten-Management 61
- E-Formulare / Personalwesen / Inventarisierung /
RIS | Sitzungsmanagement / IT-Infrastruktur / IT-Security 62
- Breitband / Consulting 63
- Komplettlösungen 63-65

Anzeige

D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de	Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.
D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de	TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/II5, Ideen- und Beschwerdemangement, Integration von Verwaltungsdaten, II5-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.
D-0	 PORTALLÖSUNGEN	brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de	Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.
D-2		Governikus GmbH & Co. KG Ansprechpartnerin: Petra Waldmüller-Schantz Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 20495-0 Telefax: +49 (0) 421 / 20495-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de	Governikus setzt sich für digitale Souveränität in einer komplex vernetzten Welt ein und sorgt für den Schutz personenbezogener Daten mit zukunftsweisenden IT-Lösungen. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation und der Umgang mit Daten zur Authentizitäts- und Integritätssicherung stehen im Vordergrund.
D-4	 Unternehmensgruppe	ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de	Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.
D-7		cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de	Die cit GmbH ist mit cit intelliForm® führender Anbieter von E-Government-Lösungen speziell in den Bereichen Virtuelles Bauamt mit dem XBau-Standard, Efa-Dienste und OZG. Die modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.
D-7		Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de	Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.
D-8		S-Public Services GmbH Hauptstraße 27 a D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@s-publicservices.de Internet: www.s-publicservices.de	S-Public Services ist als Kompetenzzentrum E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe erster Ansprechpartner für die öffentliche Hand sowie kommunalnahen Organisationen und Unternehmen. Mit Plug'n'Play-Lösungen rund um Payment-Services helfen wir gemeinsam mit den Sparkassen vor Ort bei der digitalen Transformation unterschiedlichster Bürgerservices.
D-3	 Ein Produkt der leanact GmbH	leanact GmbH Rebenring 33 D-38106 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 22436214 Fax: +49 (0) 531 / 42878895 E-Mail: info@leanact.de Internet: www.leanact.de	Mehr Zeitersparnis bei der Bearbeitung von Bürgeranliegen! Unser Anliegenmanagement MeldooPLUS ermöglicht Kommunalverwaltungen die zeitschonende Bearbeitung von Bürgeranliegen. Über 60 Verwaltungen bundesweit nutzen bereits die Module Mängelmelder, allgemeine Anliegen und Bürgerbeteiligung für eine innovative Bürgerinteraktion.

E-Government

E-Partizipation

D-6		wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Bürgerbeteiligung von A bis Z, digital und vor Ort: Als Full-Service-Anbieter beraten und begleiten wir Kommunen und Landkreise bei ihren Beteiligungsvorhaben. Unsere Lösung für modernes Anliegenmanagement – der Mängelmelder – ist bei über 80 Kommunen im Einsatz. Referenzen: München, Bremen, Heidelberg, Dortmund, Friedrichshafen.
D-2		ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhorn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 60972-0 Fax: +49 (0) 451 / 60972-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.
D-2		ProCampaign® c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune	Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.
D-3		NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.
D-7		SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.
D-3		KDN.sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Technologiepark 14 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@kdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.
D-3		Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.
D-7		AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKf/NKfR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.
D-8		G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKf mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.
D-9		LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 5661222 Fax: +49 (0) 361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.

D-2	 It's simple. It's digital.	xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 162/1069592 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für öffentliche Auftraggeber eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM und PSCD sowie der Kommunalmaster Finanzen. Es können alle Rechnungsformate wie Papier, PDF, XRechnung, ZUGFeRD, etc. verarbeitet werden.	Finanzwesen
D-2		Cloud IX c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	Cloud IX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITS! Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.	Schul-IT
D-3	 H+H Software GmbH Softwarelösungen mit System	H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.	
D-4	 kraft network engineering driving digital learning	KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	
D-5	 AIXCONCEPT Einfach. Digital. Lernen.	AixConcept GmbH Ansprechpartner: Thomas Jordans Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-10 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: vertrieb@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für Schul-IT alle Leistungen von der Bestandsaufnahme bis zur Realisierung aus einer Hand. Mehr als 3.500 Schulen vertrauen bereits auf die zuverlässigen und skalierbaren Lösungen aus Stolberg bei Aachen. Aixconcept sorgt dafür, dass Digitalisierung in Schulen erfolgreich ist.	
D-7	 Logo DIDACT	SBE network solutions GmbH Ansprechpartner: Sales Team Edisonstraße 21-23 D-74076 Heilbronn Telefon: +49 (0) 7131 / 89840-60 E-Mail: vertrieb@sbe.de Internet: www.sbe.de	Mit LogoDIDACT bekommen Sie Ihre Schul-IT im Handumdrehen in den Griff. Der modulare Schulserver vereint kinderleichte Bedienung mit umfassenden Funktionen, die auf die Bedürfnisse moderner Schulen zugeschnitten sind. Über 3.000 Schulen vertrauen bereits auf die führende IT-Lösung für Schulnetzwerke. Von SBE network solutions.	
D-1	 Deutsches Vergabeportal E-Vergabe – Einfach. Schnell. Sicher.	DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	E-Procurement
D-5	 subreport DEUTSCHLANDS TOR ZUR AUFTRAGSWELT	subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	
D-7	 TEK-SERVICE AG	TEK-Service AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

Geodaten-Management • Dokumenten-Management

D-4	 <p>GIS Consult GmbH Schuldenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de</p>	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.	Geodaten-Management
D-4	 <p>con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de</p>	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.	
D-0	 <p>LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de</p>	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der reversionssicheren Aufbewahrung.	Dokumenten-Management
D-3	 <p>OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover</p>	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.	
D-3	 <p>Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com</p>	Seit über 30 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.	
D-4	 <p>Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de</p>	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.	
D-4	 <p>d.velop Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98-0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98-25 E-Mail: info@pubs.d-velop.de Internet: www.d-velop.de/public-sector</p>	d.velop mit Spezialisierung auf öffentliche Verwaltungen und Hochschulen sowie Universitäten ist seit über 20 Jahren innovativer Lösungsanbieter für das gesamte ECM-Umfeld. Die eingesetzten Lösungen lassen sich an die jeweiligen Anforderungen anpassen oder in Fachanwendungen integrieren.	
D-7	 <p>comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de</p>	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.	
D-7	 <p>GELAS GmbH Digitalisierungssysteme Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-70 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de</p>	Questys und nunmehr die neue Produktgeneration Questys Next Generation – kurz QNG – ist heute eines der führend eingesetzten ECM-Systeme für das Dokumentenmanagement und die Archivierung in der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg. Im Rahmen der Cyber-Security-Strategie wird QNG heute mit WORM-Technologie eingesetzt.	
D-9	 <p>PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt</p>	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.	

D-7		S-Management Services GmbH Ansprechpartner: Peter Höcherl Am Wallgraben 115 70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: peter.hoecherl@s-management-services.de Internet: www.s-management-services.de	Die S-Management Services GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.	E-Formulare
D-7		W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtssicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.	E-Formulare
D-3		NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	NOLIS Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.	Personalwesen
D-5		hallobtf! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallokai.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisions sichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-2		CC e-gov GmbH Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürosoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	Sitzungsmanagement
D-3		STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmanstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS Sitzungsmanagement
D-5		more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	more! rubin - Professionelles Sitzungsmanagement und Gremieninfo – mobil, digital und sicher. Von der App über das Voting bis zur Unterstützung der User – alles aus einer Hand. Ausgereifte, zuverlässige und langjährige Software für digitale Gremienarbeit und der schnellen, papierlosen Gremienkommunikation. Die Lösung für Ihr Sitzungsmanagement.	Sitzungsmanagement
D-2		ColocationIX GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	IT-Infrastruktur
D-3		Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9		NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte mit BSI-Zulassung u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.	IT-Infrastruktur

D-1	 Anschluss Zukunft.	DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasferringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-2		Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	Consulting
D-4	 best practice consulting	best practice consulting AG Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Am Mittelhafen 16, D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 163 / 6360760 Fax: +49 (0) 251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag Internet: www.bpc.ag	Über 20 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4-Masters für Kommunen: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.	
D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		procilon GmbH Ansprechpartner: Andreas Liefeth Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCI, EGVP, De-Mail, autom. Archivanbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	
D-0	 That's IT.	GISA GmbH Leipziger Chaussee 191 a D-06112 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 585-0 Fax: +49 (0) 345 / 585-2177 E-Mail: kontakt@gisa.de Internet: www.gisa.de	Als IT-Spezialist und Cloud Service Provider bietet GISA umfassende IT-Lösungen für öffentliche Auftraggeber: von der Strategie und Beratung über die Entwicklung und Implementierung bis hin zum Outsourcing kompletter Geschäftsprozesse und IT-Infrastrukturen. Wir unterstützen Sie dabei, Ihre Digitalisierung zu meistern!	
D-1		Telecomputer GmbH Wilhelm-Kabus-Straße 9 D-10829 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 Fax: +49 (0) 30 / 1210012-99 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Telecomputer ist Ihr Komplett-Dienstleister für Software und IT-Projekte im kommunalen Umfeld. Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität – für eine moderne, schnelle und zukunftssichere Sachbearbeitung.	
D-2	 Verwaltung macht Zukunft.	MACH AG Ansprechpartnerin: Katrin Wessel Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 70647-279 Fax: +49 (0) 451 / 70647-300 E-Mail: katrin.wessel@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Im Verbund der machgruppe leben wir den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.	
D-2	 IT für Kommunen	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!	

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

D-3	 die IT-Spezialisten für Verwaltungen	GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
D-3	 Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 50 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3		ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 98 30-12 20 Fax: +49 (0) 641 / 98 30-20 20 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3		KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4		ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data ist einer der führenden Anbieter für kommunale Finanzsoftware und Systemlösungen. Als inhabergeführtes Familienunternehmen legen wir Wert auf ganzheitlich-nachhaltige Konzepte. Mit der verwaltungsweit skalierbaren IT-Plattform VOIS bieten wir die passende Strategie. Für das VOIS Finanzwesen liefern wir exklusiv die passende Lösung.
D-4		PROSOZ Herten GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Herten Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188-111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Herten hat sich in über 30 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4		JCC Software Mendelstraße 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 256 / 294 539-99 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Besucherströme im Rathaus optimieren? Mit dem JCC-Besucherleit- und Terminvereinbarungssystem machen Sie den ersten wichtigen Schritt. Sie reduzieren die Wartezeit, steigern die Zufriedenheit von Mitarbeiter*innen und Besucher*innen und minimieren unerwünschten Begegnungskontakt in der Corona-Zeit. Jetzt kostenlose Demo anfordern.
D-5		Nagarro ES Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppelten, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.
D-5		EDV Ermtraud GmbH Ansprechpartner: Tobias Krumnow Arienheller Str. 10 D-56598 Rheinbrohl Telefon: +49 (0) 2635 / 9224-0 Fax: +49 (0) 2635 / 9224-29 E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de Internet: www.edv-ermtraud.de	KASSENVERFAHREN TopCash - zentral/dezentral: per Maus- & Touch, Gebühren, Leistungen + Artikel, §2b UStG + TSE, DGUV 115-005, EC-Terminals. GEWERBEREGISTER GEVE4 & geve5, CLOUD. Gewerbeanzeige online > Register > elektr. Auskunft. Erlaubniswesen, ProstSchG; für Kreise & Gemeinden.
D-5		regio IT GmbH Lombardenstraße 24 52070 Aachen Telefon: +49 (0) 241 / 41359-0 E-Mail: vertrieb@regioit.de Internet: www.regioit.de	Digitaler Wandel: Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen bietet die regio IT GmbH öffentlichen Auftraggebern wie Kommunen, Schulen, Energieversorgern und Entsorgern ein umfangreiches Produkt- und Serviceportfolio – qualitätsgesichert und dreifach nach international gültigen Standards zertifiziert.

Komplettlösungen

D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3, D-58675 Hemer St. Johann-Straße 23, D-57074 Siegen Telefon: +49 (0) 271 / 30321-0 Fax: +49 (0) 271 / 30321-1010 (Hemer) Fax: +49 (0) 271 / 30321-1020 (Siegen) Internet: www.sit-nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 23 03 / 25 47 00 Fax: +49 (0) 23 03 / 4 00 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91- 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91- 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-0 Fax: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-7		ISGUS GmbH Ansprechpartner: Klaus Wössner Oberdorfstraße 18-22 D-78054 Villingen-Schwenningen Telefon: +49 (0) 7720 / 3 93-0 E-Mail: info@isgus.de Internet: www.isgus.de	ZEUS® Workforce Management von ISGUS beinhaltet die Module der Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Betriebsdatenerfassung und Unternehmenssicherheit. Ganz individuell auf Ihre Anforderungen und Ihre Branche zugeschnitten. Unsere Kunden nutzen die Lösungen vollkommen wahlfrei On-Premise oder als Software as a Service.
D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-18 45 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Nicolaus-Otto-Str. 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungs-lösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newssystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Alexander Mathiowetz Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/public-sector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Management-system. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

Vorschau

Die nächste Ausgabe (01/2023) erscheint am 30.12.2022



Was kommt nach dem OZG?

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) läuft Ende 2022 aus. Die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Vitako, fordert nun, dauerhaft Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte Verwaltungsdigitalisierung zu schaffen.



Digitalisieren mit Low Code

Der Low-Code-Ansatz kann Verwaltungen bei der durchgängigen Digitalisierung ihrer Prozesse unterstützen. Das zeigen Projekte im Amt Mittelangeln, in der Metropolregion Rhein-Neckar oder der Freien und Hansestadt Hamburg.



IT-Schwerpunkte im Januar

In der Informationstechnologie stellen wir den Einsatz visueller Collaboration Tools für ein agiles Arbeiten in Behörden und Kommunen vor. Darüber hinaus geht es um sicheres mobiles Arbeiten sowie Software für die Jugendhilfe.



Fachkräfte dringend gesucht

Die öffentliche Verwaltung hat in den kommenden Jahren mit einem massiven Fachkräftemangel zu kämpfen. Wir geben Tipps für eine wirksame und moderne Personalgewinnung und rechtssicheres Recruiting im Internet.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

Advantic	2	Form-Solutions	37	RAABE	7
AixConcept	39	Governikus	19, 51	regio iT	29
AKDB	68	Haufe-Lexware	35	S-Management Services	17
BBV Deutschland	21	HSH	43	Sternberg	45
Bechtle	8, 9	ITEBO	55	Telefonica Germany	5
CC e-gov	23	Kommunix	47, 49	Univention	41
cit	3	NOLIS	67	ViewSonic Technology	31
d.velop	53	Optimal Systems	13	Zweckverband KDO	15
Deutsche Telekom	25	Prosoz Hertent	27, 57	Branchenindex IT-Guide	58-65

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770
Fax: +49 (0) 70 71 / 855 - 6773
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Weidemann (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun
Thomas Nolte
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Sara Ott
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855-2787
E-Mail: s.ott@k21media.de

Seit dem 1.1.2022 gilt die Preisliste Nr. 22 der Media Information 2022.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901

Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2022 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

Deutsche Telekom AG (18); EDAG Group (50); fotofabrika/stock.adobe.com (20); fottoo/stock.adobe.com (46) Gemeinde Wackersdorf (48); Gorodenkoff/stock.adobe.com (4, 16); ink drop/stock.adobe.com (66); Jérôme Rommé/stock.adobe.com (66); Jürgen Altmann (3); K21 media GmbH (12); leanact GmbH (40); MACH AG (34); Nmedia/stock.adobe.com (33); Ole Heinrich/govdigital eG (14); PantherMedia GmbH (54); photon_photo/stock.adobe.com (66); Schulstiftung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens (22); Stay Informed GmbH (28); studio v-zwoelf/stock.adobe.com (11); the_lightwriter/stock.adobe.com (36); vectorfusionart/stock.adobe.com (Titel); vegefox.com/stock.adobe.com (66); XrCyc/stock.adobe.com (44).

Kita-Platzvergabe leicht gemacht



Digitale Kita-Platzvergabe

Die trägerübergreifende Voranmeldung ermöglicht Kommunen, Trägern und Kitas eine effiziente Platzvergabe. Mit zahlreichen benutzerfreundlichen Funktionen vereinfacht NOLIS | Kita-Platz dabei den gesamten Vergabeprozess.

Das Kita-Portal

Mit dem Kita-Portal finden Eltern schnell und unkompliziert passende Betreuungsangebote in ihrer Kommune. Die Voranmeldung wird anschließend in wenigen Schritten online ausgefüllt und abgeschickt.



NOLIS | Kita-Platz

- **Übersichtlich:** Alle Einrichtungen auf einen Blick
- **Praktisch:** Online-Voranmeldung für Wunsch-Kitas
- **Effizient:** Zentrale Vergabe von Betreuungsplätzen



Meinen Führerschein tausche ich in der U-Bahn um.

In den nächsten Jahren müssen in Deutschland 43 Millionen Führerscheine umgetauscht werden. Eine ganze Menge Arbeit für Führerscheinstellen. Zum Glück gibt es eine Lösung, die Ihre Verwaltung entlastet: den Online-Antrag. Praktisch, leicht, zeitsparend.